

31. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. Januar 2001

Inhalt

Aktuelle Stunde	2267	Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze	
		Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2001 (Drucksache 15/584)	
		1. Lesung	
		Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	2286
		Abg. Frau Busch (SPD)	2287
		Abg. Frau Dreyer (CDU)	2288
		Senatorin Adolf	2289
		Abstimmung	2290
Eisenbahnkapazitäten in Norddeutschland – Stehen Bremen, Bremerhaven und die Region zukünftig auf dem Abstellgleis?		Lebenssituation junger Mütter	
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 19. Oktober 2000 (Drucksache 15/498)		Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 28. September 2000 (Drucksache 15/479)	
D a z u		D a z u	
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2000 (Drucksache 15/576)		Mitteilung des Senats vom 14. November 2000 (Drucksache 15/529)	
Abg. Kastendiek (CDU)	2267	Abg. Frau Schnakenberg (CDU)	2291
Abg. Töpfer (SPD)	2268	Abg. Frau Wulff (SPD)	2292
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	2271	Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	2294
Abg. Kastendiek (CDU)	2274	Senatorin Adolf	2296
Senator Hattig	2274		
Mehr Arbeitsplätze durch Weiterentwicklung der Flughäfen in Bremen und Bremerhaven		Gesetz über den Eigenbetrieb Fidatas Bremen Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremFidatasG)	
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. Oktober 2000 (Drucksache 15/499)		Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2000 (Drucksache 15/513)	
D a z u		1. Lesung	2297
Mitteilung des Senats vom 14. November 2000 (Drucksache 15/530)		Studienreform und wissenschaftliche Weiter- bildung beschleunigt voranbringen	
Abg. Kastendiek (CDU)	2277	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2000 (Drucksache 15/527)	
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	2278	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	2297
Abg. Manfred Oppermann (SPD)	2280		
Abg. Kastendiek (CDU)	2282		
Abg. Manfred Oppermann (SPD)	2283		
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	2284		
Staatsrat Dr. Färber	2285		

Abg. Jäger (CDU).....	2299
Abg. Dr. Käse (SPD)	2301
Senator Lemke	2304
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	2305
Abg. Dr. Käse (SPD)	2307
Abg. Jäger (CDU).....	2308
Abstimmung	2309

Älter werden im Betrieb

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. September 2000
(Drucksache 15/455)

Älter werden im Betrieb

Mitteilung des Senats vom 7. November 2000
(Drucksache 15/517)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2309
Abg. Brumma (SPD)	2311
Abg. Frau Sauer (CDU)	2313
Senatorin Adolf	2313
Abstimmung	2315

Dienstvergehen und Straftaten im Amt bei der Polizei Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 8. November 2000
(Drucksache 15/523)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2001

(Drucksache 15/585)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)....	2315
Abg. Strohmann (CDU)	2318
Abg. Tittmann (DVU).....	2320
Abg. Freitag (SPD)	2321
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)....	2323
Abg. Herderhorst (CDU)	2323
Abg. Strohmann (CDU).....	2325
Senator Dr. Schulte	2325

Extremismus auch durch die Arbeit des Verfassungsschutzes bekämpfen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2000
(Drucksache 15/525)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2000

(Drucksache 15/553)

Abg. Herderhorst (CDU)	2327
------------------------------	------

Abg. Tittmann (DVU).....	2329
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2330
Abg. Kleen (SPD)	2332
Senator Dr. Schulte	2333
Abg. Herderhorst (CDU)	2335

Haushaltsdefizit von 11 Mio. DM in Bremerhaven

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 21. November 2000
(Drucksache 15/536)

Abg. Tittmann (DVU).....	2336
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	2337
Abg. Tittmann (DVU).....	2338
Abstimmung	2338

Hilfsfonds für Katastrophenopfer

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 28. November 2000
(Drucksache 15/541)

Abg. Tittmann (DVU).....	2339
Abstimmung	2339

Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 1999

Bericht des Rechnungshofs
vom 13. Juli 2000
(Drucksache 15/408)

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1999 vom 12. Januar 2001

(Drucksache 15/590)..... 2339

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22 vom 16. Januar 2001

(Drucksache 15/591)..... 2340

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bau

..... 2340

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Hammerström, Frau Kahrs, Leo, Frau Ziegert.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Schulte** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Böse** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 31. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Auf dem Besucherrang begrüße ich eine Gruppe „Rentner Aktiv“ der IG Bau, Agrar und Umwelt.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Martin Günthner zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichen Glückwünsche des Hauses aussprechen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

(B)

Eisenbahnkapazitäten in Norddeutschland – Stehen Bremen, Bremerhaven und die Region zukünftig auf dem Abstellgleis?

Große Anfrage der Fraktionen
der CDU und der SPD
vom 19. Oktober 2000
(Drucksache 15/498)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2000

(Drucksache 15/576)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Frau Senatorin Adolf, übernehmen Sie das? – Das ist nicht der Fall.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. – Dies ist der Fall.

Meine Damen und Herren, die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek. (C)

Abg. **Kastendiek** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dieser Debatte über die Eisenbahnkapazitäten steht nicht nur die Entwicklung in Norddeutschland in der Region Bremen und Bremerhaven auf der Tagesordnung, sondern auch zwangsläufig die Bahnpolitik der rot-grünen Bundesregierung, stehen die vollmundigen Ankündigungen der Förderung eines umweltschonenden und die Straße entlastenden Verkehrsträgers auf dem Prüfstand.

Im vergangenen Jahr wurde vielfach in der Bürgerschaft über die Bahn, über die Bahnverbindung und die Aufrechterhaltung leistungsfähiger Bahn- und Schienenverbindungen diskutiert, zuletzt im Herbst des vergangenen Jahres mit dem interfraktionellen Antrag „Schnelle Zugverbindungen in Nordwestdeutschland erhalten und ausbauen“. Die Forderungen zusammengefasst waren damals leistungsfähige Fernverkehrsverbindungen, Bericht über die Entwicklung der Schienenanbindung Bremens und Bremerhavens und der Einsatz der so genannten UMTS-Milliarden für den Ausbau des Schienennetzes.

Seitdem haben leider im Gegensatz zu den Forderungen der Bürgerschaft die Meldungen der Bahn nahezu dramatische Züge angenommen: „Endstation Milliardenloch“, „Bahnchef vertuscht Probleme“, „Mehdorn dreht das Rad zurück“, „Unternehmen Zukunftsangst“. Das sind nur einige Überschriften der vergangenen Wochen und Monate, und dabei sind es nicht einmal die unfreundlichsten, die in den Zeitungen standen, die einem Angst und Bange machen, will man an eine für die Region auf Zukunft und Konzept ausgelegte Unternehmenspolitik glauben. Eine auf Zukunft und Konzeption ausgelegte Unternehmenspolitik ist Voraussetzung für verlässliche Investitionsentscheidungen, die auch das Papier wert sind, auf dem sie stehen. (D)

Wie sich die Probleme der Bahn unter der Regierung Schröder dramatisch verschärft haben, ist schon besorgniserregend und lässt sich auch nicht durch strahlend lächelndes zweifelhaftes Krisenmanagement überspielen.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch die Meldungen für die Region Bremen und Bremerhaven lassen wenig hoffen, wenn man die Ankündigungen auf den wahren Kern und die Substanz untersucht.

Wie wichtig dies für Bremen ist, lässt sich am wichtigen Beispiel der Hinterlandanbindung für die bremischen Häfen festmachen. Hier kommt es auch ins-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) besondere bei der Verlagerung der Verkehre auf die Bahn vor dem Hintergrund der Umschlagssteigerung auf eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur an. Auch der Monatsbericht vom November des vergangenen Jahres des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsförderung nimmt Bezug auf die Bedeutung, nämlich dass vor dem Hintergrund der zunehmenden Herausforderung im Standortwettbewerb leistungsfähige Verkehrsverbindungen Voraussetzung sind. Gerade Bremerhaven, das dem maritimen Leitbild verpflichtet ist und einer Clusterbildung in diesem Bericht, der maritimen Wertschöpfung, unterstellt wird, benötigt solche leistungsfähigen Verkehrssysteme, die natürlich auch überregionale Anbindungen ausdrücklich einbeziehen. Der Schienenverkehr ist dabei selbstverständlich das A und O.

Die Unternehmenspolitik der Bahn sieht zurzeit leider ganz anders aus. Durch das Unternehmenskonzept MURA der DB Reise und Touristik sollen die Interregio-Linie 14, die Bremerhaven und Wilhelmshaven anbindet, die Linie 15, die Cuxhaven und Bremerhaven bedient, sowie das ICE-Zugpaar von und nach Bremerhaven gestrichen werden. Die Bahn beziehungsweise der Bund will sich mit seinen Planungen schleichend aus der Verantwortung und der Verpflichtung verabschieden, die sich aus dem Artikel 87 e Absatz 4 des Grundgesetzes ergeben. Nicht umsonst hat die Verkehrsministerkonferenz der Länder die rotgrüne Bundesregierung aufgefordert, die Fernverkehrsverbindungen im Interesse des Wohls der Allgemeinheit und zur Sicherung der Verkehrsbedürfnisse zu gewährleisten. Dieser Aufforderung können wir uns als CDU-Fraktion ausdrücklich anschließen.

(Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Punkt, meine Damen und Herren, ist die Anbindung des Bahnknotens Bremen, der Ausbau der Schieneninfrastruktur von und nach Bremen. Das Konzept „Netz 21“ der Bahn beschreibt vollmundig, was seit zwei Jahren angekündigt wird, sei es der Nord-Süd-Korridor mit der Verbesserung der Sicherungs- und Leittechnik und die Erweiterung der Gleiskapazitäten zwischen Bremen-Burg und Verden, sei es die Y-Trasse, wo jetzt der Abschluss des Raumordnungsverfahrens in die entscheidende Phase getreten ist, sei es der Ausbau der Strecke Langwedel-Uelzen, die für die Verbindung in Richtung Berlin von Bedeutung ist. Alles Maßnahmen, die für Bremen und Bremerhaven besonders wichtig sind!

(Beifall bei der CDU)

Leider ist der Ausgang der Ankündigung bisher völlig offen. Am Beispiel der Verbesserung der Schieneninfrastruktur Hamburg-Bremen-Osnabrück, nämlich durch die Aufhebung der Bahnübergänge wie

zum Beispiel in Oberneuland, zeigt sich, wie lang und zäh die Verhandlungen geworden sind.

Auch der Tropfen auf dem heißen Stein namens UMTS-Milliarden bringt für die Region unzureichende Ergebnisse. Von den zusätzlichen sechs Milliarden DM, die aus dem Erlös der UMTS-Lizenzen für den Ausbau der Schieneninfrastruktur bereitgestellt werden, gehen gerade einmal fünf Prozent in unsere Region. Zieht man von den 212 Millionen DM die 160 Millionen DM für die Strecke Nordenham-Hude einmal ab, bleibt für Bremen vor dem Komma nur eine Null stehen. Von Ausbau kann man bei diesen Projekten auch nicht sprechen, meine Damen und Herren.

Die Antwort des Senats macht deutlich, mit welchem Nachdruck die Region Bremen und Bremerhaven ihre Forderungen bei der Bahn und bei der rotgrünen Bundesregierung vorbringen muss. Der Wirtschaftssenator muss in diesem Zusammenhang ausdrücklich für sein Engagement gelobt werden.

(Beifall bei der CDU)

Leider ist der anhaltende Ministerverschleiß in Berlin am Bundesverkehrsministerium auch nicht ganz vorbeigegangen und das bei, in meinen Augen, einem Schlüsselressort für die wirtschaftliche Entwicklung zur Verbesserung der Standortfaktoren in Deutschland. Bei der Entwicklung der Arbeitsplätze sieht es ähnlich aus, hier sind die Konsequenzen aus dem Vorgenannten zu ziehen.

Es bleibt festzuhalten, dass der Stillstand und der Wirrwarr in der Bahnpolitik der vergangenen zwei Jahre endlich beendet werden müssen, sei es im Ministerium in Berlin oder sei es in der Unternehmensspitze der Bahn selbst. Nur so gibt es eine zukunftsweisende Bahnpolitik, einen Ausbau der Schienen- und Bahnverbindungen in Bremen und Bremerhaven und für die Region, auf die wir dringend angewiesen sind. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag in fünf Punkte gliedern, einmal auf die Ausgangsbedingungen eingehen, dann etwas zum kommenden Fahrplanwechsel ausführen, dann etwas zu den Eisenbahnhinterlandverbindungen sagen und dann Stellung nehmen zu dem Bündispapier der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Standortsicherung und Beschäftigung und Ausbildung bei der Eisenbahn in der Region Bremen und Bremerhaven, denn es geht bei der Bahn auch um Arbeitsplätze, das dürfen wir bei dieser Debatte nicht vergessen, meine Damen und

(A) Herren. Ich möchte in der Debatte auch Verbesserungen ansprechen, denn Verbesserungen hat es auch gegeben, und ich finde, die sollte man nicht verschweigen.

Es war ja nun toll, Herrn Kastendiek und seine Kritik zu hören, die er an der Bahnpolitik der rot-grünen Koalition in Berlin geäußert hat. Ich frage Sie, Herr Kastendiek: Wer aber hat die Bahn an die Wand gefahren?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

War es nicht die Regierung Kohl?

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Oh, das finde ich schon mutig!)

War nicht die Ausgangslage der Bahnreform 1994 wie folgt, dass der Bahn von der Bundesregierung jährlich zehn Milliarden DM zugesagt worden sind, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen konnte? Betrug der Haushaltsansatz 1998, das war noch der von der Regierung Kohl, nicht 5,7 Milliarden DM, also 4,3 Milliarden DM weniger, als der Bahn zugesagt worden war?

(B) Dann stellen Sie sich hier hin und kritisieren die Koalition in Berlin! Ich denke, Sie hätten an die Versäumnisse der Vergangenheit einmal erinnern müssen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ein veraltetes Netz, ein veralteter Wagenpark, heruntergekommene Bahnhöfe! So sah es doch größtenteils aus, als die SPD und die Grünen die Regierung in Bonn im Verkehrsbereich übernommen haben. Jetzt sind die Ansätze auch mit Hilfe der UMTS-Erlöse wesentlich erhöht, und die Bahn bekommt mehr Geld, nämlich fast so viel, wie damals 1994 zugesagt worden ist.

Nun können Sie ja sagen, das ist Wilfried Töpfer, SPD-Fraktion, der diese Kritik äußert. Ich habe einen ganz anderen Zeitzeugen, und zwar den Ex-Bahner Ludewig. Sie kennen doch sicherlich noch Herrn Ludewig? Das war der Vorgänger von Herrn Mehdorn, ein Mann mit CDU-Parteibuch, der seinen Posten von Helmut Kohl bekommen hat. Der hat kürzlich erläutert: „Im Grunde genommen ist die Infrastruktur der Bahn als Manövriermasse des Bundeshaushaltes gefahren worden.“ So Herr Ludewig! Recht hat der Mann! Ich frage mich nur, warum hat er nicht vorher auf den Tisch gehauen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C) Aber wichtig ist natürlich auch, wie es hier in unserer Region weitergeht, und darauf möchte ich mich jetzt in erster Linie konzentrieren.

Wenn man die Mitteilung des Senats studiert, wenn man die Verlautbarungen der Bahn verfolgt, dann kann man feststellen, jedenfalls was den Bereich Bremen-Stadt anbetrifft, dass man hier noch glimpflich davongekommen ist. Die Knotenpunktfunktion bleibt voll erhalten. Das eine oder das andere wird ausgedünnt, das ergibt sich ja aus der Mitteilung des Senats. Für Bremerhaven ist es natürlich katastrophal, dass alle Fernverkehrsverbindungen gestrichen worden sind, und ich rede hier auch für Wilhelmshaven, für Wilhelmshaven ist es genauso. Die beiden größten Städte an der Nordseeküste mit über 100 000 Einwohnern haben keinen Fernverkehrsanschluss mehr. Das ist untragbar, das ist auch nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, dass Fernverbindungen nicht nur für Bremen, sondern für den gesamten nordwestdeutschen Raum unverzichtbar sind. Sicherlich gibt es einen kleinen Lichtblick aufgrund der Verhandlungen, die Senator Hattig mit der Bahn geführt hat, dass man zumindest darüber nachdenkt, ob in Sommerzeiten attraktive Fernverkehrsverbindungen auch wegen unserer touristischen Anstrengungen in Bremen und Bremerhaven und umzu vielleicht neu eingerichtet werden können. Daran arbeitet eine Arbeitsgruppe.

(D) Kein Ersatz für Bremerhaven, das sage ich hier deutlich, ist jetzt das Angebot oder die Ankündigung, für den Wegfall von vier Fernverkehrslinien, also Wegfall von vier schnellen Verkehrsverbindungen zwischen Bremen und Bremerhaven, nur zwei neue Stadtexpresszüge zur Verfügung zu stellen. Das ist einfach zu wenig, darüber muss nachverhandelt werden. Ich hatte auch Ihre Verlautbarung, als Sie aus Frankfurt zurückgekommen sind, so verstanden, Herr Senator Hattig, dass die Bahn hier mehr tun will.

Dass das ein Nachteil für Bremerhaven ist, will ich an zwei Beispielen deutlich machen, nämlich am Wegfall der Fernverkehrslinien. Ich nenne nur einmal das Stichwort Columbus-Bahnhof Kreuzfahrt-Terminal. Wir unternehmen dort enorme Anstrengungen. Unser Hauptkonkurrent ist Hamburg. Der Standort hat alle 30 Minuten eine Fernverkehrsverbindung vom Süden Deutschlands, wir haben keine mehr. Das ist schon ein Wettbewerbsnachteil, um das einmal deutlich zu machen.

Für die Fernreisenden von Cuxhaven und Bremerhaven ist es nicht nur eine Verschlechterung, dass sie in Bremen noch einmal umsteigen müssen. Sie müssen sogar fast eine Stunde eher aus Bremerhaven wegfahren. Ich nenne dazu den Fall. Wenn man

(A) jetzt noch mit dem Intercity-Express um 7.28 Uhr vom Hauptbahnhof in Bremerhaven nach Hannover fahren kann, dann hat man gute Anschlussmöglichkeiten in Hannover nach Nürnberg, nach Leipzig, nach München, nach Frankfurt, teilweise auch nach Berlin. Diejenigen, die diese Anschlusszüge ab Mitte 2001 benutzen wollen, müssen zukünftig eine Stunde vorher in Bremerhaven losfahren, sich in einen Personennahverkehrszug oder Stadtexpress setzen, um diese Anschlüsse in Hannover zu erreichen. Das ist ein eklatanter Nachteil, und ich finde, wir dürfen nicht nachlassen, wir müssen weiterkämpfen, dass diese Verbindungen verbessert werden.

Zu den Hinterlandanbindungen! Dort sind wir gemeinsam in einem Boot mit der Koalitionsfraktion. Wir möchten die Y-Trasse verwirklicht wissen. Wir wollen die Amerika-Linie ausgebaut haben, weil das nicht nur unsere Häfenfunktion, sondern generell unsere Funktion als Oberzentren stärken soll. Es ist deshalb zu begrüßen, dass der Senat beide Projekte für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes angemeldet hat. Das unterstützen wir, denn diese neuen Verbindungen bringen auch neue Chancen auf bisher vorhandenen Trassen, um mehr Güterverkehre und auch mehr Personenverkehre abzuwickeln. Da sind wir an der Seite des Senats.

(B) Meine Damen und Herren, Sie haben sicherlich davon gehört, dass die SPD-Bürgerschaftsfraktion als Landtagsfraktion mit den Ortsverwaltungen der Gewerkschaft Transnet GdED ein Bündnis für Standorticherung, Beschäftigung und Ausbildung bei der Eisenbahn in der Region Bremen und Bremerhaven abgeschlossen hat. Diese Bündniserklärung ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland. Es hat noch in keinem Bereich eine derartige Vereinbarung gegeben, in der sich Landespolitik mit Gewerkschaftspolitik für eine solche Zusammenarbeit stark gemacht hat. Wir sitzen nämlich gemeinsam auf der Lokomotive, so will ich das einmal formulieren. Jede Verbindung, die wir zusätzlich nach Bremen und Bremerhaven bekommen können, bedeutet auch, dass jede Verbindung zusätzliche Arbeitsplätze bringt oder Arbeitsplätze sichert.

Sie müssen wissen, dass seit der Bahnreform 1994 1500 Bahnarbeitsplätze allein in der Region Bremen verloren gegangen sind und dass zu befürchten ist, dass noch weitere verloren gehen werden, nach Schätzung der Gewerkschaft befinden sich 1000 Arbeitsplätze der noch vorhandenen 4400 Plätze in der Region in der Diskussion. Wenn sich allein die Absicht der Deutschen Bahn AG verwirklichen sollte, den Güterverkehr auszudünnen und sich auf Kernstrecken zu konzentrieren, steht der Rangierbahnhof Oslebshausen-Walle auf der Kippe. Dort sind allein 300 Arbeitsplätze noch vorhanden. Wir wollen uns dagegen wehren, dass diese Arbeitsplätze vernichtet werden, deswegen eine solche Vereinbarung.

Ich finde die Bahnpolitik im Cargo-Bereich, da schließe ich mich Herrn Kastendiek an, auch nicht

nachvollziehbar. Wir wissen alle, dass die Verkehre um 60 Prozent in den nächsten Jahren zunehmen werden, vor allen Dingen auf der Straße. Trotzdem soll im Schienengüterverkehrsbereich abgebaut werden. Das ist nicht nachvollziehbar.

Lassen Sie mich noch folgendes herausstellen! Es ist gelungen, das sollte in dieser Debatte nicht vergessen werden, das Bundesbahnausbesserungswerk in Sebaldsbrück zu sichern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das war der erste Anfang unserer gemeinsamen Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Transnet, bei der wir als SPD-Landtagsfraktion und die Gewerkschaft an einem Strang gezogen haben. Es geht dort immerhin um 1000 Arbeitsplätze. Wenn man sieht, wie zum Beispiel Sachsen-Anhalt betroffen ist, wenn dort Herr Ministerpräsident Höppner stöhnt, dass drei Ausbesserungswerke geschlossen werden, dann ist das ein harter Schlag für Sachsen-Anhalt. Es wäre aber auch ein harter Schlag für unsere Region, wenn in Bremen das Ausbesserungswerk gestrichen worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Nächster Punkt: Ausbildung! Die Bahn will ihre Ausbildungskapazitäten im Bereich Bremen drosseln. Es gibt dort meines Wissens einen Schriftwechsel zwischen, Frau Senatorin Adolf, Ihrem Ressort und Herrn Mehdorn. Ich finde, wir müssen alles daransetzen, dass qualifizierter Nachwuchs hier in der Region Bremen ausgebildet und nicht die zentrale Ausbildungsstätte nach Hannover verlagert wird.

(Beifall bei der SPD)

Auch dort bitte ich den Senat, sich dafür einzusetzen!

Ich hatte anfangs angekündigt, dass man bei aller Kritik auch auf Verbesserungen eingehen muss, denn es passiert ja auch etwas Positives. Man sieht es am Hauptbahnhof. Er macht von Tag zu Tag Fortschritte. Es ist zwar eine lange Nummer, aber es wird nachher doch ein vernünftiger Bahnhof, so meine ich, es beurteilen zu können, weil ich ja fast tagtäglich diesen Bahnhof auch benutze.

Beim Stichwort Bahnhof würden wir uns natürlich wünschen, dass auch der Senat verstärkt den Einsatz vor allen Dingen von Frau Wilts und mir unterstützt, endlich den Bahnhof Lehe in Bremerhaven zu sanieren. Dort geht es nur noch um eine läppische Summe von 800 000 DM bei einem Objekt von sieben Millionen DM. Diese 800 000 DM muss die Bahn aufbringen. Ich finde, es lohnt sich, eine Baumaßnahme in einem Schritt zu beginnen und

(C)

(D)

(A) nicht etappenweise zu verwirklichen. Ich fordere von hier die Bahn auch noch einmal auf, obwohl wir das schon mehrfach schriftlich getan haben, endlich diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Positiv ist, dass es schon beim letzten Fahrplanwechsel mehr schnelle Verbindungen zwischen Bremen und Bremerhaven gegeben hat, wesentlich mehr Verbindungen. Das war immer eine langjährige Forderung hier im Haus. Auch die Qualität des Fahrzeugparks hat sich verbessert, ganz klar auf der Strecke von Vegesack nach Verden. Es ist auch merklich erkennbar auf der Strecke zwischen Bremerhaven und Bremen. Natürlich zahlen wir das über unsere Regionalisierungsmittel, aber ich finde, auch eine solche Debatte dient dazu, nicht nur Kritik anzubringen, sondern auch etwas Positives herauszustellen, denn das sind Maßnahmen im Interesse der Pendler. Das sind auch Maßnahmen, das zeigen auch die ersten Ergebnisse über Fahrgastzahlen, mit der Folge, dass mehr und mehr Leute vom Pkw auf die Bahn umgestiegen sind.

(B) Lassen Sie mich zum Schluss sagen, wir möchten ein vernünftiges Miteinander aller Verkehrsträger! Wir möchten die Bahn dabei unterstützen, dass die Chancenungleichheiten und die Wettbewerbsverzerrungen abgebaut werden, die ja zu Lasten der Bahn gehen, und wir möchten, das ist unser Einsatz hier als Landesparlament, nicht nachlassen in dem Bemühen, dass wir qualifiziert angebunden werden, aber auch qualifizierte Dienststellen mit Entscheidungskompetenz und mit wichtigen Know-how-Funktionen in der Region Bremen behalten. Ich denke, dafür lohnt es sich zu kämpfen, und wir werden mit Sicherheit auch noch weitere Initiativen starten. Die Bündniserklärung war nicht die erste, weitere Initiativen kündige ich jetzt schon an.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, seit fünf, sechs, sieben Jahren führen wir im Haus diese Bahndebatten immer unter dem gleichen Vorzeichen. Erstens beklagen wir, wie alles schlechter wird und wie Bremen abgehängt wird. Zweitens verweisen wir mit spitzem Finger auf Bonn, und gerade wer dort regiert, erhält von denen, die nicht in Bonn regieren, die Schuld zugewiesen. Drittens beschließen wir hinterher etwas, gehen nach Hause

*) Vom Redner nicht überprüft.

und warten auf die nächste Debatte mit dem gleichen Tenor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. K l e e n [SPD]: Wir zeigen jetzt mit dem Finger nach Berlin!)

Ja, dann zeigen wir jetzt mit dem Finger nach Berlin. Das ist genauso effektiv, wie nach Bonn zu zeigen, ein Teil der Regierung sitzt aber leider auch noch in Bonn und auch solche, die etwas damit zu tun haben.

Meine Damen und Herren, zu dem generellen Punkt von Herrn Kastendiek! Der Bundestag hat im Jahr 1993 die Bahnreform beschlossen und hat die Bahn, wenigstens formal, privatisiert. Sie ist heute eine Aktiengesellschaft, DB AG, mit der allgemein verhandelt wird. Das war gewollt. Das war von der damaligen Bundesregierung gewollt, und auch die damalige Opposition hat es nach einigem Hin und Her mitgetragen. Wenn man ein solches Unternehmen insgesamt privatisiert, dann muss man sich nicht wundern, dass das Unternehmen als Unternehmen zuallererst auf die Wirtschaftlichkeit achtet und nach dem Prinzip fährt, wer bestellt, soll auch zahlen, wenn es sich nicht rechnet. Das heißt, jede Mark, die die Bahn nicht selbst durch Fahrpreiserlöse erwirtschaften kann, muss irgendjemand zahlen. Wer sind die Zahler, die Besteller? Entweder müsste es beim Fernverkehr der Bund sein oder die Länder beim Nahverkehr und Regionalverkehr. So ist das gesetzlich geregelt.

Nun kann man das leider nicht immer so ganz genau abgrenzen, weil in einem Interregio von Cottbus nach Wilhelmshaven natürlich auch ganz viele Pendler von Oldenburg nach Bremen und von Bremen nach Hannover fahren und so weiter. Das weiß jeder, der mit diesen Zügen fährt. Also ist es letztlich eine gemeinsame Verantwortung zwischen Bund und Ländern, dafür zu sorgen, wenn man das so will, dass genügend Züge im Nah- und Fernverkehr zur Verfügung gestellt werden, wenn sie sich finanziell nicht rechnen. Das kostet Geld. Das kostet den Bund Geld, und das kostet die Länder Geld, und wir kommen darum nicht herum. Hier nützt es nichts, den Finger etwa nach Berlin zu zeigen, die anderen Finger weisen auf uns zurück. Wir sind beide, Bremen wie Berlin oder auch Niedersachsen, weil ja alle Züge durch Niedersachsen fahren, die hier in Bremen ankommen oder abfahren, wir sind alle gleichermaßen verantwortlich für das, was auf der Bahn passiert.

Jetzt müssen wir bei der ganzen Debatte unterscheiden, dass es sowohl um Investitionen geht, nämlich um Schienen, Signale, Bahnhöfe und so weiter, und um den Betrieb, was fährt an Zügen. Ich will erst einmal etwas zu den Investitionen sagen.

Herr Töpfer hat völlig Recht. Die jetzige Bundesregierung hat die Investitionen in die Bahn von

(C)

(D)

- (A) knapp sechs Milliarden DM auf rund neun Milliarden DM im Jahr erhöht. Das ist ein Drittel mehr, und das ist ein wesentlicher Schritt in die Richtung, das Versprechen, die Bahn der Straße gleichberechtigt zu behandeln, auch einzulösen. Das finden wir gut.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Nicht so gut finden wir, das ist so in der Region, dass wir in Bremen nicht so viel davon abbekommen, wie wir wollen. Ich glaube, dabei sind wir uns alle hier einig. Jetzt müssen wir uns aber darüber unterhalten, womit das etwas zu tun hat, dass Bremen nicht so viel abbekommt. Liegt es daran, dass Bremen so klein ist und deshalb nicht stark genug auftreten kann? Dann wäre das ja ein Argument gegen unsere Selbständigkeit, wenn wir so schwach sind, dort nichts zu erreichen. Liegt es daran, dass Bremen nicht mit Niedersachsen zusammen mit einer Stimme spricht? Daran liegt es schon eher. Oder liegt es vielleicht überhaupt daran, dass Bremen zur Bahnfrage außer den routinemäßigen Fahrplanverhandlungen und dem Aufschrei, wenn ein Zug gestrichen wird, eigentlich kein umfassendes Konzept für die Bahnpolitik in diesem Land hat?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Daran liegt es meiner Ansicht nach! Wenn dieser Senat sich mit dem gleichen Nachdruck um die Bahn kümmern würde, wie er sich um den Straßenausbau kümmert, wären wir einen ganzen Schritt weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für den Autobahnring um Bremen, ich will das jetzt nicht kritisieren, sondern nur feststellen, wird mit Nachdruck gearbeitet. Für den Bundesverkehrswegeplan sind Anmeldungen in Höhe von 1,7 Milliarden DM ausgesprochen worden. Es sind erfolgreiche Verhandlungen über die A 281 geführt worden. Der Senat ist unter Umständen auch bereit, Sachen wie die Weserquerung, Tunnel oder andere Sachen vorzufinanzieren, damit die Autobahnanbindung in Bremen verbessert wird und, das ist ja Ihre Hoffnung, auch der Lkw-Verkehr aus der Stadt herausgenommen wird. Unterstellen wir einmal, das sei so politisch gewünscht und richtig – ich will das jetzt nicht im Einzelnen behandeln, das machen wir dann wieder in der Kommunalpolitik –, dann kann man sagen, hier hat der Senat ein Ausbaukonzept, das er schrittweise und entschieden vorantreibt und wo er auch mit dem Bund relativ erfolgreich verhandelt. Es passiert eine ganze Menge, vielleicht nicht so schnell, wie Sie wünschen, aber es passiert.

Was ist denn mit der Eisenbahnstruktur? Der Senat hat sich ein Eisenbahngutachten anfertigen las-

sen, was hier um Bremen an Ausbau alles nötig ist, Kosten rund 600 Millionen DM, Anmeldungen vom Bundesverkehrswegeplan von 400 Millionen DM. Hier ist nicht die Rede von Vorfinanzierungen. Hier gibt es keinen Druck seitens des Senats, zum Bund zu sagen, komm, wir dealen schon einmal etwas aus über den Ausbau des Bahnhofs hinaus. Wir sorgen wirklich dafür, dass ein drittes Gleis nach Verden und Richtung Hannover gebaut wird, damit der Verkehrsbetrieb dort besser ablaufen kann,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

damit Güterverkehr, Nahverkehr und Fernverkehr getrennt werden können. Nichts dergleichen höre ich vom Senat.

Gut, jetzt sind auch noch zwei Senatoren zuständig, das gehört ja dazu, Herr Hattig für den Fernverkehr, Frau Wischer, die ich hier leider sehr vermisse, für den Teil, der für die Bremer ganz wichtig ist, nämlich für den Nah- und Regionalverkehr! Das betrifft ja auch Bremerhaven. Im Grunde ist das, was jetzt verhandelt worden ist, Regionalverkehr, die Züge zwischen Bremen und Bremerhaven, Herr Töpfer, sind Regionalexpresszüge, die dort fahren. Wo ist das entschiedene Konzept des Senats für den Ausbau der Infrastruktur in und um Bremen, das wirklich so verfolgt wird wie das Straßenkonzept? Hier handelt es sich um 600 Millionen DM, dort um 1,7 Milliarden DM, also nur ein gutes Drittel davon, also auch billiger. Das Engagement ist auch nur ein Drittel so groß wie das für die Straße. Das ist das, was wir beklagen.

Da will ich einmal ein Beispiel im Kleinen nennen, meine Damen und Herren. Bremen hat auch Investitionsmittel für den Schienenausbau, und zwar gibt es vom Bund jährlich eine ganze Menge Gelder, das nennt man Regionalisierungsmittel. Das steht auch im Haushalt als Einnahmen vom Bund, und wir können das hier eigentlich für den Schienenverkehr wieder ausgeben. Das war auch ursprünglich so gedacht. Im Gesetz steht: nur für den regionalen ÖPNV. Ich gebe Ihnen einmal ein Beispiel: Herr Töpfer klagt, da fehlen 800 000 DM für den Bahnhof Lehe. Man könnte das ja auch von Bremen aus vorab leisten und das mit der Bahn vereinbaren.

Was macht Bremen mit diesen Regionalisierungsmitteln, meine Damen und Herren? Morgen beschließt die Baudeputation den Ausbau einer Haltestelle Contrescarpe für die Straßenbahn, einer neuen Haltestelle, damit die Musicalbesucher, die paar, die mit der Straßenbahn fahren, zweimal am Tag ein bisschen näher daran sind. Das Ding kostet 3,7 Millionen DM! Das WAP stellt 1,5 Millionen DM zur Verfügung. 2,2 Millionen DM gehen aus diesen Geldern, die aus der Verbesserung der Bahnstruktur aufgewandt werden müssen, an eine Haltestelle, für die der Herdentorsteinweg neu aufgerissen werden

(C)

(D)

(A) muss. Er wurde vor einem Jahr umgebaut, wohlge-
merkt.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Das ist ja unglaublich!)

Da verschwinden die Gelder, die uns der Bund gibt,
meine Damen und Herren. Dafür sind Sie verant-
wortlich!

Wenn Sie da schon eine Haltestelle bauen wol-
len, dann bezahlen Sie es doch wirklich aus Ihrem
Programm zur Attraktivitätssteigerung der Innen-
stadt, denn es hat keinen anderen Zweck, es sei
denn, es steckt ein Deal mit Herrn KPS und mit Herrn
Zech dahinter für ihre neuen Häuser und Hochhäu-
ser in diesem Bereich, dass das vielleicht auch unter
der Hand vertraglich vereinbart worden ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Soweit zu den Investitionsmitteln! Es fehlt ein Kon-
zept. Wir haben das hier ja vor einem halben Jahr
diskutiert, und das war auch unstrittig, denn die
Bausenatorin hat uns für den Nahverkehr nur das
aufgeschrieben, was sie uns seit Jahren immer auf-
geschrieben hat, und das hat mit einem Konzept we-
nig zu tun.

(B) Zum Betrieb, also zu dem, was auf den Schienen
fährt! Es ist Tatsache, Bremerhaven hat ab dem näch-
sten Fahrplan keinen Fernverkehr mehr. Er ist weg,
und die Verbesserungen, die jetzt eingeführt wer-
den, nämlich Regionalexpresszüge von Bremerha-
ven nach Bremen, sind schneller als diese klapperi-
gen Stadtexpresszüge, die da fahren, die Wagen-
material aus den sechziger Jahren haben, aber sie
fahren auch immer noch 42 Minuten. Als ich vor zehn
Jahren vor der Einstellung der Intercity-Linie mit
dem Zug nach Bremerhaven gefahren bin, hat der
Zug 32 Minuten gebraucht. Heute braucht er 42, der
Stadtexpress 55 bis 58 Minuten. Das ist die Wirk-
lichkeit.

Oder diese Strecken nach Wilhelmshaven oder gar
nach Norddeich von Hannover aus: Interregio ein-
gestellt! Sie fahren von Bremen nach Norddeich-
Mole, wer jetzt einmal auf die Ostfriesischen Inseln
will, künftig 25 Minuten länger und nicht in beque-
men Zügen, sondern in Zügen ohne Service. Das
kommt natürlich hinzu. Diese Angebote, die jetzt ein-
geführt werden, haben keinen Service.

Jetzt kommen wir wieder zu dem Punkt. Natür-
lich legen wir Wert darauf, dass Fernverkehr nach
Bremerhaven fährt, aber es ist leider so, oder auch
glücklicherweise so, dass die schnellen Züge natür-
lich auch von vielen Leuten hier aus der Region be-
nutzt werden.

Herr Kastendiek hat mich in der letzten Debatte
heftig angegriffen, weil ich gesagt habe, hier muss
das Land auch mit einsteigen, da hilft nichts. Unter

der Hand war das Land auch bei den Interregios be-
teiligt, weil nämlich über den Verkehrsverbund Bre-
men-Niedersachsen, VBN, schon Mittel gezahlt wor-
den sind. Das sind auch die Mittel, die jetzt prak-
tisch in die neuen Züge fließen. Bremen muss sich
hier engagieren, und zwar nicht nur verbal, sondern
wir werden nicht darum herumkommen, uns auch
materiell zu engagieren.

Da alle diese Strecken auch durch Niedersachsen
gehen und es vernünftig wäre, natürlich Züge von
Hannover nach Bremerhaven fahren zu lassen und
nicht in Bremen ständig umsteigen zu müssen, was
ja zusätzlich viel Zeit kostet, muss man eben zusam-
men mit Niedersachsen ein gemeinsames Konzept
für diese Strecken haben. Das hängt wieder eng mit
dem Streckenausbau nach Hannover zusammen, da
darf man sich auch nichts vormachen, und so geht
die Diskussion über Infrastruktur und Betrieb inein-
ander über, und dazu braucht der Senat nicht nur
ein bisschen Verhandlungen, von mir aus auch ener-
gische Verhandlungen, Herr Senator Hattig, ohne
großen Erfolg, sondern der Senat braucht ein Kon-
zept, mit Niedersachsen abgestimmt, weil Bremen
wirklich zu klein ist, und sehr viel mehr Entschie-
denheit, sehr viel mehr Nachdruck und politische
Verbündete, nicht nur im Land, sondern auch im
Bund, so wie er das für die Strafe auch tut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Ein letzter Punkt, meine Damen und Herren, ist
eine politische Forderung. Bündnis 90/Die Grünen
hat schon vor der Bahnreform und auch jetzt nach
der Bahnreform, nach dem ganzen Spektakel um das
Milliardenloch der Bahn, 20 Milliarden DM, und die
kommen nun wirklich aus der letzten Legislaturpe-
riode der Bundesregierung unter Kohl und den gan-
zen Jahren der Ära Wissmann im Verkehrsressort,
gefordert, wir bekommen nur einen sauberen Schnitt
hin, und die Bahn kann nur rentabel fahren, wenn
die Verantwortung für die Schienen, die Gleise, die
Signale beim Bund bleibt und von der Bahn AG ge-
trennt wird, denn die Bahn AG, die darauf fährt, will
nur da ausbauen, wo es für sie auch rentabel ist.
Wenn es eine politische Verantwortung dafür gibt,
für Länder und Bund zu entscheiden, wo Schienen
sein sollen und wo sie ausgebaut werden sollen,
dann muss man das der Bahn entziehen und unab-
hängig von der Bahn machen, weil man nur dann
das organisieren kann, was vernünftig ist: einen
Wettbewerb im Nahverkehr und einen Wettbewerb
im Fernverkehr.

Wer einmal auf den Bahnhof geht und die schö-
nen blauen Züge der Nordwestbahn ansieht, sieht,
was im Nahverkehr selbst auf Nebenstrecken heu-
zutage möglich ist, und das ist der letzte Punkt, mei-
ne Damen und Herren vom Senat. Hier ist eine CDU-
Regierung für einen Teil des Bahnverkehrs zustän-
dig. Sie verhalten sich heute immer noch so, als ob

(A) es hier einen Monopolisten gäbe, von dem man auf Gnade und Verderb abhängig ist. Meine Damen und Herren, das europäische Recht und das Bundesrecht erlauben Wettbewerb. Tun Sie sich mit Niedersachsen zusammen, organisieren Sie für den Nahverkehr nicht nur, dass stillgelegte Strecken von Dritten belebt werden, sondern dass Konkurrenz möglich ist, auch auf den gewinnträchtigen Strecken wie etwa Verden–Veegesack! Wenn wir das tun, glaube ich, kann der Bahnverkehr insgesamt billiger werden und auch größerer Druck auf die Bahn AG erzielt werden.

Da hat der Senat Verantwortung, und das ist jetzt mein letztes Wort. Nehmen Sie diese Verantwortung auch wahr, und stellen Sie sich dem modernen Bahnverkehr! Zum modernen Bahnverkehr in Europa gehört auch Wettbewerb, und dieser Wettbewerb würde im Nahverkehr und, wenn Sie mit Nachdruck darauf dringen, auch im Fernverkehr einiges gegenüber dem heutigen Zustand verbessern können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

(B) Abg. **Kastendiek** (CDU) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war schon auf der einen Seite belustigend, auf der anderen Seite aber auch ziemlich abenteuerlich, wie meine beiden Vorredner versucht haben, die letzten zwei Jahre völlig auszublenden und hier eine Nebelbombe nach der anderen zu werfen.

Herr Mützelburg hat es geschafft, durch Stadtentwicklung die Verantwortung des Bundes und der Bahn AG zu negieren, und Herr Töpfer hat sich nicht getraut zu sagen, was er denkt. Da, wo er das gesagt hat, was er denkt, hat er den Vorgänger von Frau Wischer gelobt, nämlich die Verbesserung der Nahverkehrsverbindungen in Bremen und um Bremen herum sind eindeutig auf die Verdienste von Senator Schulte in der vergangenen Legislaturperiode zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Für dieses Lob, Herr Töpfer, bedanken wir uns natürlich ausdrücklich, wir werden es Herrn Senator Schulte gern weiterleiten. Er wird sich sicherlich auch freuen und sich bei Ihnen vielleicht auch bedanken.

Das Problem, meine Damen und Herren, und das ist auch der Inhalt und der Kern der heutigen Diskussion, und da macht es auch keinen Sinn, über Nahverkehr, über Stadtentwicklung und sonstige Nebenkriegsschauplätze zu diskutieren, ist doch,

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) dass der Fisch vom Kopf her stinkt. Wenn der Fisch vom Kopf her stinkt, dann macht das überhaupt keinen Sinn, an der einen oder anderen Stelle, wo es dann unten ausfranst, herumzumäkeln, sondern Sie müssen die Ursachen des Problems beheben, meine Damen und Herren.

Unterstellen wir einmal, Herr Mützelburg, Sie hätten Recht, die Probleme, die die Bahn im Augenblick jetzt verschärft hat, sind allein damit zu begründen, dass die alte Bundesregierung die Versäumnisse zu verantworten hätte. Unterstellen wir einmal, Sie hätten Recht, dann muss ich sagen, haben Sie es in den letzten zwei Jahren hervorragend geschafft, diese Probleme zu potenzieren und zu verschärfen, meine Damen und Herren. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mir die überregionalen Meldungen einmal vornehme, dann muss ich sagen, dass Ihre Kollegen in Berlin viel weiter sind als Sie. Hier vom 22. Juni in der „DVZ“ war das: „Grünen-Appell, Schröder soll sich zum Kanzler der Bahn machen. Schiene von Ökosteuer entlasten“. 31. August 2000, auch wieder die „DVZ“: „Klimmt: Bahn muss Konzept ändern“. Ich frage mich, was er die Monate zuvor gemacht hat. Oder: „Der Betriebsrat“, ich glaube, parteipolitisch eher unverdächtig, „spricht von Missmanagement“, nachzulesen in der „Welt“, und zieht Parallelen zur Fastpleite des Baukonzerns Philipp Holzmann.

(D) Meine Damen und Herren, das macht doch deutlich, dass die Probleme, mit denen wir uns hier in Bremen zurzeit bei den Fernverkehrsverbindungen, bei der Schieneninfrastruktur herumplagen müssen, von Ihnen maßgeblich zu verantworten sind. Bekennen Sie sich in Berlin zu Ihrer Verantwortung! Ich glaube, dass wir dann in eine bessere Zukunft sehen können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man versucht, die Probleme auf zwei Sätze zu bringen, dann sollte man, so sehe ich es jedenfalls, zwei Begriffe in die Debatte einführen. Der eine ist die Wirtschaftlichkeit der Bahn, und der andere ist die Daseinsvorsorge, die generell mit diesem Thema verbunden ist.

Wenn man sich diese beiden Themen ansieht und die Diskussion über die Jahre verfolgt, dann ist es, Herr Mützelburg, nicht die Inkompetenz der Beteiligten, sondern es ist auch die Qualität, sprich der Härtegrad dieser Situation, und Sie können ja aus

(A) der Presse aufnehmen, wie auch innerhalb der Bahn unterschiedliche Positionen etwa zwischen Aufsichtsratsvorsitzendem und Vorstandsvorsitzendem artikuliert werden. Wenn man das alles auf sich wirken lässt, ist es fast eine Riesenaufgabe, die zu lösen ist, einerseits die Bahn privatwirtschaftlich zu organisieren, das heißt, sie in überschaubarer Zeit ergebnisqualifiziert zu machen, und andererseits die Probleme, die sich aus der Daseinsvorsorge ergeben, gleichzeitig angemessen einzubringen. Deswegen ist ja bei dem Gesetz, das die Bahn in die Privatisierung bringt, auch der Vorbehalt über die Länder eingenommen worden, dass der Bund eben, ich darf den Ausdruck noch einmal bemühen, die Daseinsvorsorge angemessen berücksichtigt.

Wir haben in der Diskussion ein weiteres Problem, das sich betriebswirtschaftlich kleidet, das aber in seiner Substanz für die Nordregion und damit für das Land Bremen sehr gefährlich ist. Wenn man nämlich sagt, die Strecke ist nicht wirtschaftlich, und deswegen können wir nichts tun, dann wird die Strukturschwäche potenziert. Einerseits ist sie nicht wirtschaftlich, und deswegen kann sie nicht weiter gefördert werden, andererseits wird damit die Strukturschwäche verstärkt. Das sind die aus meiner Sicht zentralen Probleme, auf die wir eingehen müssen.

Herr Töpfer, es ist ja ganz freundlich zu sagen, was habt ihr denn alles früher gemacht, wenn ich mit ihr die CDU meine, nur, lassen Sie mich das so beantworten, es bringt doch gar nichts, wenn man nur Vergangenheitsbetrachtung macht! Wir müssen die Gegenwarts- und Zukunftsprobleme lösen, und da sind zwei Minister in kürzester Zeit zumindest auch nicht hilfreich. Das darf ja einmal festgestellt werden. Da hat Herr Kastendiek völlig Recht!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ein betriebswirtschaftliches Konzept, und ich betrachte die Bundesbahn für diese Diskussion einmal als Einheit, dann haben wir verkehrsschwache Strecken. Für diese sollen jetzt keine Verkehrsleistungen mehr erbracht werden. Die nachgefragten Fernverkehrsleistungen sollen durch Nahverkehrszüge ersetzt werden, und jeder hier im Raum weiß, dass damit die finanziellen Risiken an das Land zurückadressiert werden. Die Folge wäre also, dass wir bei schwachem Verkehrsaufkommen keine Fernverkehrsleistungen mehr von der Bahn erbracht sehen. Davon sind in der Nordwestregion die Interregionalen Cottbus–Berlin, Hannover–Bremen, Norddeich–Wilhelmshaven und die Linie Saarbrücken–Bremerhaven–Cuxhaven ab Münster betroffen.

Die Verkehrsministerkonferenz hat den Bund aufgefordert, seine Verpflichtung nach Artikel 87 e Absatz 4 Grundgesetz konkret auf diese Punkte bezogen zu erfüllen und angemessene Bundesmittel bereitzustellen. Der Bund weist generell und auch zu

diesem konkreten Punkt diese Ansinnen zurück und sagt, ich erfülle meine Verpflichtungen, wenn ich den Erhalt und den Ausbau des Schienennetzes weiterbetreibe.

Herr Mützelburg, die Frage, trennt man Schiene und Netz, erreicht man dadurch mehr Wettbewerb, ist zu Recht gestellt. Sie muss engagiert diskutiert werden. Man muss allerdings auch alle anderen Fragen implizieren, etwa wie viel Wettbewerb verträgt denn ein gegebenes Schienennetz, wie kann dabei die notwendige Sicherheit gewährleistet werden. Ich stelle mir bitte nicht vor, dass ein überdimensionierter Wettbewerb die Sicherheitsleistungen minimiert oder reduziert. Alle diese Fragen müssen in einem Konzept beantwortet werden, und dass das nicht einfach ist, wird hier einsichtig sein.

Wenn Sie von mir eine Aussage insoweit erwarten, darf ich daran erinnern, dass Konzepte bei solchen Fragen nur vom Bund generalisiert und vorgegeben werden können und dass die Länder allenfalls eine ergänzende Aufgabe darin erfüllen. Ob dann diese oder jene Straße in Bremen richtig oder falsch aufgerissen wird, entzieht sich meiner Zuständigkeit, womit ich nicht die Kollegin Wischer hier mit dem Fingerzeig „bedrohen möchte“, sondern festhalten möchte, wir sollten nicht alle Probleme so miteinander vermischen, dass wir vor lauter Emotionen zum Schluss den klaren Blick nicht mehr haben.

Mir geht es darum, dass wir den Bund konkret daran erinnern und ihn einbinden, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn die Daseinsvorsorge bei der Wirtschaftlichkeitsdebatte sozusagen zur Nichtleistung in der Ergebnisqualität führt und der Bund sagt, aber ihr seid doch Länder, und das müsst ihr dann selbst lösen. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist etwa die Anbindung des Bahnknotens Bremen. Natürlich stehen wir in Hannover teilweise bis zu 50 Minuten und warten auf den Zug etwa nach Berlin. Die Bahn sagt, und das scheint mir einsichtig zu sein, von und nach Berlin wird sich die derzeitige Situation entspannen, wenn in Berlin der neue Zentralbahnhof mit seiner Infrastruktur fertig gestellt ist. Das ist das eine.

Um die langen Übergangszeiten in Hannover zu verkürzen, sind die vorhandenen Engpässe in der gegebenen Schieneninfrastruktur zu beseitigen. Dazu gehört vor allem, dass die fünf höhengleichen Bahnübergänge auf der Strecke Osnabrück–Hamburg beseitigt werden. Die Verkürzungen der Fahrzeiten auf dieser Strecke sind nur so möglich. Deshalb sind Veränderungen von An- und Abfahrtszeiten aller Fernzüge im Bahnknoten Hamburg so schwierig zu gestalten.

Davon liegen in Bremen drei Bahnübergänge, und zwar in Bremen-Oberneuland. Wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, das Erste, was ich, als ich

(C)

(D)

(A) dieses Amt übernommen habe, getan habe, war, genau dieses Problem zu konkretisieren, und es sieht ja so aus, dass es in überschaubarer Zeit beseitigt sein wird. Die Planungen in Bremen sind abgeschlossen, das erforderliche Planfeststellungsverfahren soll im Frühjahr 2001 vom Eisenbahnbundesamt eingeleitet werden, und nach derzeitigem Sachstand ist mit einer Beseitigung der höhengleichen Bahnübergänge in Bremen bis etwa Mitte 2005 zu rechnen.

Wir haben dann ein weiteres Problem: die Anbindung Bremerhavens und der Cuxhavener Region. Über die jetzige Aufteilung im Senat, Herr Mützelburg, Nah- und Fernverkehr zu trennen, darüber kann man trefflich streiten. Es gibt aber ja immer wieder neue Wahlperioden, und dann kann man Zuständigkeiten ändern, wenn man das für notwendig hält. Einstweilen halten wir uns an die gegebene Situation. Frau Wischer und ich arbeiten vernünftig zusammen. Die Frage nach der Konzeption stellt sich insoweit nicht.

Ich gehe jetzt wieder auf Bremerhaven und Cuxhaven ein: Ich habe mit dem Vorstand der Reise und Touristik am 11. Dezember 2000 verhandelt. Wir haben vereinbart, dass wir gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft, Touristik und Verwaltung aus der Region Bremerhaven-Cuxhaven unter Moderation beim Wirtschaftsressort auf der Arbeitsebene zunächst die Möglichkeiten touristischer Bahnleistungen untersuchen. Dabei ist auch das niedersächsische Verkehrsministerium einbezogen. Über die touristischen Aspekte hinaus soll sich die Arbeitsgruppe ferner auch mit Möglichkeiten befassen, die Unterweserregion wieder an das Fernverkehrsnetz anzubinden.

(B) Wenn ich auf die Fragen des Nahverkehrs eingehe, Frau Wischer und ich sind uns da einig, sollten wir uns nicht so sehr darauf konzentrieren, ob nun die so genannten Prestigezüge halten oder nicht, sondern wir sollten uns auf vernünftige Verkehrsbewegungen einigen. Dabei sind eben Nahverkehrszüge in anderen Zeitrhythmen und besserer Qualität wünschenswert. Es sieht so aus, dass wir da einigermmaßen erfolgreich verhandelt haben.

Die Y-Strecke ist in diesen Tagen ja in der Diskussion. Sie wird aller Voraussicht nach in der gegenwärtigen Planungsqualität kommen, so dass auch da, in welcher Zeitdauer auch immer, eine vernünftige Lösung erreichbar ist.

Ich bin, Herr Mützelburg, noch einmal mit dem einverstanden, was Sie sagen, wir brauchen Wettbewerb bei der Bahn. Wir müssen allerdings auch darauf achten, dass dieser Wettbewerb nicht kontraproduktiv zu anderen Aspekten ist. Das muss sorgfältig miteinander verzahnt werden. Im Ganzen glaube ich nicht, dass wir in Bremen konzeptionelle Schwächen haben, sondern wir müssen uns mit den Gegebenheiten im Rahmen eines durch Bahn und Bund vorgegebenen Konzeptes so bemühen, dass

unsere eigene Situation dabei freundlich gestaltet wird. Im Ganzen, das wiederhole ich, verhandeln wir mit dem Bund sehr zielgerichtet. Der Zeitfaktor stört auch mich häufig, aber die Verhältnisse sind eben so, wie sie sind. Alles muss mit Geld bedient werden. Wie die Haushaltssituation des Bundes ist, das ist Ihnen so geläufig wie mir.

Erlauben Sie mir, in dem Kontext auch noch einen anderen Satz zu sagen! Vor uns stehen noch ganz andere Aufgaben. Wenn es zu einem Tiefwasserhafen kommt, dann sollten wir darauf achten, dass wir nicht nur von Hafen sprechen, sondern auch von der Hinterlandanbindung. Das wird im Wesentlichen eine Verkehrsnetzverbindung sein müssen. Bei einem Bundesverkehrswegeplan, der auf 20 Jahre hin geplant wird, mit neuen Forderungen zu kommen, das ist wahrlich kein Vergnügen. Wir sehen die Probleme und bemühen uns um angemessene Lösungen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Mehr Arbeitsplätze durch Weiterentwicklung der Flughäfen in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. Oktober 2000
(Drucksache 15/499)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. November 2000

(Drucksache 15/530)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Senator Hattig, ich gehe davon aus, dass Sie davon nicht Gebrauch machen wollen!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in die Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Meine Damen und Herren, wir treten damit in die Aussprache ein.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

(C)

(D)

(A) Abg. **Kastendiek** (CDU *)): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Flughäfen sind in unserem modernen Wirtschaftssystem wichtige Schnittstellen eines integrierten Verkehrssystems. Eine von Verantwortung getragene Verkehrspolitik muss sich über die reinen verkehrlichen hinaus an wirtschafts-, finanz-, beschäftigungs-, umwelt- und sozialpolitischen Leitgedanken orientieren.“

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Kastendiek, ich glaube, wir sollten eine Sekunde warten und Herrn Senator Hattig bitten, dass er an der Plenardebatte hier teilnimmt.

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Kastendiek** (CDU): Die Wartezeit wird mir aber doch nicht von der Redezeit abgezogen?

Präsident Weber: Nein, auf keinen Fall! – Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter Kastendiek!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Dann fange ich noch einmal von vorn an!

„Flughäfen sind in unserem modernen Wirtschaftssystem wichtige Schnittstellen eines integrierten Verkehrssystems.“

(B)

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Bravo!)

Eine von Verantwortung getragene Verkehrspolitik muss sich über die reinen verkehrlichen hinaus an wirtschafts-, finanz-, beschäftigungs-, umwelt- und sozialpolitischen Leitgedanken orientieren und diese in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Hierbei kommt der technischen wie organisatorischen Innovationskraft des Luftverkehrs eine Schlüsselrolle zu.“

Mit diesen einleitenden Sätzen des Flughafenkonzeptes der Bundesregierung wird nicht nur die Bedeutung des Luftverkehrs und der Flughäfen für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland unterstrichen, sondern auch der einzelnen Standorte in der Region. Nicht anders verhält es sich in Bremen und Bremerhaven.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Welche Bundesregierung meinen Sie denn?)

Der Flughafen Bremen hat sich in den vergangenen zehn Jahren durch ein ehrgeiziges Umbau- und Erweiterungsprogramm zu einem modernen Airport entwickelt. Dem Anspruch, den der Flughafen auch an sich selbst stellt, nämlich für Nordwestdeutsch-

*) Vom Redner nicht überprüft.

land ein adäquates Angebot für die Fluggäste in Hinsicht von Verbindung und Schnelligkeit darzustellen, wird damit entsprochen. Kennzeichnend für den Airport sind die Nähe zur City, die kurzen Wege auf dem Flughafen, der verbesserte Sicherheitsstandard, aber auch die nicht voll nutzbare Länge der Start- und Landebahn durch den Stuhr-Vertrag sowie Einschränkungen in den Betriebszeiten.

(C)

Mit der Anbindung an die wichtigen Luftverkehrsdrehkreuze wie Frankfurt, Paris, Amsterdam oder London wird eine gut funktionierende Anbindung an die Wirtschaftsmetropolen in Europa gewährleistet. Die Auslastung, so geht es aus der Antwort des Senats hervor, der Terminalkapazitäten beträgt derzeit zirka zwei Drittel von möglichen drei Millionen Passagieren. Die Zielzahlen vor dem Hintergrund der prognostizierten Wachstumsraten, bundesweit von zirka sechs Prozent, sind für das Jahr 2005 zirka 2,5 Millionen Passagiere und für das Jahr 2010 zirka 3,25 Millionen Passagiere, was die Überauslastung des Terminals in Bremen zur Folge hätte und auch die Investitionsanforderung in den kommenden Jahren deutlich macht.

Entsprechend hat sich der Flughafen in Bremen in den vergangenen Jahren entwickelt. Konnte im Jahr 1995 in Bremen ein Fluggastaufkommen von knapp 1,5 Millionen verzeichnet werden, so werden es in diesem Jahr knapp zwei Millionen werden. Die Zuwachsraten sind seit Jahren kontinuierlich positiv. Ein stabiles Fundament bildeten dabei die Linienverkehre. Sie nehmen zirka 60 Prozent der Verkehre auf. Ein weiterer Bereich ist der Tourismus, der erhebliche Wachstumsraten verzeichnet, sich aber natürlich auch entsprechend anfällig gegenüber konjunkturellen Schwankungen zeigt.

(D)

Die Flugbewegungen, meine Damen und Herren, zeigen ähnliche Tendenzen auf, wobei bei der Betrachtung der Zahlen deutlich wird, dass mit einer Steigerung der Fluggastzahlen nicht automatisch im gleichen Umfang ein Anstieg der Starts und Landungen verbunden ist, sondern die Maschinen eine bessere Auslastung verzeichnen beziehungsweise größere Maschinen eingesetzt werden. Die Zahlen machen deutlich, dass Bremen am bundesweit zu verzeichnenden Wachstum des Luftverkehrs entsprechend partizipiert hat und seine Stellung im Wettbewerb mit anderen Flughäfen festigen konnte. Diese Position im Wettbewerb der Flughäfen will die CDU-Fraktion weiterhin stärken.

Die Flughäfen sind aber nicht nur Verknüpfungspunkte eines wichtigen Verkehrsträgers, sondern stellen auch einen wichtigen Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region dar und bilden einen bedeutenden Beschäftigungsfaktor für unser Bundesland. Aus der Antwort des Senats ebenso wie aus dem Flughafenkonzept der Bundesregierung – Herr Töpfer, das ist das Flughafenkonzept

(A) Ihrer Bundesregierung, das müssten Sie eigentlich wissen! –

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Ich wollte es nur einmal von Ihnen hören! – Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Er wusste nicht, ob Sie auf dem neuesten Stand sind!)

geht hervor, dass aus einem am Flughafen eingerichteten Arbeitsplatz über Multiplikatoreneffekte 3,3 weitere Arbeitsplätze entstehen. Das bedeutet für die am Bremer Airport direkt zugeordneten 2176 Arbeitsplätze weitere 6092 induzierte und 3956 katalysierte Arbeitsplätze in der Region,

(Beifall bei der CDU)

Arbeitsplätze, die sich in einer ganzen Bandbreite von Dienstleistungen wieder finden. Legt man die Annahme zugrunde, dass durch eine Million zusätzliche Passagiere etwa 4000 neue Arbeitsplätze entstehen können, wären die Potentiale, die sich durch den Bremer Flughafen und dessen Zielzahlen bieten, mehr als deutlich. Diese Potentiale müssen aktiviert werden. Diese Potentiale müssen auch umgesetzt werden.

(B) Im Rahmen des Strukturwandels in unserem Lande entstehen im Umfeld des Flughafens Arbeitsplätze, die besonders wertvoll sind und auf die Bremen keineswegs verzichten darf. Im Gegenteil, es sind unserer Auffassung nach alle Anstrengungen zu unternehmen, wie diese Potentiale weiter ausgebaut und ausgeschöpft werden können.

Gleiches hat sich in Bremerhaven entwickelt, natürlich im kleineren Maßstab. War dort vor Jahren der Verkehrslandeplatz mit zwei bis drei Arbeitsplätzen eine bessere Landeweise, so hat sich das Bild entscheidend gewandelt. Mit Unterstützung der öffentlichen Hand wurde die Suprastruktur erheblich verbessert. Zurzeit ist die Ansiedlung der Polarflieger des Alfred-Wegener-Instituts im Gespräch, so dass neben den in den vergangenen Jahren geschaffenen 29 Arbeitsplätzen am Flughafen in Bremerhaven weitere 20 bis 40 hinzukommen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Der Landeplatz wird ebenfalls sehr positiv von Geschäftsfliegern angenommen. Auch dieses Beispiel zeigt, welche wirtschaftliche Bedeutung Flughäfen für die Region Bremen und Bremerhaven haben. Zutreffend wird daher in der Antwort des Senats festgestellt, dass der Flughafen Bremen für die Stadtgemeinde Bremen unverzichtbar ist, sicherlich auch für Bremerhaven. Ich möchte diese Passage ergänzen: Der Flughafen ist unverzichtbar für die ganze Region.

(C) Vor dem Hintergrund dieser Eindeutigkeit stellt sich daher zwangsläufig die Frage, wie die Rahmenbedingungen der Flughäfen, insbesondere die des Flughafens in Bremen, verbessert werden können. Drei Stichworte sind zu nennen. Das sind die Betriebszeiten, die Inhalte des Stuh-Vertrages und die Erweiterung beziehungsweise der Aufbau der Suprastruktur. Um Missverständnissen gleich vorzubeugen: Es geht dabei nicht darum, die Verträge zu ignorieren oder das Nachtflugverbot aufzuheben. Ich möchte dennoch hervorheben, dass es eine Güterabwägung zwischen der Sicherung und der Schaffung weiterer Arbeitsplätze geben muss und den Vorgaben der hier eben genannten Punkte. Vernimmt man die Anzeichen, ausgenommen einmal die wenigen Dogmatiker in dieser Frage, die da sicherlich immer noch als einsame Rufer in der Wüste stehen, ist ein Konsens zu verzeichnen, eine gemeinsame Entwicklung anzustreben.

Lassen Sie mich zusammenfassen! Die Flughäfen in Bremen haben sich sehr positiv entwickelt. Die Flughäfen im Land Bremen sind ein Beschäftigungsmotor für den Arbeitsmarkt in der Region. Die Flughäfen stellen für den Außenhandelsstandort einen wichtigen Standortfaktor dar. Der Flughafen in Bremen besitzt eine überregionale Ausstrahlung und ist von erheblicher Bedeutung für die oberzentrale Funktion in Nordwestdeutschland.

(D) Wer die von mir einleitenden Worte aus dem Flughafenkonzept der Bundesregierung für richtig hält, kann sich dann, wenn die allgemeinen Umformulierungen umgesetzt werden sollen, der Verantwortung vor Ort nicht entziehen. Die CDU-Fraktion stellt sich der Verantwortung und unterstützt daher die Bestrebungen nach einer nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Flughafen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Was heißt das konkret?)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, was Herr Kastendiek eigentlich konkret meint. Wenn er diese allgemeinen Sprüche des politischen Jargons bemüht, wie großartig der Flughafen sich entwickelt hat und dass die CDU dafür ist, dass alle Potentiale wirklich genutzt werden und der Flughafen ausgebaut wird, dann möchte ich gern wissen, was das konkret heißt.

Wir wissen alle, dass es in Bremen um die Flughafenpolitik eine lange Auseinandersetzung gibt. Ich denke, das ist auch richtig so bei einem Thema, bei

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) dem es natürlich um die Abwägung von Interessen von Ökonomie und Ökologie geht! Wir wissen, dass man keine Flughafenausbaupolitik machen kann, zumindest wenn man sich das Problem überhaupt zu Eigen machen will, jenseits der Probleme der Belastungen für die Bevölkerung, die in den anliegenden Wohngebieten lebt. Hier in Bremen haben wir auf der einen Seite den Vorteil, dass der Flughafen so innenstadtnah ist, das bedeutet aber auch, dass wir umso genauer sein müssen, was Lärmschutz, Verminderung von Emissionen oder leisere Flugzeuge angeht.

Ehrlich gesagt, Herr Kastendiek, ich fände es schon ganz gut, wenn Sie heute einmal klipp und klar sagen würden, was Ihre Ausbaupolitik denn beinhaltet. Wollen Sie, dass der so genannte Stuhr-Vertrag aufgehoben wird? Wollen Sie, dass die ganze Landebahn, diese 2600 Meter, die ja vor ein paar Jahren um diese jeweils 300 Meter auf beiden Seiten verlängert worden ist, ganz genutzt wird, oder wollen Sie, dass es bei den jetzigen Absprachen, dass es nämlich nur die eine Klausel für Sonderfälle gibt und ansonsten nur 2000 Meter genutzt werden, bleibt? Ich fordere Sie auf, hier heute noch einmal Stellung zu nehmen, denn mit Ihren sibyllinischen Äußerungen kann ich nichts anfangen! Ich hoffe auch, dass die Vertreterin oder der Vertreter der SPD-Fraktion hier einmal offen sagt, worum es eigentlich geht.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da Sie netterweise das Flughafenkonzept der rotgrünen Bundesregierung angesprochen haben, möchte ich da gleich einmal weitermachen. Die rotgrüne Bundesregierung sagt nämlich nicht nur, dass die Flughäfen zu einem integrierten Verkehrskonzept gehören, sondern sie macht auch eine ganz bestimmte Politik der Auflagen. Daraus würde ich gern einiges zitieren, weil man daran sehen kann, dass nicht einfach nur Hurra geschrien wird, sondern dass die rotgrüne Bundesregierung versucht, eine Politik der Regulierung zu machen, was die Interessen der Anwohner angeht.

Hier steht zum Beispiel weiter hinten im Text, das hat Herr Kastendiek nicht erwähnt, dass die Bundesregierung, und zwar in den dafür zuständigen europäischen und internationalen Entscheidungsgremien, mit Nachdruck darauf drängen wird, dass technische Standards für Triebwerke, also Emission und Lärm, und die Anforderung an Flugkraftstoffe, nämlich Schwefelverringerung, verschärft werden, dass bei Markteinführungen die höchsten technischen Standards beschleunigt erfolgen und dieser ökonomische Druck auch international weitergegeben wird. Es ist klar, dass man eine solche Politik nicht nur in Deutschland, sondern dass man das nur europa- und weltweit machen kann, dass man hier auf Standards drängt, damit die Flugzeuge leiser

werden und der Schwefelausstoß verringert wird. Außerdem will sie Forschungsmittel für entsprechende technische Weiterentwicklungen zur Verfügung stellen.

(C)

Das, finde ich, gehört der Redlichkeit halber auch erwähnt, dass hier nicht nur eine Ausbaupolitik gemacht wird, sondern dass hier versucht wird, wirklich den Weg zu beschreiten und zu einer möglichen Wahrnehmung der Interessen der Anwohner zu kommen. Was heißt das für mich für Bremen? Dem Punkt, dass man sagt, dass der Flughafen für Bremen unverzichtbar ist, stimme ich zu. Auch für die Grünen ist klar, dass man Flughäfen braucht. Wie weit man diese aber ausbaut und vor allem wie man diese Interessenabwägung zu den Anwohnern gestaltet, das ist die entscheidende Frage hier in Bremen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darauf möchte ich drängen, und ich hoffe, dass das hier heute auch beantwortet wird und dass dieser Stuhr-Vertrag nicht ausgehebelt wird, sondern dass der weiterhin gilt.

Ich habe sowohl mit der Bürgerinitiative als auch mit dem Direktor des Flughafens im Vorfeld dieser Debatte gesprochen, und ich fand doch wichtig, dass auch der Direktor des Flughafens sagt, dass Bremen nur ein gewisses Potential hat. Er sagt, Bremen und die Region um Bremen herum müssen, was den Standortfaktor angeht, natürlich diesen Flughafen gut nutzen, aber Bremen ist keine Metropole und wird es nicht werden.

(D)

Ausgehend von dieser ökonomischen Einschätzung muss man sehr genau kalkulieren, was dieser Flughafen in Bremen denn überhaupt leisten kann. Irgendwelche Vorstellungen, das haben jetzt nicht Sie gesagt, sondern mir ist gesagt worden, dass ein CDU-Kollege, Herr von Dellinghausen, immer davon träumt, die ganze Startbahn zu nutzen, und dann ist Bremen auf dem Weg, Klein-Frankfurt zu werden, das, meine Damen und Herren, wird in Bremen nicht gehen! Selbst wenn man das ökonomisch wollte, das kann man nicht schaffen. Wir vertreten sowieso von der Grundhaltung eine Politik, die sagt: Auf jeden Fall für den Erhalt des Nachtflugverbotes, der Vertrag mit Stuhr muss eingehalten werden, und wir wollen nicht, dass hier irgendetwas ausgehebelt wird.

Jetzt haben Sie auf die Arbeitsmarkteffekte abgehoben. In dieser Antwort des Senats tauchen ja Formulierungen auf, bei Frage neun, dass der Senat gar nicht genau sagen kann, wie die Effekte in Bremen denn genau sind. Dann werden, das kennen wir ja aus anderen Fällen, irgendwelche Multiplikatorfaktoren angenommen, die man aus anderen Untersuchungen hinzuzieht, und einfach auf Bremen übertragen.

(A) Meine Damen und Herren, an dem Punkt hatte ich das Gefühl, dass Herr Kastendiek durch die rosarote Brille sieht und sich diese Daten genauso ansieht. Dieses Phänomen kennen wir ja schon. Ich benutze so etwas, wenn ich in die Sonne gehe, aber die große Koalition und insbesondere die CDU sieht ja alles gern durch die rosarote Brille, wenn es um die angeblichen Arbeitsplatzeffekte geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Manchmal sehen Sie auch schwarz!)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, darum mache ich auch hier erst einmal Schluss, dass wir heute noch etwas genauer erfahren, was die CDU in Bezug auf den Bremer Flughafen will. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir für eine Politik des Ausgleichs stehen, die ökonomischen Interessen nicht gegen die ökologischen auszuspielen, sondern wirklich zu versuchen, zu einer verträglichen Lösung für die Anwohner zu kommen. Ich hoffe, wir bekommen hier heute noch etwas Klarheit, was die große Koalition denn wirklich vorhat. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Manfred Oppermann.

Abg. Manfred **Oppermann** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kastendiek, das, was Sie eben hier ausgeführt haben, drei Viertel davon waren Nettigkeiten und allgemeine Plattitüden, die ganz Bremen kennt. Ich hätte erwartet, und so hatte ich auch Ihre Große Anfrage verstanden, dass Sie doch etwas konkreter werden, was Sie eigentlich letztendlich mit Ihrer Anfrage erwartet haben. Ich sage das ganz bewusst auch als Mitglied der Koalitionsfraktion, weil ich denke, das Haus und die Öffentlichkeit haben ein Anrecht darauf zu wissen, wie hier über Dinge, die den Flughafen Bremen angehen, gedacht wird.

Nun zu meiner Rede! „Nur 66 Schritte bis Mallorca!“ Diese erfolgreiche Werbebotschaft der Flughafen Bremen GmbH konnte unter anderem auch deshalb erfolgreich für den Flughafen Bremen werben, weil der damalige SPD-Senat in seiner Weitsicht im Januar 1989 mit seinem Strukturprogramm „Flughafen 2000“ einen doch sehr zukunftsweisenden Beschluss gefasst hat. Er hat durch diese Konzeption unter anderem auch einen unmittelbaren Straßenbahnanschluss erhalten.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Die Neu- und Umbaumaßnahmen konnten so auch zu einer Erfolgsstory für den Flughafen werden. Die jeweiligen Steigerungsraten in den einzelnen Betätigungsfeldern auf dem Airport deuten jedenfalls stark darauf hin.

Die heutige regionalwirtschaftliche Bedeutung des Bremer Flughafens ist aber auch eng verknüpft mit dem Namen Manfred Ernst, der als Geschäftsführer mit seiner Weitsicht und Beharrlichkeit dem Airport ein neues Profil verschafft und ihn zu einem der modernsten Flughäfen in Deutschland weiterentwickelt hat.

(Beifall bei der SPD)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, die CDU hat ihre Große Anfrage betitelt: „Mehr Arbeitsplätze durch Weiterentwicklung der Flughäfen in Bremen und Bremerhaven“. In Wirklichkeit aber will man mit dieser Anfrage auf etwas ganz anderes hinaus, doch davon später! Zunächst will ich etwas zur Arbeitsplatzentwicklung sagen.

Durch den von uns erfolgreich vorangetriebenen Ausbau des Airports konnten mittlerweile rund 2200 Arbeitsplätze dem Airport direkt zugeschrieben werden, davon allein rund 330 bei der Flughafen Bremen GmbH selbst. Die indirekte Beschäftigungswirkung liegt sogar um ein Vielfaches höher. Ich erspare mir an dieser Stelle, alle Zahlen noch einmal zu wiederholen, die der Kollege Kastendiek hier schon genannt hat.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Tut mir Leid!)

Macht ja auch nichts!

Der wirtschaftliche Erfolg der stadteigenen Betreibergesellschaft ist unter anderem auch abhängig von den Abfertigungsgebühren im Linien-, Tourismus- und Bedarfsverkehr. Der positive Trend zeigt aber auch hier weiter nach oben. Die Passagierzahlen werden auch in diesem Jahr wieder Rekordniveau erreichen. Gerade sind die neuesten Zahlen veröffentlicht worden. Sie liegen bei 1 918 064 Fluggästen, die registriert werden konnten, das sind 68 000 mehr, wobei, und das erstaunt, die Zunahme im Linienverkehr fünf Prozent betragen hat und die Zunahme im Touristikverkehr bei nur 1,2 Prozent liegt. Der Zuwachs bei den Starts und Landungen bewegte sich bei rund 2,3 Prozent, wobei im Touristikverkehr ein Minus zu verzeichnen ist.

Wenn die vom Senat vorgelegte Prognose stimmt, dann können wir davon ausgehen, dass wir 2005 2,5 Millionen und 2010 rund 3,25 Millionen Passagiere haben, was bedeutet, dass wir in den Abfertigungskapazitäten am Bremer Flughafen Maßnahmen vornehmen müssen. Wir Sozialdemokraten werden uns jedenfalls nicht verschließen, wenn es da-

(C)

(D)

(A) rum geht, die bestehenden Abfertigungskapazitäten den zukünftigen Erfordernissen anzupassen. Eines aber sage ich auch für die Fraktion der Sozialdemokraten ganz deutlich: Mit uns wird es keine Verlängerung der derzeitigen Start- und Landebahn-systeme am Flughafen Bremen geben!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vor allen Dingen nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus!

Noch einmal zurück zu der Arbeitsplatzentwicklung! Unterstellt, die Bundesregierung hat Recht, woran ich bei unserer jetzigen Regierung keinen Zweifel habe, dass rund eine Million zusätzliche Flug-gäste pro Jahr etwa 4000 Arbeitsplätze generieren, können wir, wenn wir in 2010 zirka 3,25 Millionen Passagiere am Flughafen haben, mit 2900 direkten und indirekten Beschäftigungsverhältnissen rechnen.

Nun aus meiner Sicht zum eigentlichen Zweck dieser Anfrage! Die CDU will mit dieser Anfrage die Diskussion um eine Verlängerung der Start- und Landebahn in Gang setzen und nutzt die Frage nach den Arbeitsplätzen als Vorwand. Dies war unter anderem auch der Grund, warum wir uns als Sozialdemokraten dieser Großen Anfrage unseres Koalitionspartners nicht angeschlossen haben.

(B) Wir wollten und werden auch zukünftig nicht zu den Initiatoren für eine Startbahnverlängerungs-diskussion gehören, wenn allein wirtschaftliche Aspekte, und darauf achten Sie bitte, dahinter stehen. Es gibt nach unserer Auffassung derzeit überhaupt keine Notwendigkeit, diese Diskussion zu führen. Alle gängigen Flugmuster, die Bremen anfliegen, können nonstop alle Ziele im Mittelmeerraum und auf den Kanaren erreichen. Lediglich ein Flugzeugtyp, die Boeing 737/500, hat bei Volllast Probleme, bis zu den Kanaren zu fliegen, und muss deshalb in Portugal aufgetankt werden. Alle anderen Ziele im interkontinentalen Bereich werden ohnehin schon über die bekannten Flughafendrehkreuze in Europa bedient, und von Bremen aus sind alle diese Plätze direkt zu erreichen.

Auch mit den vorhandenen Start- und Landebahnen kann sich der Flughafen weiterentwickeln. Eine Kapazitätsbegrenzung im Start- und Landebahn-bereich gibt es nach Aussage des Flughafendirektors nicht. Das System kann rund 150 000 Flugbewegungen pro Jahr verkraften, derzeit reden wir von rund 50 000 Bewegungen, also nur einem Drittel der Möglichkeiten. Auch mit anderen, größeren Flugzeugen könnte man bei gleich bleibender Flugbewegung zirka 2,5 Millionen Passagiere abfertigen.

Die Fluggesellschaften selbst achten schon darauf, dass sie ihre Fluggeräte so wirtschaftlich wie möglich einsetzen. Es besteht also deshalb kein An-

lass zum Handeln, schon gar nicht besteht aus unserer Sicht die Notwendigkeit, das Start- und Landebahn-system zu verändern.

Mit den Wünschen und der politischen Forderung der CDU, hieran etwas zu ändern, verunsichert man nur die Bevölkerung und schürt Unruhe. Der Bremer Flughafen wird auch mit den vorgegebenen Rahmenbedingungen seiner überregionalen Bedeutung gerecht, und man kann von hier aus auch alle wichtigen Wirtschaftsmetropolen erreichen, ohne dass man am Start- und Landebahn-system etwas verändert. Auch hier wird sich der Flughafen einen vorderen Platz in der Skala der vergleichbaren europäischen Flughäfen erobern.

Denken wir aber immer daran, dass wir aufgrund der Lage des stadtnahen Flughafens die Bevölkerung, die in unmittelbarer Nähe wohnt, auch einbeziehen müssen, wenn es um die Weiterentwicklung des Flughafens geht! Nur so schaffen wir das Vertrauen und eine Akzeptanz für den Flughafen. Dies sage ich insbesondere auch denen, die vehement für eine Verlängerung der Start- und Landebahn eintreten. Wir alle haben die Verpflichtung, auch auf die Bevölkerung rund um den Flughafen Rücksicht zu nehmen und nicht nur auf das wirtschaftliche Wohl des Airports zu schießen.

Wir Sozialdemokraten sehen uns jedenfalls in dieser Verantwortung, ohne dass wir uns vom Flughafen abwenden wollen. Anders als unser Koalitionspartner sehen wir die Sicherstellung der vollen Nutzbarmachung der vorhandenen Kapazitäten nicht in dem Ausbau des Start- und Landesbahn-systems mit Benutzung der 300 Meter jeweils an den Enden, die für den allgemeinen Flugbetrieb gesperrt sind, sondern in einer Optimierung der vorhandenen Abfertigungskapazitäten und, wenn notwendig, im Ausbau weiterer Terminals und Abfertigungsgebäude sowie der Erschließung weiterer Geschäftsfelder.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei dieser Gelegenheit will ich auch ganz deutlich für meine Fraktion zum Ausdruck bringen, dass uns die stark angestiegene Zahl von Beschwerden aus der Bevölkerung hinsichtlich der Fluglärm-entwicklung, aber auch die Zunahme von Ausnahmegenehmigungen von Starts und Landungen außerhalb der geltenden Betriebszeit des Flughafens große Sorgen bereiten, weil mit den Restriktionen, die die Betriebs-genehmigung des Verkehrsflughafens vorsieht, scheinbar sehr leichtfertig umgegangen und nach dem Motto gehandelt wird: wirtschaftliches Wohl vor Allgemeinwohl! Ausnahmegenehmigungen sollten auch als solche verstanden und behandelt und nicht inflationär erteilt werden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Bei der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen sollte immer daran gedacht werden, dass es sich bei

(C)

(D)

(A) der Nachtruhe des Menschen um ein hohes Gut handelt. Dies gilt insbesondere um den Flughafen Bremen herum, und im Abwägungsprozess ist immer zum Wohle der Wohnbevölkerung zu entscheiden.

Nun soll ja ein Gutachten vom Flughafen Bremen in Auftrag gegeben worden sein, in dem untersucht werden soll, ob nicht aus Umwelt- und Lärmschutzgründen und zum Schutze der Anrainer die Mitnutzung zumindest einer Sonderstartbahn sinnvoll wäre. Hierzu kann zum gegenwärtigen Stand nichts gesagt werden, weil dieses Gutachten noch nicht veröffentlicht wurde, vielleicht ist es auch noch nicht fertig.

Aufgrund der geographischen Lage des Flughafens und der damit verbundenen Nähe zur Wohnbevölkerung muss es aber erklärtes Ziel der Politik sein, die Interessen der Bevölkerung und die des Flughafens sorgfältig abzuwägen und sich zuallererst für das Wohl der Flughafenanrainer einzusetzen. Sollte das Gutachten nachweisen, dass durch die Nutzung einer längeren Start- und Landebahn wesentlich, und ich betone noch einmal, wesentlich weniger Fluglärm entsteht, so muss dies sorgfältig in den entsprechenden Gremien beraten und bewertet werden, bevor man hier eventuell zu vorschnellen Entscheidungen kommt!

(B) Wir Sozialdemokraten werden uns diesem Diskussionsprozess nicht verschließen und werden jede lärmmindernde Maßnahme sorgfältig prüfen, weil wir wollen, dass sich die Menschen trotz der Nähe zum Flughafen noch wohl fühlen können. Darum müssen wir alles unternehmen, damit so wenig Fluglärm wie möglich entsteht, aber auch so wenig Menschen wie möglich vom Fluglärm belästigt werden. Viel wichtiger ist, dass man sich im parlamentarischen Raum, aber auch in der Fluglärmkommission noch einmal mit den An- und Abflugrouten befasst!

(Beifall bei der SPD)

Hier scheint zumindest die Route gen Osten nicht lärmoptimiert zu sein. Wesentliche Teile der Hemelinger und Osterholzer Bevölkerung sind betroffen. Zu prüfen wäre, ob nicht eine andere Route, zum Beispiel die über das Wesertal, das zumindest unbebaut ist, nicht besser wäre. Die Deutsche Flugsicherung, aber auch alle anderen Entscheidungsgremien sollten deshalb bei der Festlegung von Flugrouten möglichst Wohngebiete meiden, zumindest aber darauf achten, dass so wenig Wohnbevölkerung wie möglich von Fluglärm betroffen wird.

Ich will abschließend noch etwas zum Flughafen Luneort sagen, wobei der Bezug zu Bremerhaven nach meiner Meinung nur deshalb mit in die Große Anfrage –

(Glocke)

ich bin sofort fertig, Herr Präsident! – aufgenommen wurde, damit die Debatte über den Flughafen Bremen im Landtag geführt wird.

(C)

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Auch der Flughafen Bremen bekommt Landesmittel!)

Der Flughafen Luneort ist in den letzten Jahren erheblich ausgebaut worden und ist für die Wirtschaftsregion Bremerhaven sehr gut.

Ich komme zurück nach Bremen und will abschließend noch einmal sagen, ich habe mit meiner Bemerkungen „66 Schritte bis Mallorca“ auch verdeutlichen wollen, dass wir in Bremen einen Airport haben, der unmittelbar an eine direkte Straßenbahnlinie angebunden und von der Stadt nur 3,5 Kilometer entfernt ist. Unser Flughafen liegt mitten in der Stadt, wie wir Bremer zu sagen pflegen. Meine Schlussbemerkung ist: Vieles aus der Mitteilung des Senats ist nicht neu, viele Zahlen und Fakten sind bekannt. Ich ziehe deshalb mein Fazit: Man hätte sich diese Anfrage auch sparen können! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(D)

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Was will die CDU?)

Also, Frau Trüpel, wenn Sie immer so ernsthaft fordern, dass die Leute hier Farbe bekennen sollen, einmal unterstellt, Sie hätten Recht mit Ihrem Vorwurf, sollten Sie bei sich selbst erst einmal anfangen!

(Beifall bei der CDU)

Herr Oppermann, eines geht natürlich auch nicht: Sie können hier nicht erst zunächst den Geschäftsführer der Flughafen GmbH über den Klee loben, also dem Lob würden wir uns auch anschließen, das ist überhaupt kein Thema, aber dann, wenn es um die entscheidenden Fragen gehen könnte, ihm sofort die Gefolgschaft verweigern!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Sie müssen dann schon sagen, hopp oder topp! Sie haben da vielleicht ein kleines Problem,

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Die CDU ist folgsam!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) aber das ist ja auch vom Prinzip her ein anderes Problem, aber eines der SPD, nicht das, das wir hier haben.

Sie haben natürlich hier, und da waren sich Herr Oppermann und Frau Dr. Trüpel einig, ein Schwarz-Weiß-Denken an den Tag gelegt und auf Argumente und Forderungen geantwortet, die keiner erhoben hat. Keiner hat die Forderung erhoben, die Start- und Landebahnen zu verlängern. Da können Sie auch gern das Protokoll nachlesen! Deswegen ist es natürlich schwer, wenn man mit vorgefassten Manuskripten auf Forderungen eingeht, die dann nicht eintreten, seine Rede zu ändern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

So viel Offenheit und Freiheit sollte man schon haben, Herr Oppermann, und ich glaube auch, dass diese Debatte überhaupt nicht überflüssig ist. Der Flughafen ist ein wichtiger Standortfaktor in diesem Lande, und ich finde, über diesen wichtigen Standortfaktor sollten wir auch offensiv diskutieren!

(Beifall bei der CDU)

(B) Wenn wir hier über wichtige Standortfaktoren diskutieren, ist es natürlich wichtig zu fragen: Wie geht es weiter, welche Notwendigkeiten stellen sich für die Zukunft? Einen Punkt hat Herr Oppermann genannt, den Ausbau und gegebenenfalls die Erweiterung der Suprastruktur! Wenn nämlich die Kapazitäten des Terminals ausgereizt sind, was macht dann das Land Bremen, was macht die Stadt Bremen? Das ist ein Punkt, wo natürlich auch einmal frühzeitig in langfristigen Investitionsplanungen geschaut werden muss, was da auf eine Kommune oder auf ein Land zukommen kann! Das ist zum Beispiel ein wichtiger Punkt!

Ein anderer wichtiger Punkt, da bin ich mit Ihnen einig, Herr Oppermann, vielleicht wird sich da Frau Dr. Trüpel anschließen können, wobei mir das nach ihrer Rede schwer fällt zu glauben, dass man etwas undogmatisch an diese ganze Thematik herangeht, ist zum Beispiel der Stuhr-Vertrag. Wenn nämlich bei diesem Gutachten eine Lärminderung für alle Beteiligten herauskommen sollte, bei Starts und Landungen, warum sollte man dann nicht über den Inhalt des Stuhr-Vertrags an der einen oder anderen Stelle sprechen, meine Damen und Herren? Das muss doch hier einmal erlaubt sein zu erwähnen!

(Beifall bei der CDU)

Dann können wir einmal ganzheitlich diskutieren, ob es ökologisch sinnvoll ist, dass ein Flieger nach Gran Canaria in Portugal zwischenlanden muss, nur weil er 300 Meter Startbahn nicht nutzen kann, mei-

ne Damen und Herren! Ist eine zusätzliche Landung denn ökologisch sinnvoll, so wie Herr Oppermann es hier eben gerade ausgeführt hat?

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen])

Da frage ich Sie doch einmal, da ja bekanntlich Starts und Landungen immer ein bisschen mehr Kerosin verbrauchen, als wenn man durchfliegt: Ist das ökologisch sinnvoll?

Ich glaube, man muss seine gedanklichen Scheuklappen da ein bisschen beiseite nehmen und so, wie Sie es zum Schluss gesagt haben, Herr Oppermann, undogmatisch, unverkrampft an die Punkte herangehen, mit allen Beteiligten über diese Punkte diskutieren und auch zur Kenntnis nehmen, dass die Lärmbelastung geringer geworden ist. Nicht umsonst haben wir vor zwei Jahren im Landeshafenausschuss und auch in der Bürgerschaft sehr intensiv darüber diskutiert, ob die Lärmzone zwei vermindert wird, weil nämlich die Lärmmessung ergeben hat, dass die Lärmbelastigungen geringer geworden sind. Auch das sind Punkte, die man hier völlig undogmatisch und unverkrampft einmal ansprechen muss, und ich glaube, dass dann unter dem Strich dabei herauskommt, dass wir hier auch sehr konstruktiv und auch weitsichtig an die Sache herangehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Manfred Oppermann.

Abg. Manfred **Oppermann** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kastendiek, ich will noch einmal Folgendes sagen: Für uns als Sozialdemokraten ist auch die oberste Maxime, dass wir vertragstreue sind, und wenn es diesen Stuhr-Vertrag gibt, dann halten wir uns daran. Gibt es aber Erkenntnisse, und das habe ich ja auch zum Schluss meiner Ausführungen noch einmal dargelegt, die diesen Stuhr-Vertrag berühren, die letztendlich zur Folge haben, dass wir weite Teile der Wohnbevölkerung um den Flughafen herum durch Veränderungen von Abflugrouten und Abflugpunkten schützen können, dann muss man darüber reden.

Ich rede aber nicht in der Weise mit den Leuten darüber, wir machen das jetzt, aus, Schluss, und kündigen den Vertrag, sondern das ist für mich partnerschaftlich zu lösen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass hier die Vereinigung zum Schutz gegen den Fluglärm nur rein dogmatisch dagegen ist, sondern sie hat sich ja auch auf die Fahne geschrieben, dass sie sich für die Interessen der Wohnbevölkerung einsetzt.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) All das, was letztendlich unter Umständen bei einem solchen Gutachten herauskommen kann, kenne ich nicht. Ich kenne noch nicht einmal den eigentlichen Auftrag, ich weiß nur, dass ein Lärmgutachten bei Professor Mense in Arbeit ist, dessen Ergebnis ich im Moment noch nicht kenne. Aber ich sage ganz deutlich: Wenn wir dieses Gutachten hier vorliegen haben, sollte man es in aller Gelassenheit bewerten.

Sie hatten vorhin in Ihrem Beitrag, Herr Kastendiek, von Anpassung der Rahmenbedingungen gesprochen. Die Frage ist: Was sind denn Rahmenbedingungen? Rahmenbedingung kann natürlich sein, da haben Sie Recht, wir erweitern, wenn wir dann die Passagierzahlen von über drei Millionen erreichen, die Abfertigungsgebäude. Es ist auch unter uns völlig unstrittig, dass so etwas auch gemacht wird. Wir haben viel Geld für den Flughafen ausgegeben. Wir wollen auch, dass diese stadteigene Gesellschaft hier ihre Gewinne einsetzt.

Nur eines sage ich auch noch einmal ganz deutlich, Sie haben es ja in dieser Deutlichkeit nicht gesagt, Sie wollen das vielleicht auch nicht so öffentlich: Ihr Parteifreund, Herr von Dellinghausen, schadet mit seinem Förderverein dem Flughafen mehr als dass er ihn fördert, aber das ist eine Geschichte, die dieser Förderverein mit seinem Vorsitzenden ausmachen muss. Ich sage aber eben noch einmal ganz deutlich abschließend für die Fraktion der Sozialdemokraten: Wir stehen in erster Linie für die Wohnbevölkerung ein. Wir wollen hier die Interessenabwägung, und wenn wir abzuwägen haben, das sagen wir ganz deutlich, dann sind uns die Menschen in dieser Stadt wesentlich wichtiger! Der Flughafen Bremen, so wie er hier heute besteht, kann überleben, hat nicht nur eine Überlebenschance, sondern ist für die Zukunft ausgerichtet.

Herr Kollege Focke, wir brauchen den Flughafen nicht zu schließen! Sagen Sie doch ganz deutlich, was Sie wollen! Sagen Sie doch ganz deutlich, wir sind für die Freigabe dieser jeweils 300 Meter Sonderfläche, dann weiß jeder in dieser Stadt, was hier gemeint ist! Mittlerweile bin ich es leid! Entweder sagt man, was man möchte, oder man verschleierte. Ich bin für Offenheit und nicht für Verschleierung!

(Widerspruch bei der CDU)

Das kann im Karneval sehr lustig aussehen, aber ich sage einfach einmal, in der heutigen Zeit sind wir für klare Fakten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe jetzt der zweiten Rede von Herrn Kastendiek entgegen, dass er noch einmal klipp und klar gesagt hat, dass die CDU keine Verlängerung der Startbahn will. Das ist ja erst einmal eine klare Aussage, und man kann sich dann in den nächsten Jahren immer wieder daran erinnern, dass Sie das heute noch einmal klargestellt haben.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Zurzeit!)

Jetzt aber zu der Frage, was da geprüft werden soll! Herr Ernst hat klar gemacht, dass er ein Gutachten in Auftrag geben wird, um zu prüfen, ob, wenn der Punkt, an dem die Flugzeuge starten, verlegt wird, es eventuell zu einer Minderung von Lärmmissionen kommen kann. Das Ergebnis kennen wir alle noch nicht. Die Anwohner, und vor allem die, die jetzt nicht in Stuhr wohnen, sondern auf der anderen Seite, also insbesondere in Huchting, befürchten natürlich jetzt erst einmal, dass es vielleicht, wenn dieser Abflugpunkt nach vorn verlegt wird, in Stuhr wirklich ein bisschen leiser wird, aber die Lärmmissionen zur anderen Seite gehen. Auch das muss ja erst einmal genau geprüft werden!

(Vizepräsident **Dr. K u h n** übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben nichts gegen dieses Gutachten, das will ich auch noch einmal ganz offen sagen, da schließe ich mich auch Herrn Oppermann an, aber wir wollen, und da wirklich dann ganz undogmatisch, das gilt dann aber wirklich für alle Seiten, wenn die Zahlen auf dem Tisch liegen, dass man das bewertet.

Wenn es wirklich eine Optimierung geben sollte, wo es zu keiner Verschlechterung für Anwohner, wo auch immer sie wohnen, kommen soll, muss man über das Ergebnis einer solchen Expertise sprechen können. Wenn es aber so ist, dass es zum Beispiel nur für einen Teil besser wird und für den anderen schlechter, dann ist für uns der Maßstab, dass es zu keiner weiteren Verschlechterung für Anwohner kommen darf!

Das ist für uns der Gehalt des Stuhr-Vertrages, und, das sage ich noch einmal ganz deutlich, wir sind auch, wie Herr Oppermann es gesagt hat, für das Ausschöpfen von Flughafenpotentialen, aber immer unter der Maßgabe, dass es für die Menschen zu keinen weiteren Belastungen kommt und man im Gegenteil alles dafür tun muss, dass die Belastungen, die es jetzt schon gibt, so gering wie möglich gehalten werden.

Ich möchte es auch noch einmal deutlich sagen, man soll sich nicht einbilden, dass man Flugverkehr völlig ökologisch gestalten könnte. Eine Interessen-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Identität von wirtschaftlichen Interessen und denen der Ökologie an diesem Punkt gibt es nicht. Flughäfen sind einfach mit Belastungen für Umwelt und Menschen verbunden. Das ist so, und darüber soll man auch nicht irgendwie hinwegreden. Das heißt aber, dass man politisch dafür sorgen muss, dass es möglichst zu einem Ausgleich der Interessen kommt. Dafür stehen wir, deswegen wollen wir, dass diese Expertise jetzt eingeholt wird. Dann werden wir sie uns sehr genau anschauen, und ich hoffe auch, meine Kollegen von der CDU, dass Sie an diesem Punkt dann genauso sachlich und undogmatisch die Ergebnisse bewerten werden wie wir. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, Sie haben alle hier bestätigt, dass der Flughafen selbst eine ganz hervorragende Entwicklung genommen hat.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich kann Herrn Oppermann, der jetzt allerdings auch auf den Tisch klopft, in keiner Weise folgen, wenn er hier von einer Überlebenschance für den Flughafen spricht. Das ist für mich völlig daneben.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Sie stellen sich hin, loben den Geschäftsführer – dem schließe ich mich gern an, da sehe ich hier ja auch vollen Rückhalt – und erklären ihm, dass er eine Überlebenschance hat. Das halte ich für völlig falsch, weil ich hervorragende Perspektiven für den Flughafen sehe. Allerdings sind die weniger begründet in dem von Ihnen sehr gelobten Straßenbahnanschluss für den Flughafen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das sehe ich dann doch mehr auf der anderen Seite des Abfertigungsgebäudes und befürchte allerdings, weil ich betonen möchte, dass ich dieselben positiven Entwicklungen, die wir in Bremen haben, auch in Ansätzen ja in Bremerhaven sehe, dass Sie dort jetzt auch einen Straßenbahnanschluss haben wollen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Ich glaube, ich brauche die Ergebnisse hier im Einzelnen nicht zu wiederholen. Ich erinnere mich an das Jahr 1986/87, da hat der BAW einmal eine Prognose über die Flughafenentwicklung abgegeben. Ich kann nur feststellen, Herr Ernst hält die

Prognose ein, und das ist ein Riesenerfolg! Ich erinnere mich allerdings auch, dass damals – und das Thema Flughafen hat ja hier zwei Dimensionen, der Flughafen selbst und die Entwicklung der Arbeitsplätze im Umfeld, das sollten wir nicht vergessen –, 1986/87, da noch ziemlich viele Kleingärten im Umfeld dieses Flughafens waren und wir durch diese Veränderungen hier überhaupt erst den Freiraum geschaffen haben, dass diese exzellente Entwicklung im Umfeld des Flughafens mit Airport-City hier greifen kann. Ich meine auch und betone, in Bremerhaven sehe ich deutlich ähnliche Ansätze, dass das Ganze so weitergehen muss und dass man gegen eine Konkurrenz in Münster/Osnabrück einfach mit besseren Angeboten gegenhalten muss. Aber dass auch andere an dieser Entwicklung partizipieren, denke ich, ist klar.

(C)

Noch ein Wort zu dem Gutachten! Ich würde da doch einmal bitten, ganz entspannt zu bleiben. Ich glaube, diese Fragestellung, die da formuliert ist, ist doch eine richtige. Das ist doch so ähnlich, als würden wir hier einen Autofahrer, nachdem er an einer roten Ampel hat anhalten müssen, auffordern, nun so schnell wie möglich von Null auf 100 zu kommen, und das geht eigentlich nur mit quietschenden Reifen. Wenn wir ihm sagen würden, lass dir ein bisschen mehr Zeit, bis du deine, und jetzt muss ich auf Mindestgeschwindigkeit umstellen bei Flugzeugen, erreicht hast, dass du abheben kannst, dann mag das doch, was die ökologischen Bedingungen angeht, erheblich verträglicher sein.

(D)

Ich denke, dass diese Fragestellung in Ordnung ist, sinnvoll ist, das haben Sie hier auch akzeptiert, und da warten wir doch einmal ab, wie das Gutachten nun ausgehen wird. Zum Gutachten selbst fordern Sie, das haben wir Ihnen auch zugesagt, ein Konzept, was die weiteren Perspektiven bis 2010 angeht. Das werden wir Ihnen vorlegen.

Jetzt möchte ich noch einmal auf den anderen Bereich, Airport-City, kommen. Das ist eine Entwicklung, die eher noch deutlich intensiviert werden soll. Auch da wissen Sie, mit der A 281 sind wir erhebliche Schritte weitergekommen und werden Sie dann auch mit den entsprechenden planerischen Anforderungen hier begrüßen. Da möchte ich noch einmal deutlich sagen, wenn wir in solche Infrastrukturen wie einen Flughafen investieren, Infrastrukturen, die hier oberzentrale Funktionen darstellen, dann müssen wir eben dafür Sorge tragen, dass sie ihre Effekte auch entfalten können. Dies gilt für den Flughafen mit dem Beispiel Kleingärten genauso wie für die Universität. Ich denke, es ist heute nicht vorstellbar, dass wir sagen, hätten wir doch damals am Flughafen die Kleingärten erhalten. Dann, das ist uns klar, wäre die Entwicklung hier in keiner Weise eingetreten. Für dieses Arrondieren, denke ich, ist der Flughafen ein exzellentes Beispiel. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/530, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2001
(Drucksache 15/584)
1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Knigge.

Nachträglich möchte ich Ihnen mitteilen, dass die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit dem Gesetzentwurf in ihrer Sitzung am 18. Januar 2001 zugestimmt hat.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hoch.

(B) Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat hat uns hier mit der Drucksache 15/584 ein Gesetz zur Änderung gesundheitlicher Gesetze vorgelegt. Es beinhaltet das Gesundheitsdienstgesetz, das Gesetz über das Krebsregister der Freien Hansestadt Bremen sowie das Gesetz über das Leichenwesen. Ich werde mich an dieser Stelle auf die Änderung des Gesetzes über das Leichenwesen beschränken und muss hier auf inhaltliche Kritikpunkte hinweisen und leider auch auf die Art und Weise des Gesetzgebungsverfahrens.

Kommen wir zuerst einmal zu den Inhalten! Positiv ist festzuhalten, dass das Gesetz den Vorschlag der Deutschen Krankenhausgesellschaft aufgenommen hat, danach werden in Zukunft sämtliche Föten von Tot- und Fehlgeburten, egal welchen Stadiums, nicht mehr wie Körperteile und Organe beseitigt, sondern sie erhalten ein würdiges Begräbnis. Das ist sehr lobenswert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Ich weise darauf hin, weil uns beim intensiven Studium dieses Entwurfs die positiven Verbesserungen nicht entgangen sind.

Doch jetzt zu den überaus problematischen Neuerungen! Nehmen wir einmal die Bestattung von

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Menschen ohne Angehörige, für die der Staat die Beerdigungskosten übernehmen muss. Diese Menschen wurden bis jetzt erdbestattet. Sie sollen in Zukunft feuerbestattet werden. Die Feuerbestattung spart Geld, weil die Kosten für eine Grabstelle entfallen. Dem Institut für Rechtsmedizin, das diese Leichen aufbewahrt, wird jetzt die Entscheidung über Ort und Art der Durchführung der Bestattung eingeräumt. Hier teilen wir vom Bündnis 90/Die Grünen die Bedenken und Hinweise der Kirchen, die mahnen, dass es Menschen gibt, die aufgrund ihres Glaubens eine Feuerbestattung ablehnen.

Zwar wird in diesem Gesetz geregelt, dass aus religiösen Gründen eine Erdbestattung durchgeführt werden kann, aber hier liegt gerade das Problem. Der Ermittlung der Glaubensgemeinschaft oder der ethischen Wünsche eines Verstorbenen wird kaum nachgegangen. In der Praxis wird es dann so aussehen: Das Institut für Rechtsmedizin schickt eine Mitteilung an das Amtsgericht. Das Amtsgericht wiederum meldet zurück, ob Angehörige bekannt sind oder nicht. Das war es dann! Eine aktive Suche von Angehörigen wird nicht stattfinden. In der Vergangenheit haben diese aktive Suche, wie zum Beispiel die Nachfragen bei Kirchengemeinden oder Nachbarn, die Bestatter übernommen.

Das Problem müssen wir auch vor dem Hintergrund der Veränderungen in Familien und im Familienleben sehen. Es wird in der Zukunft immer mehr Menschen geben, die allein leben, oft isoliert, zum Teil auch mit abgebrochenen Kontakten zu Angehörigen. Das beruht nicht immer auf einem Zerwürfnis. Mir wurde von Vertretern der evangelischen Kirche berichtet, dass es viele Menschen gibt, die angesichts dieses Zustandes Vorsorgeverträge abgeschlossen haben, in denen sie ihre Beerdigung geregelt haben. Doch was passiert, wenn nicht aktiv danach recherchiert wird? Das Institut für Rechtsmedizin soll spätestens zehn Tage nach der Einlieferung die Bestattung anordnen. Ich denke, das ist ein sehr kurzer Zeitraum, zu kurz für eine aktive Recherche, für eine Entscheidung im Sinne der Verstorbenen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch zu einem psychologischen Punkt, zur favorisierten Feuerbestattung kommen! Die zukünftig mögliche Feuerbestattung bedeutet im öffentlichen Bewusstsein einen Paradigmenwechsel, auch wenn der Senat argumentiert, dass in Bremen 70 Prozent eine Feuerbestattung wählen. Im öffentlichen Bewusstsein ist die Erdbestattung aber immer noch Normalität. Eine aktivierende Öffentlichkeitsarbeit ist leider nicht vorgesehen.

Über alle inhaltlichen Bedenken hinaus müssen wir vom Bündnis 90/Die Grünen auch noch das Verfahren kritisieren. Das war wahrlich kein demokratischer Prozess! Schon seit Monaten war klar, dass es eine Gesetzesänderung geben wird und dass es ein öffentliches Interesse gibt, über das Vorhaben

(C)

(D)

- (A) informiert zu werden. Dieses Interesse wurde auch anhand der Presseberichte in der „taz“ und im „Weser-Kurier“ deutlich. Herr Kollege Eckhoff hat in der Pressemitteilung der CDU dazu gesagt, er würde sich intensiv mit dem Thema beschäftigen,

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Haben wir auch!)

auch im Dialog mit den Kirchen und Bestattungsunternehmen. Was ist schlussendlich wirklich passiert? Die Opposition wurde nicht beteiligt, es fand auch keine Anhörung statt, und das kritisieren wir hier.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei der letzten Änderung des Gesetzes über das Leichenwesen hat es diese Anhörung gegeben. Das führte zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Dieses Mal ist es nicht passiert. Ich habe ausdrücklich bei den Kirchen nachgefragt. Wir haben deshalb in der letzten Deputationssitzung darum gebeten, dies zu tun und die großen Kirchen, die Jüdische Gemeinde sowie das islamische Archiv einzuladen, um diese Bedenken auszuräumen. Das ist leider nicht passiert. Ich denke, an diesem demokratischen Prozess sollten Sie arbeiten.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Herr Eckhoff ist doch gar nicht Gesundheitssenator!)

- (B) Aber er kann sich dafür einsetzen, und darum bitte ich ihn!

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Quatsch!)

Ich finde nicht, dass das Quatsch ist. Ich fände es richtig, wenn er sich dafür einsetzen würde. Sie haben hier gestern einiges aus dem Koalitionsnästkästchen erzählt, und wenn das in solch einem Koalitionsnästkästchen bleibt, dann tut mir das Leid, es assoziiert für mich immer etwas einfädeln, etwas zusammenflicken. Das zu dem Wort Nähkästchen! Ich hätte es gern, wenn es da hinausgetragen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Teil des Gesetzes nicht aus Prinzip ab. Nein, wir sind immer für konstruktives und gemeinsames Handeln für Bremen. Wir sagen nein, weil Sie unsere Bedenken nicht ausgeräumt haben und weil Sie notwendige Beteiligungsformen außer Acht gelassen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir beantragen für dieses Gesetz getrennte Abstimmung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (C) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Änderung des Bremischen Leichengesetzes ist natürlich kein Thema, über das man sich so richtig streiten kann, dafür ist das Thema eigentlich zu sensibel. Allerdings ist die Öffentlichkeit auf dieses Thema aufmerksam geworden, insbesondere auch durch reißerische Überschriften in den Medien. Ich weiß nicht, ob das Not getan hätte.

Der Kernpunkt, das haben Sie sicherlich jetzt durch meine Vorrednerin mitbekommen, ist eigentlich ein Wort in diesem Gesetz. Wir ändern das Wort „Erdbestattung“ in „Bestattung“. Das heißt, es ist nicht nur die Erdbestattung zulässig, sondern nun auch die Feuerbestattung, und zwar für bestimmte Personenkreise. Ich möchte sie noch einmal eben nennen. Es sind Personen, die keine Angehörigen haben, deren Angehörige nicht auffindbar sind, und, was ich eigentlich sehr traurig finde, es sind auch Personen, deren Angehörige die Kosten für die Bestattung nicht übernehmen wollen, aus welchen Gründen auch immer. Genau für diese Personen muss die Behörde eine Bestattung anordnen. Um das einmal so ein bisschen deutlich zu machen, im Amtsdeutsch heißen diese Verstorbenen „herrenlose Leichen“.

- (D) Die Änderung des Leichengesetzes führte im Vorfeld zu ablehnenden Stellungnahmen seitens des Bestattungsverbandes und der Kirchen. Ich habe mir diese Stellungnahmen durchgelesen, und sie haben mich teilweise doch sehr erschreckt. Es ging nicht etwa nur um den pietätvollen Umgang mit diesen Verstorbenen, sondern es ging eindeutig auch um wirtschaftliche Interessen. Folglich kann ich überhaupt nicht den Argumenten folgen, die dann in der Presse zu lesen waren und die dann auch, glaube ich, in Bezug auf das Institut für Rechtsmedizin nicht so ganz fair waren.

Es wurde dann gesagt, die Änderung sei veranlasst worden, um dem Institut für Rechtsmedizin mehr Einnahmen zu verschaffen und dass dann auch dadurch, dass nun verstärkt Obduktionen durchzuführen seien, weil, so wurde es in der Presse und im Vorfeld deutlich, nun für jede dieser Feuerbestattungen eine Obduktion anzuordnen wäre. Das ist nicht der Fall! Obduktionen sind anzuordnen, wenn es dringend im öffentlichen Interesse liegt, also nicht in jedem Fall!

Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang auch ruhig erwähnen: Natürlich geht es auch um Einsparungen und um Kosten. Natürlich, das wissen Sie alle, auch aus Ihrem privaten Umfeld, sind Gräber für Urnen billiger als Gräber für Erdbestattungen, und bei den Feuerbestattungen fallen überhaupt keine Grabkosten an.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Ein Argument, das von Frau Hoch vorgebracht wurde, ist der Paradigmenwechsel. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen! Wir haben gelesen, dass 71 Prozent der Bestattungen in Bremen Feuerbestattungen sind. Als ich mich mit diesem Thema beschäftigt habe, habe ich in meinem Verwandten- und Freundeskreis einmal herumgefragt. Ich habe niemanden gefunden, der eine Erdbestattung wünscht, es haben alle eine Feuerbestattung gewünscht. Von einem Paradigmenwechsel zu reden, halte ich für falsch.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Dann zu glauben, man würde den Willen der Verstorbenen übergehen, wenn Sie vielleicht doch lieber eine Erdbestattung gehabt hätten! Wenn 71 Prozent eine Feuerbestattung wählen, kann man doch davon ausgehen, dass das das übliche Verfahren in Bremen ist und dass die Verstorbenen, die man nun leider nicht mehr fragen konnte, diesen Weg auch hätten wählen wollen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Frau Busch, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung?

(B) Abg. Frau **Busch** (SPD): Ja, bitte!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte sehr!

Abg. **Dr. G ü l d n e r** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass in Bremen Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen leben und dass das, was Sie jetzt von der Mehrheitsgesellschaft vortragen, die entsprechenden Zahlen, nicht unbedingt für alle Kulturen gilt, dass es sogar Kulturen und Religionen gibt, die die Feuerbestattung explizit ausschließen?

Abg. Frau **Busch** (SPD): Das ist mir bekannt, und wenn Sie noch ein klein wenig Geduld haben, komme ich darauf noch. Mir ist nämlich bekannt,

(Heiterkeit)

dass eine Feuerbestattung nicht mit dem Glauben von Mitgliedern einiger Religions- und Glaubensgemeinschaften in Einklang zu bringen ist. Gleichwohl sage ich auch, ich finde es traurig, dass Fürsorge für Gemeindemitglieder vielleicht erst nach dem Tod eintreten soll und nicht schon vorher.

Ich hätte einen ganz anderen Wunsch: Ich spreche mich dafür aus, dass wir der Vereinsamung von Menschen entgegenwirken,

(Beifall bei der SPD)

damit die Zahl dieser anzuordnenden Bestattungen, es sind immerhin 200 von 7000, geringer wird, damit wir dann in der Presse nicht mehr lesen müssen, dass wieder eine Leiche oder ein Nachbar tot in der Wohnung gefunden wurde, und keiner hat es gemerkt! Wenn wir das erreichen, haben wir sehr viel erreicht! Die SPD spricht sich für die vorgelegte Änderung aus. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine beide Vorrednerinnen habe ja schon sehr ausführlich zu den Bestattungsriten der Verstorbenen gesprochen. Ich bitte um Ihr Verständnis, dass ich mich erst den Lebenden zuwende.

Das wird der Schwerpunkt meiner Ausführungen hier sein, meine Damen und Herren, denn die Änderung der gesundheitsrechtlichen Gesetze beinhaltet einen, wie ich finde, sehr wichtigen Schritt: Die Früherkennungsmaßnahmen werden jetzt gesetzlich geregelt, und bei dieser gesetzlichen Regelung, die wir im Paragraphen 15, glaube ich, finden, Frau Senatorin, ist es uns gemeinsam gelungen, den beiden Koalitionsfraktionen sowie auch Ihrem Haus, Frau Senatorin, einen sehr wichtigen Punkt für die Frauen umzusetzen, nämlich den umfassenden Datenschutz im Mammascreeing-Programm zu regeln und abzusichern. Ich glaube, das ist ein gemeinsamer Erfolg, über den wir alle sehr, sehr froh sein können.

(Beifall bei der CDU)

Die Einladung an Frauen der Zielgruppe von 50 bis 70 Jahren für das Mammascreeing, meine Damen und Herren, erfolgt jetzt über das Gesundheitsamt, das in dieser Stadt eine sehr große Akzeptanz genießt. Es wird die Frauen jetzt zum Mammascreeing einladen, auch einmal erinnern, und wenn die Frauen dann nicht kommen, werden diese Daten gelöscht. Ich finde, das ist ein wirklicher Erfolg für das Engagement der Frauen, die dies unbedingt wollten. Ich bin ausgesprochen glücklich, dass wir hier zu einer soliden Einigung gekommen sind, die sich in diesem Gesetz wiederfindet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, meine Vorredner haben es schon gesagt, das Gesetz regelt auch die Bestattung der Verstorbenen und dazu von meiner Seite auch zwei, drei Sätze! Die Kirchen und alle Religionsgemeinschaften haben gegen die Feuerbestattung Bedenken geäußert. Diese können wir als CDU-

(C)

(D)

(A) Fraktion sehr gut nachvollziehen. Es ist so, Herr Dr. Güldner hat es schon angesprochen, dass wir auf diese Dinge Rücksicht nehmen müssen, und dies sieht das Gesetz auch vor!

Der erklärte Wille der Verstorbenen ist selbstverständlich weiter zu berücksichtigen, nur, er muss erklärt werden, und zwar bevor man verstirbt! Ich weiß, dass wir zu Lebzeiten nicht gern darüber nachdenken, wie wir bestattet werden wollen, meine Damen und Herren, aber es ist so, dass der Tod auch zu unserem Leben gehört. Deshalb haben wir dieser Gesetzesänderung so zugestimmt und glauben auch, dass sie auf Dauer tragfähig sein wird.

Natürlich werden wir beobachten, ob das so geht, und ich bin mir sicher, das wird auch die Senatorin für Gesundheit, Frau Adolf, mit ihrem Ressort tun, denn kein Gesetz ist in Stein gegossen. Sollte es Probleme geben, dann werden wir sie aufnehmen, werden sie neu diskutieren, und ich bin mir sicher, wir werden gemeinsam das Gesetz anpassen. Nun allerdings bitte ich Sie zu diesem Gesetz, das Ihnen vorliegt, und das, glaube ich, gelungen ist, erst einmal um Ihre Zustimmung. Wenn es Probleme gibt, reden wir wieder darüber, und dann lösen wir sie auch. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

(B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze werden mehrere Gesetze verändert, und zwar das Gesundheitsdienstgesetz, das Gesetz über das Leichenwesen und das Gesetz über das Krebsregister der Freien Hansestadt Bremen. Zum Teil sind diese Änderungen hier angesprochen worden. Alle drei Gesetze sind bereits seit mehreren Jahren in Kraft, und im Laufe ihrer Wirksamkeit hat sich allerdings die Notwendigkeit einzelner inhaltlicher Änderungen ergeben, denen wir jetzt mit diesem vorliegenden Artikelgesetz Rechnung tragen wollen. Wesentliche Änderungen sind bereits angesprochen worden. Ich will aber noch auf einige kurz zurückkommen.

In Paragraph 2 des öffentlichen Gesundheitsdienstgesetzes wird als zusätzliche Aufgabe die Durchführung von Maßnahmen der Prävention aufgenommen, das können sehr unterschiedliche Maßnahmen sein, unter anderem auch Screening. Diese Aufgabe soll der öffentliche Gesundheitsdienst unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Nachrangigkeit neben entsprechenden Maßnahmen niedergelassener Ärzte wahrnehmen. Es gilt also immer, Vorrang hat das, was außerhalb des öffentlichen Dienstes auch geschehen kann. Erfasst werden hier von insbesondere Screening-Maßnahmen wie das Mammascreeing, das hier angesprochen wurde, die

zum Beispiel zum Nachweis der Mortalitäts- und Letalitätssenkung im Hinblick auf bestimmte Erkrankungen in einer konkreten Region durchgeführt werden.

Ergänzt wird diese Bestimmung dann durch den neuen Paragraphen 15 im öffentlichen Gesundheitsdienstgesetz, der bislang Bestimmungen über die humanogenetische Beratung durch das Gesundheitsamt Bremen enthielt. Eine derartige Regelung ist aus unserer Sicht nicht mehr erforderlich, weil die humanogenetische Beratung seit längerer Zeit in Bremen insbesondere von der Universität und von Cara e. V. wahrgenommen wird und das Gesundheitsamt Bremen diese Aufgabe seit einiger Zeit nicht mehr selbst durchführt. Wir haben hier nun endlich konkrete Regelungen über die Durchführung der dem öffentlichen Gesundheitsdienst übertragenen Maßnahmen der Prävention und regeln, welche Daten von Maßnahmen der Prävention durchführenden öffentlich-rechtlichen Stellen durch die Meldebehörden überhaupt erhoben werden dürfen.

Es gab darüber viele Gespräche, wie man das am günstigsten organisiert, und ein ganz wichtiger Punkt war, was mit denen geschieht, die zur Teilnahme an dieser Maßnahme eingeladen werden, die sich dann aber gegen eine Teilnahme entscheiden. Ich kann Ihnen dazu konkret sagen, dass der Gesetzentwurf vorsieht, dass die Einladungsdaten der Personen, die nicht teilnehmen oder trotz Teilnahme keine Einwilligung zur weiteren Verwendung ihrer Daten erteilen, anonymisiert werden. Das bedeutet, dass ihre Daten nicht für die Durchführung der Screening-Maßnahme verwendet werden dürfen. Aufgrund der Anonymisierung besteht auch keine Möglichkeit, später, das heißt zum Beispiel für eine Evaluierung des Screening-Programms, auf diese Daten zurückzugreifen. Das ist ganz wichtig für die Frauen, die sich bewusst entscheiden, nicht teilzunehmen.

Die Regelung ist bei denen, die Forschungsergebnisse aus diesem Programm erzielen wollen, nicht auf Gegenliebe gestoßen, weil sie sagen, es könnte sein, dass wir später aus wissenschaftlicher Sicht doch noch Interesse an diesen Daten haben könnten. Wir haben uns hier ganz deutlich für die Anonymisierung entschieden, weil dies der Weg ist, Frauen auch zu motivieren teilzunehmen oder eine bewusste Entscheidung gegen eine Teilnahme zu treffen.

Zum Gesetz über das Leichenwesen ist hier vieles gesagt worden. Ich bin sehr dankbar für diese sehr einfühlsame Debatte, die an dieser Stelle geführt worden ist, weil auch die Berichterstattung vorher schon nicht unbedingt nur darauf hoffen ließ, dass das hier sehr sachlich behandelt werden würde. Es ist ein großes Problem in dieser Gesellschaft, dass wir diese 200 Fälle in einer Stadt wie Bremen überhaupt haben.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Wir müssen einmal deutlich sagen, dass es einen sehr hohen Anteil von Menschen gibt, deren Angehörige sich nicht kümmern wollen, die durchaus da sind, aber die sich nicht kümmern wollen. Die, die wirklich ganz ohne Angehörige sind, sind ein verhältnismäßig kleiner Teil davon, und ich stimme der Abgeordneten Busch durchaus zu, dass wir an dieser Stelle noch viel auch gesellschaftliche Bewusstseinsarbeit leisten müssen, um dafür zu sorgen, dass hier ein anderes Verständnis von Miteinander Platz greift.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich deshalb hier zu diesem Gesetz nicht weiter äußern.

Für sehr wesentlich, und dazu ist hier noch nichts gesagt worden, halte ich aber die Änderungen des Krebsregistergesetzes, und ich will ganz kurz einige Dinge anschnitten, die wichtig sind, nämlich dass neben Ärzten und Zahnärzten auch die Tumordokumentationsnachsorgeleitstelle berechtigt sein soll, zukünftig ihr übermittelte Daten weiterzumelden, dass Ärzte, die durch spezielle Untersuchungsmethoden die Krebserkrankungen bestimmen, ohne behandelnde Ärzte oder Zahnärzte zu sein, zur Meldung verpflichtet werden, weil das Krebsregister auch davon lebt, dass viele Meldungen erfolgen. Wir müssen da noch nachbessern, so dass die der Vertrauensstelle zu übermittelnden Daten neben der standardisierten Form nicht nur auf einem vorgegebenen Formblatt zu melden sind, sondern bis zur Einführung eines geeigneten Verfahrens auch in Arztbriefen enthalten sein dürfen, die der Vertrauensstelle übersandt werden, um den Aufwand für Ärzte so gering wie möglich zu halten.

(B)

Wir haben uns da zu diesem Schritt entschieden, und dazu, dass die Registerstelle selbst unter Einhaltung der auch für Dritte geltenden Vorschriften an epidemiologischer Forschung teilnehmen darf. Ich glaube, dass diese Änderungen insgesamt nötig und wichtig waren, und ich würde mich freuen, wenn sie hier im Hause auf breite Zustimmung stoßen. – Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung über den Artikel 2 des Gesetzesantrags beantragt worden.

Ich lasse daher zunächst über den Artikel 2 des Gesetzesantrags in erster Lesung abstimmen.

Wer den Artikel 2 – das ist die Änderung des Gesetzes über das Leichenwesen – des Gesetzes zur

Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze, Drucksache 15/584, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(C)

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t -
m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Artikel 2 des Gesetzes in erster Lesung.

Ich lasse nun über die restlichen Artikel des Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze in erster Lesung abstimmen.

Wer die restlichen Artikel des Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Artikel 1, 3 und 4 des Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze in erster Lesung.

(Einstimmig)

(D)

Lebenssituation junger Mütter

Große Anfrage der Fraktionen
der CDU und der SPD
vom 28. September 2000
(Drucksache 15/479)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. November 2000

(Drucksache 15/529)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Knigge.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Frau Senatorin, wünschen Sie, die Antwort mündlich vorzutragen? – Das ist nicht der Fall.

Ich gehe davon aus, dass eine Aussprache gewünscht ist. – Das ist der Fall.

Wir treten in die Aussprache ein.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnakenberg.

(A) Abg. Frau **Schnakenberg** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Familie ist auch im 21. Jahrhundert die attraktivste Lebensform, aber wir stellen gleichzeitig fest, dass sich die Lebenswirklichkeiten in unserer Gesellschaft stark verändert haben. Mittlerweile wird zirka jede dritte Ehe geschieden, und die Zahl der allein erziehenden Eltern, insbesondere der unverheirateten Alleinerziehenden, ist stark angestiegen. Fast jedes fünfte Kind lebt heute mit einem allein erziehenden Elternteil zusammen. Die überwiegende Anzahl der Kinder lebt bei der Mutter.

Die Familienpolitik der CDU stellt sich diesen neuen Herausforderungen. Unter den Maßnahmen der Familienförderung räumen wir der besseren Vereinbarkeit von Familienarbeit mit dem Beruf oder einer Ausbildung Priorität ein.

(Beifall bei der CDU)

Beide Bereiche nach eigenen Wünschen zu gestalten, ist oft nicht einfach, aber Frauen haben darauf den gleichen Anspruch wie Männer. Eine Entscheidung für Kinder darf nicht das Aus für eine Ausbildung oder spätere berufliche Entwicklung bedeuten.

(Beifall bei der CDU)

(B) Eine Schlüsselfrage dabei ist die zufrieden stellende Regelung der Kinderbetreuung. Die CDU hat mit der Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz grundsätzlich ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen. Dieses Angebot muss sich aber enger an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder ausrichten und flexiblere Öffnungszeiten der Einrichtungen sicherstellen.

Seit dem 1. Januar 1998 gilt ein neues Arbeitsförderungsgesetz, das SGB III. Paragraph 8 des SGB III widmet sich der Frauenförderung. In Absatz 3 ist festgehalten, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung sollen in ihrer zeitlichen, inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern berücksichtigen, die aufsichtsbedürftige Kinder betreuen und erziehen oder pflegebedürftige Angehörige betreuen oder nach diesen Zeiten wieder in das Erwerbsleben zurückkehren wollen.“

Meine Damen und Herren, was ist aber mit den Frauen, die noch vor Abschluss einer ersten beruflichen Qualifikation oder gar vor Abschluss ihrer Schulbildung ein Kind bekommen haben und Schulabschluss oder Ausbildung mit Kind absolvieren wollen? Um auf diese wichtige Frage eine Antwort zu bekommen, haben wir eine Große Anfrage an den Senat gestellt. Aus Zeitgründen werde ich mich auf einige wichtige Aussagen beschränken.

In Bremen wurden 1999 281 Kinder von jungen Frauen unter 20 Jahren geboren, in Bremerhaven lag die Zahl bei 116 Geburten. Seit 1990 haben sich diese Zahlen kaum verändert. Meistens sind es ungeplante Schwangerschaften, und die Abhängigkeit von Hilfen und Unterstützung durch andere ist sehr groß. Die Mehrzahl der Kinder wird außerhalb einer bestehenden Ehe oder Lebensgemeinschaft mit dem Vater geboren. Die meisten der jungen Frauen leben deshalb von Sozialhilfe.

Im Land Bremen stehen auf Grundlage der Paragraphen 19 und 34 Kinder- und Jugendhilfegesetz insgesamt vier Eltern-Kind-Einrichtungen mit insgesamt 43 Plätzen auch für minderjährige Schwangere und Mütter zur Verfügung. Am Stichtag 31. Oktober 2000 lebten in den Bremer Einrichtungen zwölf junge Mütter unter 20 Jahren, davon waren zehn minderjährig. In Bremerhaven waren am Stichtag 21. November 2000 alle zwölf Plätze in der Einrichtung Hamme Lou besetzt. Vier junge Mütter sind schulpflichtig und zurzeit freigestellt.

Die Mitarbeiter sagen aus zehnjähriger Erfahrung, dass die Mehrzahl der betreuten jungen Frauen es schafft, den Hauptschulabschluss zu erwerben, allerdings zumeist an der Abendschule. Eine betriebliche Ausbildung wird dann von den wenigsten jungen Müttern angestrebt. Ein wesentlicher Grund ist die Unvereinbarkeit der betrieblichen Ausbildungszeiten mit der Kinderbetreuung.

Meine Damen und Herren, warum gibt es bislang kaum Maßnahmen für junge allein erziehende Mütter? In der Antwort des Senats heißt es, dass nach Paragraph 18 Absatz 3 Bundessozialhilfegesetz junge Mütter mit Kindern unter drei Jahren grundsätzlich nicht verpflichtet sind, ihre Arbeitskraft zur Bestreitung des Lebensunterhalts einzusetzen. Die Kinderbetreuung und -versorgung wird zunächst als vorrangig angesehen. Damit ist dieser Personenkreis keine vorrangige Gruppe im Programm Hilfen zur Arbeit. Grundsätzlich gehört es aber wiederum zu den Aufgaben, nicht nur die finanziellen Hilfen zu gewähren, sondern die jungen Frauen auch auf Schulabschluss, Ausbildung und Beruf zu orientieren. Hier wäre meines Erachtens ein Ansatzpunkt, um Veränderungen herbeizuführen.

Die normale Regelschule ist auf spezielle Situationen von jungen Müttern nicht eingestellt. Daher ist es besonders für die Frauen problematisch, die nicht auf die Unterstützung ihrer Familie bauen können, sondern mehr oder weniger auf sich allein gestellt sind. In der Stadtgemeinde Bremen gibt es seit Anfang 1998 das Projekt BELEM, Berufliche Lebensplanung für junge Mütter, ein Kooperationsprojekt zwischen Schule und Jugendhilfe, das unter der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverband Bremen e. V., läuft. Die CDU-Fraktion besuchte bereits im Mai 2000 BELEM vor Ort in der Valckenburghstraße und nahm auch an der Fachtagung im

(C)

(D)

(A) November teil. Jeweils acht junge schulpflichtige Mütter zwischen 16 und 18 Jahren haben durch BELEM die Möglichkeit, ihren Hauptschulabschluss zu erwerben und erhalten darüber hinaus sozialpädagogische Beratungs- und Unterstützungsangebote. Ihre Kinder werden direkt in der Schule durch Fachpersonal betreut und gefördert. Die Warteliste umfasst derzeit 15 junge Mütter.

Bei einer angedachten Verstetigung, die aus verschiedenen Gründen sicher auch sehr sinnvoll ist, muss aber meines Erachtens auch über Veränderungen nachgedacht werden. Am Anfang der Maßnahme ist es zweifellos wichtig, auf die spezielle Situation der jungen Mütter einzugehen, aber im Verlauf muss stärker auf eine alltags- und wirklichkeitsnahe Gestaltung abgestellt werden, denn der Schonraum ist mit Verlassen von BELEM auch vorbei. Der Erwerb des Hauptschulabschlusses allein ist noch nicht der Weg aus der Sozialhilfe.

Die nächsten Schritte müssen in Richtung Ausbildung führen. Daher sollten frühzeitig Partner aus verschiedenen Bereichen eingebunden werden, denn zurzeit gibt es keine geeigneten Anschlussmaßnahmen für diese Gruppe junger Mütter. Gerade für junge Frauen mit Kind ist aber die Chance, einen Ausbildungsplatz auf dem „normalen“ Ausbildungsstellenmarkt zu bekommen, noch ziemlich illusorisch. Die Zielgruppe junge Mütter mit ihren speziellen Problematiken ist von der Arbeitswelt bislang kaum wahrgenommen worden. In verschiedenen Städten gibt es daher bereits Modellprojekte mit Teilzeitausbildung für junge Mütter, wobei es auf diese Ausbildungsform keinen Rechtsanspruch gibt.

(B) Das Arbeitsamt Bremen startete 1999 eine dreijährige Umschulung zur Kauffrau für Bürokommunikation in Teilzeitform für junge Mütter zwischen 19 und 25 Jahren. Diese verfügten in der Regel über einen Haupt- oder Realschulabschluss. Im Oktober 2000 waren noch 26 von 32 Teilnehmerinnen in der Maßnahme, die bei einem Bildungsträger eingerichtet wurde. Häusliches Telelernen mit dem PC ist dort ebenso integriert wie dreimonatige Betriebspraktika bei Bremer Großbetrieben. In Kooperation mit dem Amt für Soziale Dienste wurde für jedes Kind ein Betreuungsplatz garantiert. Im Frühjahr startete aufgrund veränderter Förderungsmöglichkeiten eine überbetriebliche Erstausbildung mit 18 jungen Müttern bei einem Bildungsträger mit 35 Präsenzwochenstunden, davon 2,5 Stunden am Samstagvormittag. In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, dass es sich bei BELEM und den Angeboten des Arbeitsamtes um zwei verschiedene Zielgruppen handelt. In Bremerhaven gibt es nach meiner Information keine vergleichbaren Angebote.

Ich fasse zusammen: Schwangerschaften im Teenageralter stellen die betroffenen jungen Frauen vor große Probleme. Das betrifft nicht nur den Bereich Bildung und Ausbildung. Eine Ausbildung mit Kind zu absolvieren gestaltet sich auch für junge Mütter

bis Mitte 20 als schwierig. Gesicherte und auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Kinderbetreuungsangebote auch für Kleinkinder unter drei Jahren sind eine wichtige Voraussetzung, übrigens auch für andere berufstätige Mütter und Väter, ob allein erziehend oder in Partnerschaft lebend.

Es besteht eine große Nachfrage von jungen Müttern nach Maßnahmen wie BELEM oder den Angeboten des Arbeitsamtes. Die CDU befürwortet diese Angebote und sieht auch den aktuellen Bedarf.

(Beifall bei der CDU)

Die jungen Mütter sind in einer sie teilweise überfordernden Lebenssituation. Dabei ist auch der Staat in der Verantwortung, so viel Hilfe wie nötig zu geben. Die jungen Frauen dürfen aber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden, ihren Teil dazu beizutragen, den Weg zu einem eigenständigen Leben heraus aus der Sozialhilfe zu beschreiten.

(Beifall bei der CDU)

Unter diesen Voraussetzungen ist die CDU gern bereit, diesen Weg zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, für sehr wichtig erachte ich dabei aber die frühzeitige Vernetzung aller in diesem Bereich beteiligten Gruppen und Institutionen. Dazu gehören unter anderem auch die Ressorts Bildung und Wissenschaft sowie Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, aber auch die Politik, um einen roten Faden für alle erforderlichen Maßnahmen erkennen zu lassen, denn nur die bloße Bereitstellung einzelner, nicht aufeinander abgestimmter Maßnahmen für die Gruppe der jungen Mütter ist aufwendig, kostet viel Geld und ist auf Dauer nicht besonders wirkungsvoll, da viele dann auch außen vor bleiben. In die bestehende Bildungs- und Ausbildungsdiskussion sollte die besondere Lebenssituation der jungen Mütter, aber auch ihre dadurch gewonnene Lebenserfahrung mit eingebettet werden. Auch andere Gruppen von jungen Menschen können von neuen Wegen in Bildung und Ausbildung profitieren. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wulff.

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schulabschluss, Berufsausbildung, Heirat, Kinder und, wenn diese dann aus dem Größten heraus sind, zurück in den Beruf, so sieht die normale Lebensplanung der meisten jungen Frauen aus. Doch nicht immer gelingt dieser Lebensentwurf. Junge Frauen, die noch vor dem Schul- oder Berufsabschluss Mütter werden, sehen sich einer Reihe von Schwierigkeiten gegenüber. Ausgerech-

(C)

(D)

(A) net in der Jugendphase, also einem Lebensabschnitt, in dem die Identitätsfindung, das Experimentieren mit Lebensstilen und die Suche nach einem geeigneten Lebenspartner normalerweise im Vordergrund stehen, müssen junge Mütter Mutterschaft und Schule oder Beruf gleichzeitig bewältigen.

Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren, einmal auf diese Problematik zu lenken, das war die Motivation der SPD-Fraktion dafür, dass wir uns der Großen Anfrage der CDU-Fraktion angeschlossen haben. Aufgrund ihres besonderen Status sind die jungen Mütter weder Adressatinnen der mädchenpädagogischen noch der klassischen mütterspezifischen Angebote. Erschwerend kommt hinzu, dass sie meistens allein erziehend einer Ausbildung beziehungsweise einer beruflichen Tätigkeit nur in einem zeitlich begrenzten Umfang nachgehen können. Dementsprechend haben auch die Aussagen des fünften Familienberichts der Bundesregierung, ich zitiere, „eine strukturelle Rücksichtslosigkeit des Bildungssystems gegenüber Eltern, die sich in einer Ausbildung befinden,“ attestiert.

Historisch betrachtet hat sich unser Berufsbildungssystem ohne die Teilhabe von Mädchen und Frauen begründet. Berufstätigkeit war als Domäne des Mannes definiert. Kindererziehung wurde in die Zuständigkeit der Ehefrau delegiert. Diese traditionelle Geschlechtertrennung wird durch die Struktur des Bildungssystems, die Bedingungen des Arbeitsmarktes sowie unzureichende Kinderbetreuungssysteme zum großen Teil aufrechterhalten. Im Gegensatz zur alten CDU/FDP-Bundesregierung, die wenig getan hat, um diese Strukturen zu verändern, dies vielleicht auch gar nicht wirklich beabsichtigte,

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n
[CDU]: Haben Sie eine Ahnung!)

hat die rotgrüne Bundesregierung inzwischen wichtige Reformen der Familienpolitik und auch des Bildungssystems in Gang gesetzt.

(Unruhe bei der CDU)

Frau Schnakenberg, Sie haben zwar gesagt, Sie treten sehr für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und möchten dies gern fördern. Ich freue mich, wenn auch bei der CDU ein entsprechendes Umdenken inzwischen eingesetzt hat.

(Abg. Frau S t r i e z e l [CDU]: Wer hat denn die entscheidenden Gesetze in Bonn gemacht? Doch nicht Sie, sondern wir!)

Frau Striezel, ich weiß, was Sie meinen! Sie meinen das Bundeserziehungsgeldgesetz, darauf komme ich noch.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Eines von vielen Gesetzen! – Zuruf der Abg. Frau S t r i e z e l [CDU])

Für die SPD-Fraktion begrüße ich vor allem die Erhöhung des Kindergeldes, die bereits zweimal erfolgte, für das erste und zweite Kind,

(Beifall bei der SPD)

die Einführung eines steuerlichen Freibetrages für die Kinderbetreuung und die Reform – Frau Striezel, jetzt komme ich zu Ihrem Lieblingsthema! – des Bundeserziehungsgeldgesetzes, die zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist.

(Beifall bei der SPD)

Wichtigstes Anliegen dieses neuen Elternzeitgesetzes, wie es jetzt heißt, das das alte Gesetz abgelöst hat, ist die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit. Das, finde ich, ist eine sehr wichtige Errungenschaft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es beinhaltet eine Teilzeitarbeit im Rahmen zwischen 15 und 30 Wochenstunden. Das neue Gesetz begründet weiter einen Rückkehranspruch zur vorherigen Arbeitszeit nach Ende des so genannten Erziehungsurlaubs, jetzt Elternzeit genannt. Vätern wird durch den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit jetzt erstmals eine realistische Chance eröffnet, sich an den Erziehungsaufgaben zu beteiligen. Gleichzeitig erhalten damit auch Frauen bessere Möglichkeiten, durch eine Teilzeitbeschäftigung den Kontakt zum Beruf auch während der Elternzeit aufrechtzuerhalten. Diese Chancen werden auch dadurch verbessert, dass beide Elternteile den Erziehungsurlaub oder, besser gesagt, die Elternzeit gleichzeitig nehmen können. Das war bisher nicht der Fall. Diese Neuregelung kommt auch gerade der heute hier angesprochenen Zielgruppe der jungen Mütter und Väter, wie ich meine, zugute.

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]:
Die Väter haben sich aus dem Staub gemacht!)

Ich weiß ja, Herr Oppermann, warum die CDU-Fraktion sich hier der jungen Mütter angenommen hat, weil sie eben weitgehend auf sich selbst gestellt sind. Ich meine aber, durch grundlegende Umstrukturierungen ist es durch die neue Gesetzgebung der Bundesregierung möglich, dass sich Väter eben gerade dieser Aufgabe mehr stellen und dass dafür auch Voraussetzungen rechtlicher und finanzieller Art geschaffen worden sind.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) So viel wollte ich zum familienpolitischen Teil sagen. Für das Reformprojekt berufliche Bildung stehen aufgrund neuer Erfordernisse des Arbeitsmarktes wichtige Veränderungen an. Modularisierung von Ausbildung wird gerade im Hinblick auf die europäische Angleichung der Bildungs- und Ausbildungssysteme eine zentrale Schlüsselfunktion erhalten. Das heißt, Ausbildungskonzepte speziell für junge Mütter können dabei Akzente setzen und die Debatte um die Anerkennung nicht formal erworbener Kompetenzen bereichern.

Aus dieser Erkenntnis heraus wurde eben gerade auch das bereits von Frau Schnakenberg angesprochene Projekt BELEM, Berufliche Lebensplanung für junge Mütter in Bremen, ins Leben gerufen. Auch in anderen deutschen Städten gibt es solche Projekte. Frankfurt am Main hat zuerst, glaube ich, ein solches Projekt eingerichtet und für das Projekt „Erstausbildung in Teilzeit für junge Mütter“ im Rahmen des Wettbewerbs „Fit für Leben und Arbeit, neue Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen“, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt hat, kürzlich einen Preis gewonnen.

Dieses Projekt arbeitet mit Erfolg und schon seit 1998. Ich möchte vier Gründe ansprechen. Erstens: Die Erstausbildung für junge Mütter richtet sich erstmals nach deren Zeitbedürfnissen. Zweitens: Die dreijährige Ausbildung wird in Teilzeit, und zwar mit 75 Prozent der Normalarbeitszeit, geleistet. Drittens: Die Ausbildung wird in einem Lernortverbundsystem vermittelt, und zwar an drei Lernorten, im Stammbetrieb, den Kooperationsbetrieben und der Berufsschule. Viertens: Diese Kombination schuf neue und zusätzliche Ausbildungsplätze, und die ständige Kooperation der drei Lernorte untereinander ermöglicht eine praxisnahe und komprimierte Ausbildung, die sicherstellt, dass die Kürzung der wöchentlichen Ausbildungszeiten nicht zu einer Reduzierung des Ausbildungsstoffes führt.

Meine Damen und Herren, als beispielhaftes bremisches Modellprojekt wollte auch ich das Projekt BELEM erwähnen. Ich brauche es jetzt nicht so ausführlich zu behandeln, weil Frau Schnakenberg es schon angesprochen hat. Ich freue mich nur, dass es gelungen ist, in Bremen ein Kooperationsprojekt von Schule und Jugendhilfe zustande zu bekommen, denn das wird an der allgemeinen Berufsschule angeboten und gemeinsam mit dem Zentrum für Schule und Beruf unter der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes realisiert. Auch die Finanzierung baut auf einem Verbundsystem auf. Es werden EU-Mittel hineingesteckt, das Amt für Soziale Dienste in Bremen, der Senator für Bildung und Wissenschaft, das Arbeitsamt Bremen und der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sind beteiligt. Es ist doch gut, dass sich dort viele zusammengetan haben.

Frau Schnakenberg hat schon die Fachtagung angesprochen, die im November 2000 hier in Bremen zu diesem Thema stattgefunden hat. An dieser Fachtagung konnte ich nicht persönlich teilnehmen, aber zwei Abgeordnete der SPD-Fraktion waren dort vertreten und haben mir ausführlich über diese gute Veranstaltung berichtet.

Jetzt noch zur Antwort des Senats auf unsere Anfrage! Sie können dort all das nachlesen, was wir hier nicht noch einmal vortragen, welche verschiedenen Einrichtungen es in Bremen gibt, speziell eben für Schwangere und junge Mütter mit ihren Kindern gemeinsam, die verschiedenen Einrichtungen in der Stadt und eine davon auch in Bremerhaven.

Was hier leider nicht ausführlich erwähnt ist, ist das angesprochene Projekt BELEM. Aus dem Grund haben sicherlich auch die Abgeordneten noch einmal selbst Ausführungen dazu gemacht. Ich halte BELEM für einen guten Ansatz. Ich meine, dass dies auch weiterentwickelt werden sollte, nicht nur für die Zeit der Berufsausbildung, sondern dass auch Anschlussprojekte für Berufsanfängerinnen und -anfänger, die kleine Kinder zu betreuen haben, entwickelt und eingerichtet werden sollten, damit man es auch dort möglich macht, den Elternanspruch auf Teilzeitarbeit in die Realität umzusetzen. Das Bundesgesetz allein nützt ja nichts, sondern es muss dann auch in der Praxis von den Betrieben angewandt werden und von den Schulen darauf vorbereitet werden. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Meine Damen und Herren, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort gebe, möchte ich sehr herzlich auf der Besuchertribüne begrüßen Herrn Generalkonsul Antonio Cardelli vom italienischen Generalkonsulat in Hamburg, der sich zu seinem Antrittsbesuch in Bremen aufhält, in seiner Begleitung Frau Honorarkonsulin Inge Beutler vom Honorarkonsulat der italienischen Republik in Bremen.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD und die CDU haben eine Große Anfrage zur Lebenssituation junger Mütter im Alter bis zu 20 Jahren gestellt. Eine wesentliche zahlenmäßige Veränderung dieser Gruppe hat es in Bremen und Bremerhaven in den letzten Jahren nicht gegeben. Um diesem Thema aber wirklich gerecht zu werden, meine Da-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) men und Herren, müssen wir die Altersstruktur jetzt doch noch ein bisschen differenzieren, und zwar in jugendliche Mütter, die unter 18 Jahre alt sind, und junge Mütter von 18 bis 20 Jahren.

Kommen wir zuerst zu den jugendlichen Müttern unter 18 Jahren! Hier legt der Senat leider keine konkreten Zahlen vor, und schon haben wir ein Problem. Nach Auskunft von engagierten Leuten aus der Praxis gibt es eine weitaus höhere Anzahl von jugendlichen Müttern, die schulisch unterversorgt sind. Das ist nämlich diese Gruppe. Bisher konnten viele dieser jugendlichen Mütter überhaupt nicht erreicht werden. Nur ein Beispiel: Das Projekt, von dem wir schon so viel gehört haben, BELEM, das sich mit der beruflichen Lebensplanung von jungen Müttern beschäftigt, hat zurzeit eine Warteliste von 20 jungen Müttern. Ich denke, hier darf es keine Wartelisten geben, meine Damen und Herren.

Ich bin sicher, dass Sie alle, besonders die Frauen unter uns, diese Hilfsnotlage junger Mütter absolut nachvollziehen können. Wir brauchen daher konkrete Zahlen über jugendliche Mütter unter 18 Jahren, um Hilfsangebote anzuregen, die diese Unter- versorgung vermindern. Die Chancen für eine qualifizierte Berufsausbildung von jungen Frauen können nur verbessert werden, wenn auf einem schulischen Abschluss aufgebaut werden kann. Ich finde es richtig, und es ist auch ein guter Ansatz, wenn die Beratungs- und Betreuungsphase jugendlicher Mütter schon vor der Aufnahme in eine Klasse beginnt. Dann kann man schon gemeinsam mit den jungen Müttern an einer zukünftigen Lebensplanung arbeiten. Das wird auch in der Antwort auf die Große Anfrage so beschrieben, und zwar wie Hilfsangebote gestaltet werden müssen. Wie ich schon gesagt habe, ist der Schulabschluss von großer Wichtigkeit. Gleichzeitig müssen aber auch eine Kinderbetreuung und eine sozialpädagogische Begleitung stattfinden!

(B) Das Ziel ist es, junge Frauen zu befähigen, ein selbständiges Leben zu führen und gewollte Verantwortung für sich und das Kind zu übernehmen. Deshalb ist es so wichtig, für jede junge Frau ein auf sie zugeschnittenes Hilfsangebot zu entwickeln. Wir haben hier in Bremen mehrere Einrichtungen, die Angebote mit verschiedenen Schwerpunkten bereithalten. Es gibt Angebote für volljährige Schwangere und Mütter, die speziell für diese Gruppe und ihre Kinder konzipiert sind. Auch gibt es Betreuungsangebote für junge und jugendliche Mütter mit ihren Säuglingen und Kleinkindern.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Ebenfalls werden Außenwohneinheiten für junge Mütter angeboten, die für ihre Persönlichkeitsentwicklung selbst noch Erziehungshilfe benötigen. Für sie soll ein individueller Hilfeplan entwickelt wer-

den, der alle Lebensbereiche umfasst. Neben der eigenen Persönlichkeitsentwicklung und der des Kindes sind auch Hilfen für schulische und berufliche Ausbildung angeboten und Arbeit mit der Familie sowie mit dem Partner oder mit dem Vater des Kindes, was ja nicht immer identisch ist.

(C)

Das ist alles inhaltlich richtig und wichtig. Ein Blick in die Praxis zeigt aber, dass es gerade hier, bei diesen Schnittstellen, zu Problemen kommt, besonders in der ambulanten Betreuung.

Konstruieren wir hier einmal ein realistisches Beispiel ambulanter Betreuung! Eine junge Mutter und ihr Partner wohnen mit dem Kind zusammen. Zwei unterschiedliche Träger A und B sind am Hilfebedarf beteiligt, A, die ambulante Betreuung für die junge Mutter, und B, die sozialpädagogische Einzelfallhilfe für den Vater. Notwendige Absprachen zwischen den Trägern für eine individuelle Planung der Lebensgestaltung der jungen Familie sind oft Zufallsprodukte, wenn sie überhaupt zustande kommen. Das ist leider die Realität.

Wir vom Bündnis 90/Die Grünen meinen, hier ist es eine wichtige Aufgabe der Behörde, ein Monitoring für Hilfsangebote wahrzunehmen. Neue Entwicklungen von Ideen und Projekten dürfen nicht durch mangelnde Absprachen sowie durch inhaltliche Abgrenzung der Träger untereinander gehemmt werden! Deshalb ist es in Zukunft besonders wichtig, dass die Casemanager, die den Hilfebedarf ermitteln und ausgestalten, für diese Aufgabe wirklich mit hohem Niveau qualifiziert werden, weil es natürlich überaus schwierig ist, eine fachliche Steuerung zu organisieren, besonders unter dem Aspekt, dass es für die Zukunft kaum verlässliche Bedarfsprognosen gibt.

(D)

Die Angebotsträger haben wohl dem Jugendamt erklärt, dass sie bereit sind und auch kurzfristig auf die geänderte Bedarfssituation eingehen können, doch macht es diese Gesamtsituation notwendig, dass ein Monitoring stattfindet. Da ist die Behörde gefordert. Nun hat sie die optimale Möglichkeit, durch trägerübergreifendes abzufragendes Datenmaterial Defizite zu eruieren und richtungsweisende Impulse zu geben. Diese Planungsaufgaben sind notwendige Pflichtaufgaben einer Behörde.

In diesem Zusammenhang ist es für mich nicht zu verstehen, meine Damen und Herren, dass dem Senat keine aktuellen Informationen über die Schulpflicht von jungen Müttern aus Bremerhaven vorliegen. Wir haben aber diese Zahlen erfragt. Die Einrichtung war auch sehr überrascht, man hat sie nämlich nicht selbst angerufen, sondern das nur beim Magistrat getan. Sie haben das aber nachgeliefert, das fand ich dann auch gut.

Lassen Sie mich noch einen wichtigen Punkt ansprechen, meine Damen und Herren, und zwar die Ausbildungsmöglichkeiten für junge Mütter! Hier gibt es in beiden Städten noch gravierende Defizite,

(A) die unbedingt beseitigt werden müssen. Eine abgeschlossene Berufsausbildung verringert nicht nur das Risiko, arbeitslos zu werden und später Sozialhilfe beziehen zu müssen, nein, sie gibt jungen Müttern auch eine Perspektive für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben. Dieses Jahr haben 18 junge Mütter ihre Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation beginnen können. Das ist sehr lobenswert. Zwölf Ausbildungsplätze sind vom Arbeitsamt finanziert worden, die restlichen sechs vom Amt für Soziale Dienste für Mütter zwischen 20 und 25 Jahren. Das haben auch schon meine Vorrednerinnen gesagt.

Für dieses Jahr aber war diese Maßnahme nicht geplant. Die Begründung war, keine Möglichkeit der Finanzierung durch die geänderten Rechtsvorschriften im Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. An diesem Punkt wollte ich eigentlich die Senatorin auffordern, dieses Problem aufzugreifen und eine Lösungsmöglichkeit zu suchen. Aber ich muss sagen, dass wir in der letzten Sitzung der Arbeits- und Gesundheitsdeputation eine Vorlage hatten, in der dieses Problem aufgegriffen worden ist. Es finden Gespräche statt, und es gibt eine finanzielle Absicherung für BELEM. Von daher, finde ich, sind wir auf einem guten Weg, hier eine Lösung zu finden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin den Fragestellern und -stellerinnen sehr dankbar für ihre Fragen über die Situation junger Mütter in Bremen, weil es sich hier, wie Sie in der Antwort nachlesen können, zwar nicht um ein anwachsendes Problem handelt – proportional stellt der Anteil der Geburten von Kindern von jungen Müttern nur einen Anteil von zirka zwei Prozent an der Gesamtzahl der Geburten dar –, aber diese Gruppe von jungen Frauen, auch wenn sie relativ klein ist, und vor allem ihre Kinder verdienen unsere Aufmerksamkeit.

Unter erschwerten Bedingungen wird hier für diese Frauen die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Elternschaft gestellt. Erschwert sind die Bedingungen für diese jungen Frauen bekanntermaßen dadurch, dass sie häufig ganz allein vor den Anforderungen stehen, ohne Partner und ohne familiäre Unterstützung, und sie selbst nicht selten noch schutzbedürftig und nun gefordert sind, das zu lösen, was für die Mehrzahl der Mütter unter nicht so erschwerten Bedingungen schon eine immense Herausforderung darstellt: Beruf, Erwerbstätigkeit und Elternschaft im Alltag gedeihlich für sich und für ihr Kind zusammenzufügen. Natürlich

gilt das auch für die Väter, die aber spielen bei den jungen Frauen meistens eine noch geringere Rolle als vielleicht bei den älteren. Hier sind wir gefordert, mit sehr speziellen und gezielten Unterstützungsmaßnahmen zum Wohl von sogar manchmal zwei Kindern, der Mutter und dem Kind, zu agieren.

Es ist hier vieles angesprochen worden über die besonderen Schwierigkeiten. Eine Schwierigkeit besteht sicherlich darin, dass hier unterschiedliche Fachpolitiken angesprochen sind und dass wir diese zusammenbringen müssen, nämlich die Jugendhilfe und zum Beispiel die Schule ganz an vorderster Stelle. Wir haben das im Projekt BELEM geschafft. Das ist ein guter Ansatz, und wir müssen das noch weiterführen. Ich allerdings wünsche mir nicht, dass wir steigenden Bedarf bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich berichten kann, dass in den USA an vielen Highschools, das sind Kinder bis 16, 17 Jahre, schon Kindergärten eingerichtet sind für die Kinder der Schülerinnen, dann erschreckt mich das eher und sollte nicht unser Ziel sein.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Neben allem, was wir tun, um jungen Müttern mit ihren Kindern zu helfen, wenn diese Kinder geboren sind, müssen wir auch alles daran setzen, die Informationen für Mädchen und ganz junge Frauen zu verbessern, welche Lebensplanung für sie erstrebenswert ist und mit ihnen auch in die Lebensplanung eintreten. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Wenn dann die Kinder da sind, dann müssen wir uns natürlich auch auf den Weg machen, Wege aufzuzeigen, um mit dieser Krise, denn das ist es für viele dieser jungen Frauen, umzugehen und daraus noch eine Lebensplanung zu entwickeln, die nicht in einer Sackgasse endet.

In den Antworten auf die Fragen wird deutlich, dass sich unsere Bemühungen sehr stark darauf richten, jungen Müttern Situationen zu schaffen, in Schule und Ausbildung zu verbleiben und gleichzeitig auch eine elterliche Umsorgung ihres Kindes durchführen zu können. Das ist auch nicht immer einfach, weil bei diesen jungen Frauen natürlich auch noch ganz andere Interessen da sind als bei etwas gestandeneren Müttern oder vielleicht auch nur lebensälteren Müttern, ihre Freizeit zu verbringen. Da spielen viele Faktoren ineinander, die es den jungen Müttern häufig schwer machen, die Verantwortung, die sie auch einfach übernehmen wollen, es ist ja nicht so, dass sie sich weigern, dann auch wirklich zu übernehmen.

Wir können diese Bemühungen in speziellen Wohn- und Betreuungseinrichtungen und in besonderen

(C)

(D)

(A) Schul- und Ausbildungssituationen durchführen. Wir wissen, wenn wir nicht beides in den Blick nehmen, Elternschaft und Ausbildung, dann potenzieren sich die Gefährdungsfaktoren für Mutter und Kind. Wir sind gefordert, ihnen beides zu ermöglichen. Ich jedenfalls will mich bemühen, die bestehenden Programme aufrechtzuerhalten und wenn nötig bedarfsbezogen anzupassen. Wir haben BELEM jetzt gerade bis Ende des Jahres verlängert. Wir haben uns in der Deputation darauf verständigt, uns auch eine neue Konzeption vorlegen zu lassen, also nicht grundlegend neu, sondern eine sich weiterentwickelnde Konzeption. Ich glaube, dass wir mit Projekten wie diesem auf einem guten Weg sind. – Danke!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/529, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

(B) **Gesetz über den Eigenbetrieb Fidatas Bremen
Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremFidatasG)**

Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2000
(Drucksache 15/513)
1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über den Eigenbetrieb Fidatas Bremen, Drucksache 15/513, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Hier ist vorgesehen, den Gesetzesantrag nach der ersten Lesung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen.

Wer der Überweisung des Gesetzes über den Eigenbetrieb Fidatas Bremen, Drucksache 15/513, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Studienreform und wissenschaftliche Weiterbildung beschleunigt voranbringen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2000
(Drucksache 15/527)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was machen wir jetzt?

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Der Senat ist vertreten!)

Der Senat ist vertreten, aber es handelt sich ja nicht um eine förmliche Verabredung, die wir in unserer Verfassung haben, sondern um eine zweckbestimmte, dass es nämlich darum geht, mit dem Senat gemeinsam Politik zu debattieren. Ich gehe nicht davon aus, dass Frau Senatorin Adolf sich da in Fragen der Wissenschaftspolitik einmischen wird.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, das würden wir begrüßen!
– Abg. T ö p f e r [SPD]: Sie ist unsere Allzweckwaffe!)

Ja, ich habe da ganz hohe Erwartungen, aber sie wird es dennoch nicht tun. Ich habe heute früh schon einen Zwischenruf gemacht. Ich habe dafür keine Rüge bekommen, aber ich finde das einfach einen Sauhaufen, was hier passiert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. H e r d e r h o r s t [CDU]: Damit war der Senat gemeint!)

Da ist er! Gut! Damit war der Senat gemeint, dass das richtig im Protokoll steht. Vielen Dank, Herr Kollege!

Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Herbst des vergangenen Jahres haben die Grünen mit drei Großen Anfragen die aktuellen und in unseren Augen dringenden Fragen einer durchgrei-

(C)

(D)

(A) fenden Studienreform auf die Tagesordnung gesetzt. Diese Sache folgerte auch aus der Debatte um die Green Card, aber es war auch eine Reaktion auf die unübersehbare Tatsache, dass die Universität Bremen zwar in Fragen der Forschung nach wie vor große Erfolge aufzuweisen hat, und man kann heute gerade auch von dieser Stelle noch einmal zu dem neuen Sonderforschungsbereich gratulieren, den die Universität jetzt einrichten kann, aber dass man auf der anderen Seiten nicht übersehen kann, dass es in der Lehre und im Studium mittlerweile schwerwiegende Mängel gibt, Mängel, die sich in der steigenden Zahl von Studienabbrechern und in der sinkenden Zahl von Studienabsolventen ausdrücken. Wir sind nicht bereit, diesen Raubbau an Lebenszeit von jungen Menschen, die gern geordnet und überschaubar studieren wollen, die es aber nicht können, noch länger hinzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben vor drei Monaten unsere politischen Ziele so formuliert: Es geht um eine Studienreform, die für eine Gott sei Dank noch wachsende Zahl von Studierenden eine größere Zahl von klar überschaubaren Angeboten bereithält, die flexible Baukastensysteme von Abschlüssen und von Studienprogrammangeboten schafft, die auch international attraktiv sind. Es geht um eine Studienreform, die es jungen Menschen erleichtert, auch unter schwierigen Lebensbedingungen, nämlich nebenher jobben, Familienbetreuung, ihre Bildungsbiographie selbst zu gestalten und eine Studienreform, die klarer in eine Grundausbildung, in der Sache und in der Zeit konzentriert, trennt und darauf aufbauende, spezialisierte Ausbildungen, und zwar für die Tätigkeit von morgen, anbietet. Es geht auch um eine Studienreform, die damit auch Zeit und Raum schafft für lebenslange Aneignung neuen Wissens durch wissenschaftliche Weiterbildung. Das war das Gesamtkonzept unserer Studienreform.

Dieses Ziel, meine Damen und Herren, das ist unsere Überzeugung, lässt sich gegenwärtig nicht mehr weiter mit immer nur kleinen Schritten und dem bisherigen Tempo erreichen, sondern es ist notwendig, eine konzentrierte Anstrengung zu unternehmen, in der auch von unserer Seite, von der Seite der Politik und des Parlaments, Widerstände und offenbar natürliches Beharrungsvermögen versucht wird zu überwinden.

In der letzten Debatte haben mir die Redner der Koalition gesagt, erstens sei das meiste, was wir sagen, falsch, und zweitens machten sie das sowieso schon. Wir haben jetzt einen Antrag gestellt, der die Nagelprobe machen will, denn, meine Damen und Herren, ich wiederhole es, die Reformanstrengungen, die wir in diesem Antrag sehr konkret und auf

die nächste Zeit bezogen formulieren, sind sehr dringend, und sie sind keinesfalls ein Selbstläufer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –
Abg. Frau B e r k [SPD]: Oh, oh!)

Zum Antrag im Einzelnen! Ich gehe davon aus, dass einige Forderungen unseres Antrages zwischen uns unstrittig sein dürften. Das heißt aber nicht, dass wir sie hier nicht noch einmal klären sollten, weil es notwendig ist, sie auch als aktuelle Forderung in die hochschulpolitische Praxis einzubringen, und darum geht es ja. Ich nenne einmal die herausragende Bedeutung der guten Beratung für die Studierenden, eine geordnete und zügige Umsetzung der Modularisierung und der studienbegleitenden Prüfungen. Da ist noch einiges zu tun, es sind auch Voraussetzungen zu schaffen, zum Beispiel die Einrichtung von Studienmodulen gesondert für Studentinnen gerade in den technischen Fächern. Es ist eine Sache, einmal einen ganzen Frauen-Studiengang einzurichten, wie die Informatik an der Hochschule Bremen, aber es gibt auch vernünftige Ideen, auch in anderen Studienbereichen für Studentinnen in bestimmten Ausbildungszielen gesonderte Module nur für Frauen vorzusehen: Maßnahmen zur Verkürzung von Prüfungszeiten und andere Punkte, die vermutlich mehr oder weniger unstrittig sind, aber nichtsdestoweniger dringend.

Andere Punkte, glaube ich, sind kontroverser. Ich habe mir die letzte Debatte noch einmal durchgelesen. Ich habe es bei der CDU am Ende nicht ganz verstanden, wo die Differenzen liegen, aber das werden Sie heute sicherlich noch einmal deutlicher machen. Verstanden habe ich, dass die SPD in drei Punkten grundsätzliche Differenzen vorgetragen hat. Wir haben versucht, in unserem Antrag auch auf diese Einwände einzugehen, Herr Kollege Käse.

Erstens: Wir fordern, die Einführung gestufter Abschlüsse, also die so genannten Bachelor- und Master-Abschlüsse, auf breiter Front und zügig anzugehen. Die SPD hat gesagt, halt stopp, das müssen wir vielmehr vorsichtig und zurückhaltend machen, denn weder wisse man, welches System solcher Abschlüsse die Hochschulen denn wollen, noch wisse man, so die SPD, ob der Arbeitsmarkt diese Abschlüsse überhaupt annehme. Unser Antrag nimmt das auf, meine sehr geehrten Damen und Herren, indem wir die Hochschulen auffordern möchten, erstens im kommenden Jahr eine offene, öffentliche und ergebnisorientierte Debatte darüber zu führen, welches System von Abschlüssen man denn tatsächlich in Bremen will. In der Tat, das muss geklärt werden. Dazu wollen wir die Hochschulen mit unserem Antrag auffordern.

Wir nehmen auch das Argument der Unsicherheit des Arbeitsmarktes auf, indem wir vorschlagen, dass die Fachbereiche sich so genannte Innovationsräte einrichten, in denen sie Vertreter beruflicher und ge-

(C)

(D)

- (A) sellschaftlicher Praxis einladen, mit ihnen zu diskutieren, das heißt, den Sachverstand von außen mit aufnehmen und von daher sehr viel klarer sehen müssten, wenn sie neue Studiengänge formulieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Klar ist aber auch, meine Damen und Herren von der Koalition, die Frage der Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt stellt sich erst dann praktisch, wenn die Abschlüsse auch in absehbarer Zeit eine kritische Masse erreichen. Das wollen wir mit unserem Antrag forcieren.

Zweitens: Teilzeitstudium! Sie suchen noch immer nach einem formellen Status des Teilzeitstudenten. Ich prophezeie Ihnen, Sie werden suchen und suchen und werden ihn nicht finden. Sie können noch so viel Bürokratie und Kontrollen aufbauen, einen Teilzeitstudenten, bei dem Sie dann auch noch kontrollieren können, ob er tatsächlich ein Teilzeitstudent ist von seiner Arbeit, seiner Familie her, werden Sie nicht finden. Machen Sie lieber das, was wir vorschlagen, und zwar konkrete Maßnahmen zur Erleichterung für einen jungen Mann oder eine junge Frau, die studieren: langfristige Studienplanung, Blockveranstaltungen und anderes.

- (B) Drittens: Wissenschaftliche Weiterbildung! Wir reden alle von der zunehmenden Bedeutung, aber ich bleibe dabei, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, dass die Wissenschaftsweiterbildung ins Zentrum auch der Tätigkeit der Hochschullehrer gerückt wird. Ich bleibe dabei, dass es in Bremen einen Motor geben muss, der diese Sache vermarktet und sehr aktuell betreibt. Ich bezweifle, dass jede bremische Hochschule für sich gestellt und ohne Partner von außerhalb das so gut machen kann, wie es notwendig ist. Also, unsere Forderung, der Senat möchte darüber doch noch einmal nachdenken und berichten, was er für die beste organisatorische Lösung hält.

Sie sagen nun, und damit wollen Sie das Ganze vom Tisch wischen, das läuft doch alles, aber bloß ein bisschen langsamer. Ich will Ihnen zwei Sachen sagen, warum das nicht so läuft. Erstens: Ich habe in der letzten Debatte den Rektor der Universität schon mit der Diagnose zitiert „viel zu lange Studienzeiten, viel zu wenig Absolventen“. Im Kontrakt, den der Senator jetzt abgeschlossen hat, steht ein halbes Jahr später als Reaktion, ich darf zitieren: „Die Universität Bremen wird mit dem Ziel, die Absolventenzahlen zu erhöhen und die Studienzeiten zu verkürzen, die Sachverhalte analysieren und Verbesserungsmaßnahmen planen.“

Also, allgemeiner und dürftiger geht es nun wirklich nicht angesichts dieses zentralen, brennenden Problems. Nach so langer Zeit, in der das Problem bekannt ist, eine solche Sache in einen Kontrakt zu schreiben, der gerade dazu dient, auch konkrete

quantitative und qualitative Maßnahmen zu vereinbaren, zeigt, dass da etwas hakt. Mehr war vielleicht mit der Universität nicht zu vereinbaren, aber das zeigt wirklich, welcher Widerstand da ist. Es gibt erklärtermaßen von Organisationen wie dem Deutschen Fakultätentag die Absicht, das zu torpedieren. Ich sage Ihnen, es ist kein Selbstläufer, was da passiert. Da müssen wir von der Politik aus klar sagen, was wir wollen, und die Hochschulen können dann immer noch sagen, was sie nicht wollen oder was sie vielleicht auch mit ihren Mitteln nicht können.

Der letzte Punkt: Vielleicht ist es ja auch das entscheidende Problem, dass Sie von der Regierungskoalition nicht klar sagen können, was Sie eigentlich gemeinsam wollen. Im November lag der Antrag vor. Unter anderem mit dem Argument, Sie wollten einen eigenen Antrag vorlegen, haben wir uns --.

(Abg. Frau B e r k [SPD]: Das stimmt nicht, Herr Kuhn!)

Sehr verehrte Frau Berk, das werde ich mir nun nicht gefallen lassen, dass Sie hier irgendetwas erzählen! Dieser Antrag lag drei Tage vor der Sitzung vor. Wenn ich einmal durchrechne, mit wie vielen Anträgen Sie am Morgen eines Tagesordnungspunktes hier kommen! Drei Tage lag er vor, bevor wir debattieren sollten. Ich habe mich auf Ihren Wunsch eingelassen, dass wir das vertagen, unter anderem mit dem Argument, dass Sie einen eigenen Antrag machen wollen. Das ist ja auch vernünftig, wenn ich mir ansehe, wie viele gemeinsame Punkte vorhanden sind und dass wir nur in einigen Punkten Differenzen haben.

Normal ist im Parlament, dass man einen eigenen Antrag vorlegt. Ich sage Ihnen, Sie sind nicht dazu in der Lage gewesen, einen eigenen Antrag vorzulegen, und auch das ist ein Zeichen dafür, dass es dringend ist, sich hier politisch wirklich zu entscheiden, und nun bin ich einmal gespannt, wie Sie unseren Antrag en détail und en gros dann wieder ablehnen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Entwicklung der bremischen Hochschullandschaft ist für sich genommen schon ein einziges ehrgeiziges Reformprojekt. Die Dynamik, die die bremischen Hochschulen erfasst hat, ist nicht nur ein Ergebnis technischer oder gesellschaftlicher Prozesse in einem globalen Bildungsmarkt,

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) den wir ja in letzter Zeit verstärkt diskutieren. Es gilt nicht nur, Anpassungsprozesse gegenüber internationalen Entwicklungen vorzunehmen, sondern die Hochschulen sollen und wollen inzwischen ja auch zugleich Motor für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sein und ihren Ruf polieren, was sie teilweise bitter nötig haben, und das haben sie in den letzten Jahren auch erfolgreich getan.

Um die äußeren Rahmenbedingungen für diese Entwicklung zu fördern, hat der Senat eine deutliche Schwerpunktsetzung im Rahmen seiner Investitionspolitik vorgenommen. Durch die Schaffung dieses äußeren Rahmens sind zahlreiche innere Prozesse in den Hochschulen begünstigt worden. Die Hochschule Bremen hat zahlreiche Um-, Neu- und Erweiterungsbauten zu absolvieren und erhält dadurch dringend notwendige Handlungsspielräume zurück. Die Beteiligten sind umso motivierter, sich auch der inneren Reformen in diesem Prozess dann anzunehmen. Die Internationalisierung der Studiengänge und das erfolgreiche Marketing sind überregional gerade an der Hochschule Bremen anerkannt worden und Vorbild auch für andere Hochschulen im Land Bremen.

Die Gründung der IUB in Grohn führt weniger zu Doppelstrukturen als vielmehr zur Kooperation und zur befruchtenden Konkurrenz bei der Weiterentwicklung zahlreicher Studiengänge und inneruniversitärer Hochschulabläufe. Hiervon profitieren alle bremischen Hochschulen, weil sie Entscheidungsabläufe optimieren müssen und die Konkurrenz sozusagen im eigenen Land spüren.

(B) Das Vertrauen in die eigenen Reformbestrebungen der Hochschule Bremen ist bei den Koalitionspartnern besonders ausgeprägt. Wohl nirgendwo ist die Autonomie der Hochschulen so weit fortgeschritten wie in Bremen. Die Politik nimmt sich zurück und steuert eben mit Kontrakten die Hochschulen, deren Einrichtungen und deren Institute. Wir machen das, was andere erst noch vorhaben, und wir sind in Bremen schon Modell für andere. Ich lese immer die Papiere anderer Bundesländer. Die haben erst vor, was wir hier schon längst begonnen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die von den Grünen heute vorliegenden Vorschläge zur inneren Reform der Hochschulen verstehe ich durchaus als Punkte, die in die weitere Aushandlung von Kontrakten mit eingehen können. Natürlich gibt es beim Kontraktmanagement noch Schwächen. Herr Dr. Kuhn hat einige angesprochen, und die leugnen wir nicht. Wir wollen uns entscheiden, wie wir uns auch als Parlamentarier positionieren: auf der einen Seite die Freiheit von Forschung und Lehre, das Zugeständnis der Autonomie an die Hochschulen und deren Institute und auf der anderen Seite unser natürlich manch-

mal auch vorhandener Wunsch von dirigistischer Einflussnahme an der einen oder anderen Stelle. Da gilt es, sich zu positionieren.

(C)

Wir haben auch überlegt, legen wir einen Antrag vor oder nicht. Ich denke – wobei die Einladung eigentlich der Senator aussprechen müsste –, wir müssen rechtzeitig bei den nächsten Kontrakten darüber reden, was wir alles behandelt haben wollen. Bevor die fertigen Kontrakte vielleicht mit den Hochschulen ausgehandelt werden, sollten wir vorher darüber reden und uns als gezielten Punkt vornehmen, welche Kriterien aus unserer Sicht einfließen sollten. Das in der Tat, denke ich, sollten wir tun, weil wir dies jetzt genau üben, und das betrifft auch unser Selbstverständnis als Parlamentarier.

Meine Damen und Herren, eine Reihe der Forderungen der Grünen sind für mich aber auch nicht so ganz schlüssig, Herr Dr. Kuhn, entweder weil Sie den zweiten Schritt vor dem ersten machen, weil die finanzielle Forderung unsererseits so nicht geteilt wird oder auch, in einem Fall, weil wir sogar in unseren Forderungen noch weiter gehen.

Im Einzelnen: Wir haben meines Erachtens nicht geklärt, wie wir die Fachhochschulen im Verhältnis der Universität positionieren und profilieren. Das ist eine Debatte, die noch immer aussteht. Sie können sie zu Recht einfordern, aber wenn wir immer pauschal von Master und Bachelor reden, dann sollten wir auch darüber nachdenken, wie wir die Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen und der Universität organisieren, ob die Hochschulen sich wieder in die Situation begeben, die zweitbeste Universität sein zu wollen, manchmal manövrieren sie sich selbst da hinein, oder ob wir nicht doch das eigenständige Profil der Hochschulen weiter fördern, wie wir das als CDU im Übrigen für richtig halten. Nur so ist eine funktionierende Arbeitsteilung sinnvoll.

(D)

Auf der anderen Seite gibt es Kooperationsmodelle, die manchmal unter Druck und manchmal auch unter Leid zustande gekommen sind. Herr Dr. Kuhn hat es auch erwähnt, Medieninformatik geschieht hier arbeitsteilig. Es kann grenzüberschreitend durchaus dort, wo Kompetenzen an unterschiedlichen Hochschulen vorhanden sind, vielleicht einiges verbessert und gebündelt werden, um auch Doppelstrukturen abzubauen.

Falsch scheint mir die Forderung der Grünen, die Reformprojekte pauschal mit weiteren Investitionsmitteln zu fördern. Gerade an der Universität Bremen sind Potentiale für eine innere Umsteuerung zu aktivieren. Das haben wir gefordert. Es ist die Forderung der CDU seit Jahren, auch hier eine Umsteuerung innerhalb der Universität vorzunehmen, wengleich wir natürlich wissen, Akkreditierungskosten et cetera sind nicht ganz ohne und müssen dargestellt werden.

Eine andere Forderung geht uns nicht weit genug. Sie, die Grünen, schreiben und fordern in Ih-

(A) rem Antrag, so liest es sich, dass die forcierte Entwicklung multimedial gestützter Studien- und Lehrangebote gefördert werden soll. Das klingt bescheiden, wie es sich liest, ist es wohl auch, weil Sie nichts von dem schreiben, was die Hochschulen gerade in ihrer inneren Struktur in den nächsten Jahren massiv beeinflussen wird. Sie schreiben nichts von E-Learning, von virtuellen Hochschulen oder, wie es jetzt an der Universität kursiert, von der so genannten Notebook University.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das möchten wir auch nicht!)

Wir von der CDU-Fraktion schätzen die Bedeutung des E-Learnings für die kommenden fünf bis zehn Jahre auf die Universitäten und Hochschulen dramatischer ein als alles das, was wir diskutieren, weil wir möglicherweise, da bin ich ganz sicher, zu dem, was Sie fordern, nämlich genau durch diese technischen Möglichkeiten hinkommen. Wir kommen zur Internationalisierung, wir kommen zu Modularisierung, wir kommen dahin, dass Studenten, so wie Sie das nennen, ihre Studien besser mit den Lebensumständen, so eine Formulierung von Ihnen, planen können. Sie werden vielmehr zu Nachfragern, und das, was an der Universität passiert, wird weniger das, was die Professoren sich ausgedacht haben, als vielmehr das, was die Studenten nachfragen. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich gerade in Bremen eine Chance haben, in unserer überschaubaren Struktur eine Pilotfunktion zu haben.

(B) Herr Senator Lemke, ich wünsche mir, dass diejenigen, die an der Universität bereits mit Konzepten sehr weit sind, auch gerade im Rahmen des T.I.M.E.-Programms, massiv voranschreiten, um Bremen da zu positionieren, gerade vielleicht indem man flächendeckend sagt, im Grundstudium muss auch ein virtuelles Studium möglich sein. Unabhängig von Zeit und von Raum studieren zu können wird massiv unsere Hochschullandschaft in den nächsten Jahren verändern. Das kostet Geld, das weiß ich auch. Wir wollen sehen, dass wir dort zu intelligenten Lösungen kommen, und meine Forderung ist, wenn wir den virtuellen Campus realisieren, werden wir viele Dinge, die die Grünen als Ziel durchaus haben, letztendlich realisieren können mit den Punkten, die ich eben genannt habe.

Meine Damen und Herren, als Letztes: Im Vordergrund aller Reformbemühungen muss die Stärkung der Eigenverantwortung aller Beteiligten stehen. Eine Maßnahme dazu ist, dass die Hochschulen die Möglichkeit und Verpflichtung mit auf den Weg bekommen, sich die Studierenden selbst auszuwählen. Das entscheiden nicht nur wir in Bremen allein, aber ich denke, das ist eine Forderung, die massiv erhoben werden wird, indem man sagt, die Hochschulen, die Fachbereiche müssen bis zu 20 Prozent ihrer Absolventen selbst auswählen können.

Wir, die CDU, wollen nicht nur die Anzahl der Hochschulabsolventen, so wie die Grünen dies in ihrem Antrag fordern, weiter anheben, sondern wir wollen vor allen Dingen qualifizierte und studierfähige Studieneinsteiger. Das ist die wichtigste Forderung, um auch die Studienabbrecherzahlen zu verringern und die Studiendauer zu verkürzen. Ich denke, wir dürfen nicht nur alles den Hochschulen überlassen, sondern wir müssen auch schauen, was in den Schulen passiert, und natürlich gehört dazu auch die Studienberatung, Herr Dr. Kuhn. Auch darüber, denke ich, können wir Kontrakte schließen, damit sie verbessert wird.

Alles in allem haben wir eine Reihe diskussionswürdiger Punkte. Ich glaube trotzdem, dass es an einigen Stellen noch nicht weit genug geht. Vielleicht könnten wir vereinbaren, dass wir die Kontrakte beim nächsten Mal rechtzeitig, sozusagen mit der Behördenspitze, erörtern, dass wir katalogartig durchgehen, was Kontrakte beinhalten sollten und was man vielleicht dann doch lieber den Hochschulrektoren überlässt, um mit ihren Fachbereichen selbst innerhalb der Hochschule über Kontrakte zu steuern. Wir müssen darüber in der Tat reden, wie weit wir eingreifen wollen, und dazu lade ich ein.

In diesem Sinne sage ich, da gehen wir Reihe an Reihe, nur mit manchen Forderungen würde ich mir wünschen, sogar noch mutiger zu sein. Das ist mein Appell auch an die Grünen. Im Hinblick auf die Technikfreundlichkeit sollten wir noch viel deutlicher werden und die Universitäten und Hochschulen unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Käse.

Abg. **Dr. Käse** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Dr. Kuhn hat in dem Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen, aber auch in seinem Beitrag durchaus transparent und aus Sicht der SPD-Fraktion viele der Probleme richtig skizziert, die uns auch nicht erst seit kurzer Zeit, sondern man kann schon bald sagen, seit Jahrzehnten, an den Hochschulen umtreiben, die insbesondere den Bereich der Lehre, des Studiums betreffen. Wir teilen durchaus die Analyse: zu lange durchschnittliche Studienzeiten, eine zu hohe Studienabbruchquote in vielen Fächern, wenig bis keine Antworten auf eine zunehmende Globalisierung auch im Wissensbereich und durchaus nicht immer befriedigende Ergebnisse hinsichtlich der Berufsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich schon länger mit diesen Problemen auseinander gesetzt und, wie wir meinen, adäquate Antworten in Richtung der Zielsetzung einer Studienreform entwickelt. Ich möchte sie hier noch einmal kurz skizzieren, si-

(C)

(D)

(A) cherlich kann man auch vieles in den Protokollen der letzten Debatten nachlesen. Das ist für uns ja kein ganz neues Thema.

Unsere Kernforderung ist: Es muss realisiert werden, dass das Studium für die Studentinnen und Studenten studierbar gemacht wird, und zwar in einer vernünftigen Zeit. Wir wehren uns dagegen, hier über Gängelung und Repression zu versuchen, Studienzeiten zu verkürzen. Nein, das ist der falsche Ansatz! Man muss die Struktur so verändern und verbessern,

(Beifall bei der SPD)

dass die Studentinnen und Studenten in der Lage sind, von sich aus das Studium in einer vernünftigen Zeit zu absolvieren. Dafür sind klare Strukturen und Verbindlichkeiten, insbesondere aber auch ein ausgebautes Beratungssystem notwendig. In diese Richtung werden wir die Hochschulreform weiterentwickeln.

(B) Aber, Herr Dr. Kuhn, es muss immer mit den Inhalten verknüpft werden, wenn man an den Strukturen etwas verändert. Wir brauchen an den Hochschulen in dem Bereich des Studiums eine Reform der Inhalte. Wir müssen der Sprach- und Medienkompetenz eine größere Bedeutung zuweisen, wir müssen der Teamfähigkeit eine größere Bedeutung zuweisen. Das kann natürlich nur zu Lasten des Faktensammelns gehen, das heißt natürlich, man muss die Studiengänge dazu bringen, in Bezug auf das Faktensammeln eine Entrümpelung vorzunehmen. Das ist die entscheidende Verknüpfung, die Struktur und der Inhalt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Man muss im Hinblick auf die Strukturen dafür sorgen, dass das Teilzeitstudium ermöglicht wird. Das entspricht vielleicht nicht immer einer Idealvorstellung, aber es ist die einzige adäquate Antwort auf die immer noch missliche soziale Lage vieler Studierender, und wenn wir dort keine vernünftige Antwort finden, um das Teilzeitstudium auch formell abzusichern, glaube ich, dass man den Bedürfnissen der meisten Studentinnen und Studenten nicht gerecht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen, was die Globalisierung angeht, dafür sorgen, dass es mehr international kompatible Studiengänge gibt, dass die Attraktivität für ausländische Studentinnen und Studenten, in Deutschland zu studieren, erhöht wird und dass es auf dem anderen Weg deutschen Studierenden leichter gemacht wird, im Ausland einen Teil oder sogar ihr gesamtes

Studium zu absolvieren. Das ist eine Aufgabe, die wir noch nicht bewältigt haben.

(C)

Dritter Punkt: Ziele einer Studienstrukturreform! Wir müssen dafür sorgen, dass die Durchlässigkeit zwischen den Hochschulen – zwischen den Fachgebieten existiert sie zum Teil schon – und den Hochschultypen verbessert wird. Eine Forderung, die Achtundsechziger werden mir das sicherlich bestätigen, die seit 20 bis 30 Jahren auf dem Tableau ist, niemals bisher vernünftig in die Realität umgesetzt wurde, aber ich meine, sie ist nach wie vor Tagesaufgabe, wir müssen uns dieser Aufgabe immer noch stellen.

Zu guter Letzt die aus unserer Sicht große Herausforderung: im Studium bereits die Fähigkeit zur Interdisziplinarität verbessern! Ich denke, ich erzähle niemandem etwas Neues, dass die Komplexität der gesellschaftlichen Probleme, mit denen sich Wissenschaft zu beschäftigen hat, in Zukunft, aber auch schon heute nur noch mit interdisziplinären Ansätzen bewältigt werden kann. Kein Sonderforschungsbereich wird heutzutage mehr bewilligt, wenn sich nicht eine Vielzahl von Disziplinen diesem Sonderforschungsbereich zuordnet. Man kann dann eben sagen, was Hänchen nicht im Studium lernt, das lernt Hans in der Forschung nimmermehr. Der fertige Wissenschaftler und die Wissenschaftlerin, die sich in ihrem gesamten Studium nur disziplinär orientiert haben, werden es schwerer haben, adäquat mit Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten. Deswegen meinen wir, das müsste ein wichtiger Bestandteil einer Studienstrukturreform sein.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Nun reicht es beileibe nicht aus, nur über Ziele zu reden, sondern man muss eine Strategie entwickeln, wie man diese Ziele umsetzen will, und die Reformen dann natürlich auch durchsetzen, das ist keine Frage! Wir meinen, das wichtigste Element, die Studienstrukturreform umzusetzen, auf Länder- wie auf Bundesebene, ist die konsequente Schaffung eines Baukastensystems, nach dem Studiengänge abgewickelt werden. Das Schlagwort lautet Modularisierung des Studiums und, das ist ganz wichtig, Belegung dieser Module mit Kreditpunkten. Das European Credit Point Transfer System, also europäisches Kreditpunktsystem, ermöglicht den Austausch im Ausland erworbener Studienleistungen in die Bundesrepublik und umgekehrt. Das ist ein ganz zentrales Element, das für uns Sozialdemokraten bei der Umsetzung der Studienstrukturreform an erster Stelle steht.

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen, die Modularisierung ermöglicht ein Studium mit individuellem Profil, mit Schwerpunkten, ein ganz moderner Aspekt, und außerdem aber

(A) in einer klaren verbindlichen Struktur, nämlich dann, wenn es mit vernünftiger Beratung gekoppelt ist. Man darf das nicht mit Verschulung verwechseln, sondern im Gegenteil, es ist so, dass in modularisierten Studiengängen eine große Freiheit herrscht, das Studium individuell zusammenzustellen, aber es muss eben von beiden Seiten, sowohl von der Hochschule als auch von den Studierenden, Verbindlichkeit herrschen. Das ist ein Kernpunkt der Reform.

Wir meinen, auch die Interdisziplinarität, die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen wird durch das Prinzip der Modularisierung verbessert, und deswegen steht es für uns bei der Studienstrukturreform an erster Stelle. Eben nur an zweiter Stelle steht dann die auch vom Bündnis 90/Die Grünen hier so stark geforderte Einführung der neuen Studienabschlüsse nach dem amerikanischen oder britischen System beziehungsweise der konsekutive Aufbau der Studiengänge.

Ich habe unsere Auffassung dazu bereits in der letzten Debatte begründet. Sie haben es auch noch einmal genannt, Herr Dr. Kuhn. Wir sehen die nach wie vor sehr unsichere Perspektive auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere den Punkt, dass, wenn man die Strukturreform nicht mit der inhaltlichen Reform koppelt, dann droht, dass dort nur alter Wein in neuen Schläuchen verkauft wird. Diese Problematik ist nach wie vor nicht gelöst, und deswegen stehe ich nach wie vor dazu zu sagen: Gemach, Kolleginnen und Kollegen!

(B) Nun zu Ihrem Antrag, Herr Dr. Kuhn! Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben es in Ihrer Rede eben gesagt, versuchten, auf uns einzugehen und uns näher zu kommen, Sie hätten das entsprechend formuliert. Ich kann das beim besten Willen nicht erkennen. Sie haben nach wie vor formuliert, dass bei der Studienreform die Einführung der neuen Abschlüsse Priorität habe. Wir sagen gerade, nein, die Priorität muss andersherum sein. Zuerst kommen die Modularisierung und das Belegen mit Credit Points, dann kommt die so genannte Bachelorisierung. Das muss die Reihenfolge sein!

(Beifall bei der SPD – Abg. D r . K u h n
[Bündnis 90/Die Grünen]: Wie sind denn
Ihre Zeitvorstellungen?)

Dazu komme ich noch!

Dann zu den Innovationsräten! Ich halte viel davon, Praxisorientierung im Studium zu verankern. Wenn Sie aber sagen, Innovationsräte sind das Modell, da holen wir uns die Praktiker aus der Wirtschaft, und die erzählen uns, was Praxis bedeutet, dann ist das doch ein völlig verkürzter Praxisbegriff. Man kann doch nicht immer nur auf den Arbeitsmarkt schießen. Die Arbeitsmärkte entwickeln sich doch viel zu dynamisch, als dass man die Hochschulplanung allein daran ausrichten könnte. Ich hal-

te nichts von Innovationsräten. Ich glaube, dass in der Hochschulplanung

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Planer planen!)

die Planer planen! Sie holen sich durchaus ihre Informationen von den Praktikern und Theoretikern des Arbeitsmarktes. Neue Wasserköpfe sind dazu nicht erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt – und den halte ich auch für ganz wichtig – ist das Teilzeitstudium. Es hat mich etwas irritiert, dass Sie in Ihrer Forderung jetzt auf einmal wieder im Gegensatz zu früheren Thesen von einer Formalisierung des Teilzeitstudiums abrücken. Wir halten nach wie vor daran fest, dass, wenn man das ernsthaft angehen will und Verbindlichkeit hineinkommen soll, das Teilzeitstudium formal abgesichert sein muss. Dann muss klar sein, wie viel Zeit den Studentinnen und Studenten ganz individuell zur Verfügung steht. Man muss gewisse Belege bringen, dass Gründe dafür existieren, sich als Teilzeitstudentin oder Teilzeitstudent zu bezeichnen. Dann wiederum muss die Hochschule aber auch bereit sein, entsprechend großzügigere Angebote zu machen. Das verstehen wir unter Verbindlichkeit, und wenn man dort keine formelle Absicherung hineinbekommt, dann wird das Teilzeitstudium nicht funktionieren. Ich denke, in Berlin hat man da schon ganz gute Ansätze gefunden.

Die Frage der wissenschaftlichen Weiterbildung ist der letzte Punkt aus dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, auf den ich eingehen möchte. Sie formulieren das in etwa so, dass in dieser Richtung auf die Tube gedrückt werden müsse. Wir müssten Anreizsysteme schaffen, dass sich mehr Professorinnen und Professoren an der wissenschaftlichen Weiterbildung beteiligen.

Ich glaube, Sie machen sich da die falsche Sorge, Herr Kollege Kuhn. Ich denke, die zentrale Aufgabe der Zukunft wird eher darin bestehen, dass man dafür sorgen muss, dass die Beteiligung von Professorinnen und Professoren an der wissenschaftlichen Weiterbildung, in der sie nämlich in Zukunft ein sehr lukratives Geschäft sehen, nicht dazu führen wird, dass das zu Lasten der grundständigen Lehre geht. Ich glaube, darin besteht eher unsere Aufgabe. Ich denke einmal, die Hochschulen sind auf einem ganz guten Weg mit dem Vorschlag, Anreizsysteme zu schaffen, aber ich meine, die grundständige Lehre darf nicht leiden.

Ich komme zum Schluss! Wir meinen, es gibt genug Gründe für eine Ablehnung des Antrags vom Bündnis 90/Die Grünen, und deswegen schlagen wir das dem Parlament vor. Wir sehen, dass die Studi-

(C)

(D)

(A) enstruktureform in Bremen in ihrer Umsetzung bereits auf einem guten Weg ist. Die Mitteilung des Senats zu den entsprechenden Anfragen vom Bündnis 90/Die Grünen beweisen das meiner Meinung nach. Der Senator für Bildung und Wissenschaft und die Rektoren der Hochschulen, aber auch die Fachbereiche haben sich in den Kontrakten auf zahlreiche konkrete Maßnahmen verständigt.

Wir sind da im Detail nicht mit jeder Maßnahme glücklich, auch über das Tempo ließe sich durchaus streiten, und ich kann mich da dem Vorschlag des Kollegen Jäger anschließen, dass wir uns als Parlamentarier in dieses Verfahren in Zukunft anders einbringen, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, die Richtung stimmt. Es gibt für uns in der Beziehung deswegen auch keine Veranlassung, hier einen eigenen Antrag vorzulegen. Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat den richtigen Weg eingeschlagen, und wir unterstützen ihn auch weiterhin dabei. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten, und zwar bis 14.45 Uhr.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 13.08 Uhr)

(B)

★

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.46 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die Sitzung des Landtags, die wir unterbrochen haben, setzen wir jetzt fort und ebenfalls den Tagesordnungspunkt elf: Studienreform und wissenschaftliche Weiterbildung beschleunigt voranbringen, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Zuerst erteile ich Senator Lemke das Wort.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor uns liegt der Antrag der Grünen. Aufgrund der sehr übereinstimmenden Einschätzung der Fraktionen der CDU und der SPD, die ich im Einzelnen nicht noch einmal wiederholen möchte, möchte ich aber in der Sache zu vier Punkten des Antrags Stellung nehmen und begründen, warum wir ihm aufgrund der Tatsache, dass die Studienreform in Bremen auf einem sehr guten Wege ist, hier heute nicht zustimmen müssen.

Ich bin der festen Überzeugung – Herr Dr. Kuhn, Sie als ein ganz profunder Kenner der Wissenschaftsszene in Deutschland, speziell natürlich in Bremen,

wissen das auch, ich habe auch absolut Verständnis dafür, dass Sie als Vertreter der Opposition solch einen Antrag einbringen –, wir brauchen uns weiß Gott nicht diese Sorgen zu machen und uns hier Ihrem Antrag anschließen, weil der Bereich der Universität, der Forschung, der Wissenschaften so gut bei uns ist, dass ich ganz andere Dinge in Bremen sehe, um die ich mir große Sorgen mache, aber nicht um den Bereich der Studienreform an unserer Universität und an unseren Hochschulen.

Ich denke, dass ich Ihnen dennoch zu einigen Punkten Antworten schuldig bin. Erstens sprechen Sie von einer sehr hohen Abbrecherquote. Auch das ist ein Punkt, der mich sehr beunruhigt. Bei genauer Durchsicht der Abbrecherquoten ist aber auffällig, und das bitte ich hier auch noch einmal zu würdigen, dass nicht zwischen denjenigen differenziert wird, die schlichtweg scheitern, und denjenigen, die sehr erfolgreich und hoch bezahlt zum Beispiel als Informatiker in die Wirtschaft wechseln, bevor sie ihr Examen abgeschlossen haben.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe nur den Rektor zitiert!)

Ja, das ist ja zulässig, aber dennoch wird man auch als Bildungs- und Wissenschaftssenator darauf hinweisen können, dass es eine hohe Anzahl von Abbrechern gibt, die sich sehr erfolgreich in das Arbeitsleben integrieren. Auf diesen Punkt wollte ich Sie speziell und gegebenenfalls dann auch den Herrn Rektor, ich sehe ihn nachher noch einmal persönlich, hinweisen. Dies ist ein Punkt, der leicht zu oft bei dieser Debatte vergessen wird.

Ein anderer wichtiger Punkt, auf den ich auch noch hinweisen möchte, weil er mich auch sehr bedrückt, sind die vielen Langzeitstudenten, die wir in Deutschland, und natürlich auch und gerade an unserer Universität in Bremen, haben. Meine Damen und Herren, hier wird das Tempo durch die Arbeitsplatzsituation vorgegeben. Welchem Studenten, Herr Dr. Kuhn, wollen wir es verdenken, wenn er ein, zwei Semester länger studiert, zum Beispiel im Lehramt, wenn er ohnehin genau weiß, dass er keine berufliche Chance hat, im Wunschberuf als Lehrer zu arbeiten. Absolut logisch und erklärbar, Herr Dr. Kuhn, dass er sagt, und das wissen Sie ganz genau, ich mache jetzt noch eine Vertiefung in diesem oder jenem Spezialbereich, um abzuwarten, wann meine Chancen, eine Stelle als Referendar zu bekommen, besser sind als momentan.

Im Augenblick gehen 800 Bewerbungen für einen Referendariatsplatz auf gerade einmal knapp 100 Plätze ein. Das ist heute noch, trotz des voraussehbaren Lehrermangels, reale Tatsache. Dies bitte ich Sie einfach nur zu bedenken, mit zu bewerten, wenn hier die Situation so gezeichnet wird, wie Sie das vorhin in Ihrem Beitrag getan haben. Ich denke, dass gerade, was das Lehramtsstudium angeht, sich

(C)

(D)

(A) die Zahlen ohne ein verstärktes Eingreifen des Staates dadurch verbessern werden, dass die Studenten in ganz absehbarer Zeit – das ist ja völlig unbestritten und auch klar erkennbar durch die großen Werbeaktionen der einzelnen Bundesländer, die verstärkt Lehrerinnen und Lehrer einstellen – aufgrund der Nachfrage ihr Lehramtsstudium drastisch verkürzt werden, wenn sie eine konkrete berufliche Chance vor sich haben.

Zweitens denke ich, dass wir in dem Punkt der Weiterbildung an der Universität und an den Hochschulen inhaltlich Ihrem Antrag eigentlich zustimmen können. Fraglos haben wir hier Defizite. Wer etwas anderes sagt, ist sich nicht der konkreten Situation bewusst. Übrigens wird nicht nur an den Bremer Hochschulen, sondern an allen deutschen Hochschulen dieser Bereich erheblich vernachlässigt, und es besteht in der Tat ein Handlungsbedarf.

Dann besteht immer wieder die Frage nach ichtnahen Motiven, und deshalb ist hier eine Antwort die Frage der Anreize und möglicher Sanktionen. Das sage ich auch ganz deutlich, wenn ich sehe, dass die Hochschullehrer, die Wissenschaftler allgemein, nicht mit dem Engagement dabei sind, wie wir uns das bildungspolitisch und wissenschaftspolitisch wünschen, dann muss man überlegen, ob man zusätzliche Anreize schaffen kann. Das können wir nicht als Bundesland, sondern das muss als Bundesregelung kommen. Daran arbeiten wir heftig, und es ist sehr schwierig, diese Dienstrechtsreform durchzusetzen.

(B) Sie wissen auch, wie wir uns auf Bundesebene bemühen und um Kompromisse ringen. Ich denke aber, dass wir auch da das Problem erkannt haben und auf dem richtigen Weg sind. Ich teile Ihre Auffassung, dass de facto im Bereich der Weiterbildung an unseren Hochschulen Handlungsbedarf besteht.

Wir haben, das möchte ich als Vorletztes sagen, bundesweit ein enormes Ansehen auch dadurch, dass wir, was die Kontrakte mit den Hochschulen und der Universität angeht, wesentlich weiter fortgeschritten sind als andere Bundesländer. Nun soll uns das nicht ruhen lassen, und es wäre völlig falsch zu sagen, schaut einmal, wir haben das ja toll gemacht, andere Hochschulen oder Bundesländer sind längst noch nicht so weit, und nun geht das alles seinen ordentlichen Gang. Nein, Herr Dr. Kuhn, ich teile Ihre Auffassung, dass wir die Ergebnisse der Kontrakte sehr kritisch und konstruktiv würdigen müssen.

Wir befinden uns aber im ersten Jahr der Kontrakte, und ich würde Sie recht herzlich bitten, den Universitäten, den wissenschaftlichen Einrichtungen und den Hochschulen die Chance zu geben, diese Ausarbeitungen bei uns abzuliefern. Sie werden im April vorliegen, das ist Ihnen bekannt, und wir werden dann miteinander gemeinsam überlegen, wie wir die Kontrakte verbessern können.

(C) Wenn wir ehrlich sind, und das ist ja auch in den Beiträgen der Abgeordneten Jäger und Dr. Käse ganz deutlich geworden, könnten wir Ihrem Antrag inhaltlich in vielen Punkten zustimmen. Ich sage aber genauso deutlich, dass wir mit der Studienreform auf einem sehr guten Weg sind. Die Tatsache, dass Sie den Punkt vorhin ausgesprochen gewürdigt haben, dass wir den sechsten Sonderforschungsbereich bekommen haben, das ist vorgestern oder vorgestern der Öffentlichkeit mitgeteilt worden, ist sehr stark und kann uns alle auf diese Universität wirklich sehr stolz machen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir überlegen: Früher hat das völlig anders ausgesehen!

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Umfrageergebnis der Handelskammer, die die bremische Wirtschaft befragt hat, wie zufrieden sie mit der Zusammenarbeit mit der Universität und den Hochschulen sind, und wie diese Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Einrichtungen und Forschungseinrichtungen von der Handelskammer außerordentlich gelobt worden ist. Bringen Sie das bitte noch in Verbindung mit der Nachricht, über die ich mich sehr gefreut habe – der Vorsitzende des Wissenschaftsrates hat mich am letzten Freitag ausdrücklich noch einmal darauf angesprochen –, wie hervorragend einzelne Bereiche arbeiten. Es gibt noch eine weitere, hoffentlich sehr positive Überraschung, über die ich das Haus demnächst informieren kann. Wir sind in einem anderen Bereich mit einer sehr guten Aussicht versehen, auch hier eine enorme Förderung durch den Wissenschaftsrat zu bekommen.

(D) Das alles zeigt mir, wenn ich mir den Standard und den Stand unserer Studienreform, unserer gemeinsamen Bemühungen anschauere, dass durch Ihren Antrag nicht der Eindruck entstehen darf, dass hier ein erheblicher Handlungsbedarf gegeben ist. Nein, meine Damen und Herren, das ist nicht der Fall! Ich teile Ihre Auffassung, Herr Dr. Kuhn, dass wir das kritisch und konstruktiv weiter betrachten müssen. Aber nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis: Die Studienreform im Wissenschaftsbereich dieser Stadt ist auf einem guten Weg. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt habe ich es verstanden! In fast allen Dingen stimmen Sie mir zu, Sie sind nur der Meinung, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, es sei noch etwas zu tun!

Ich verstehe es nicht! Wir sind uns doch einig in der Anerkennung dessen, was die Universität und

(A) die Hochschulen geleistet haben. Wir sind uns einig gerade in der Frage, dass die Universität in der Forschung unglaubliche Fortschritte gemacht hat, wir erkennen das an. Wir haben das unterstützt, auch mit Geld unterstützt, und freuen uns darüber.

Dass wir jetzt daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass wir auch noch behaupten, in Fragen der Lehre und des Studiums soll alles in Ordnung sein, finde ich nun völlig daneben. Das, was jetzt in der Wissenschaft gut läuft, ist nur zustande gekommen aufgrund einer öffentlichen klaren und deutlichen Kritik daran, was vorher schlecht war. Sonst wären wir da nie hingekommen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen, Herr Senator, wenn wir jetzt nicht klar und deutlich sagen, was gegenwärtig in Lehre und Studium nicht gut ist, dann werden wir auch die Verbesserung, die wir vermutlich zum Teil gemeinsam wollen, nicht hinbekommen. Da fand ich in Ihrem Beitrag schon ein bisschen die Tendenz, das schön zu reden, was die Abbrecher angeht. Natürlich gibt es einige, die wegen guter Jobs aufhören. Das sind aber bei weitem nicht die meisten. Der größte Teil scheidet desorientiert und ohne Perspektive aus. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Es ist doch ein unglaublicher Raubbau an der Lebenszeit der jungen Menschen, wenn sie so aus der Hochschule hinausgehen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht nur in dem Beruf der Lehramtskandidaten, sondern im Durchschnitt liegen 40 Prozent der Studierenden an der Universität über der Regelstudienzeit. Das geht durch alle Fächer durch. Wir sind in der Physik in Deutschland das absolute Schlusslicht, was die Länge des Studiums angeht. Das ist keine Sache, die man damit abtun kann, dass alles auf dem guten Weg ist. Ich warne Sie noch einmal davor, das zu unterschätzen und so zu tun, als wäre das schon alles auf dem richtigen Weg!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will noch einige Dinge ansprechen, die auch von den Kollegen hier im Parlament gesagt worden sind. Die Autonomie! Ich glaube, wir stehen nicht in dem Ruf, die Autonomie der Universität gering zu schätzen. Ich freue mich sehr, dass beide gesagt haben, dass wir doch das nachholen, was wir in den Beratungen des Hochschulgesetzes vergeblich gefordert haben, dass nämlich das Parlament vor dem Abschluss der Kontrakte beteiligt wird. Ich finde es sehr gut, dass wir uns darauf einigen!

Ich finde aber nicht, dass man in die Autonomie der Universität eingreift, wenn wir hier politische Forderungen aufstellen und debattieren, auf die die

Hochschulen ja reagieren können. Wir machen hier keinen Oktroi, wir sagen nicht, dann und dann sollt ihr das machen, sondern wir sagen, es ist unsere politische Absicht, dass wir dahin kommen. Dann können die Hochschulen mit uns diskutieren. Das ist weiß Gott freier und offener als das, was jetzt im Kontrakt steht, nämlich alle für das ganze Jahr freizugebenden Hochschullehrerstellen. Wenn Sie hier mit der langen Leine angeben, dann sehen Sie sich die Kontrakte einmal genau an! Eine so furchtbar lange Leine ist das nicht, und ich glaube nicht, dass die Grünen diejenigen sind, die die Hochschulen an die kurze Leine legen wollen, im Gegenteil!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verstehe nach wie vor nicht, Herr Jäger, dass Sie dagegen sprechen, dass wir mit letztlich ja geringen Mitteln die Studienreform voranbringen und auch aus dem ISP unterstützen. Sie haben in der Koalition gerade wieder verabredet, dass in fünf Jahren – 2005 bis 2010 – 230 Millionen DM zum weiteren Umbau der Universität ausgegeben werden sollen. Ich frage mich: Ist das in Ordnung? Das Geld soll ausgegeben werden? Für den Umbau des Studiums, der Lehre aber soll kein Pfennig ausgegeben werden? Das soll mir einmal einer plausibel erklären! Natürlich gehört zu den Kernaufgaben, wenn man die Hochschulen umbaut, auch die Lehre und das Studium umzubauen, da ein, zwei, drei Millionen DM für die Akkreditierung und Studienreform auszugeben. Wieso Sie das nicht wollen, das verstehe ich nicht, das kann ich nur als Geringschätzung dieser Aufgabe ansehen.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben über die Technik gesprochen und haben Ihr neues Schlagwort Notebook University eingebracht. Das erinnert mich ein bisschen daran, dass man damals in der Volksschule beim Übergang vom Griffel auf den Füller von der Füllerschule geredet hat. Sie verwechseln ein bisschen Technikeinsatz mit Inhalten. Ich garantiere Ihnen, dass Sie mit dem Einsatz der Technik allein, wo große Aufgaben tatsächlich auf die Hochschule warten, die inhaltlichen Probleme, über die wir ja auch reden, da hat Herr Dr. Käse völlig recht, nicht werden lösen können. Schon gar nicht, Herr Jäger, wenn Sie sich nicht durchsetzen können. Im T.I.M.E.-Programm sollen ja für die Hochschulen, für alle Sachen, die sie machen wollen, vielleicht eine Million DM im Jahr übrig bleiben. Dann erzählen Sie einmal, wie Sie Ihre hochfliegenden Pläne, die Sie hier als das Allheilmittel verkaufen wollen, umsetzen wollen. Daraus wird wohl nichts werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Sie verwechseln da Technik mit Inhalt, und da komme ich zu dem, was der Kollege Käse gesagt hat: Sie haben gesagt, die Entrümpelung der Studiengänge, die Modernisierung der Inhalte, die Konzentration, das ist die eigentliche Aufgabe und nicht das andere. Ich teile das, was Sie sagen, bloß unsere Position ist, wir werden gegenwärtig keinen anderen Hebel dafür finden. Ich verfolge die Diskussion über die Entrümpelung von Studiengängen schon 30 Jahre, das habe ich doch schon als AstA-Vertreter vor 30 Jahren gefordert. Was ist passiert? Sie sind immer dicker und dicker geworden.

Der einzige Hebel, den ich sehe, damit wirklich etwas passiert, ist die Einführung neuer Abschlüsse mit neuer Philosophie. Deswegen wollen wir das verknüpfen und sagen, weil wir die inhaltliche Reform wollen, ist das unser zentrales Instrument, um das voranzubringen, so ist der Zusammenhang! Wir können da kein Nacheinander machen. Das ist meine Überzeugung, und ich glaube, darüber sollten wir vielleicht auch noch einmal vertieft diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Teilzeitstudium! Ich sage nur, ich bin gespannt, wann Sie oder irgendjemand ein Modell vorlegen werden, indem Sie tatsächlich die Studierenden dann kontrollieren wollen, ob die Voraussetzungen, die sie einmal genannt haben, warum sie Teilzeitstudierende sind, nämlich Pflege von Familie, Einkommen und so weiter, noch gelten. Wollen Sie das wirklich für jeden Studenten so genau bis in die Familienverhältnisse und seine eigenen persönlichen Verhältnisse hinein nachkontrollieren? Das ist doch eine irrwitzige Vorstellung! Also, nehmen Sie davon Abschied, lassen Sie uns lieber Dinge machen, die heute gemacht werden können!

Bei der Weiterbildung freut mich, dass Herr Senator Lemke mich klar und deutlich unterstützt hat. Ich sehe nun wirklich nicht, Herr Käse, dass wir uns jetzt schon Sorgen darüber machen müssen, dass, wenn irgendwann einmal die Professoren da richtig einsteigen wollen – ich wünsche mir dringend, dass sie das tun –, dann die Gefahr besteht, dass sie etwas anderes vernachlässigen. Darüber können wir ja dann reden. Heute ist die Aufgabe, dass sie sich in diesem Feld zentral einbringen, dass sie die Qualität verbessern und Produkte liefern, die dann auch überregional anzubieten sind. Das ist die Aufgabe, vor der wir heute stehen, und ich habe Herrn Senator Lemke auch so verstanden, dass er das eigentlich unterstützt.

Ich fände es für den Standort Hochschule in Bremen nicht gut, wenn wir diese Probleme verniedlichen und kleinreden. Lassen Sie einmal die Darstellung eines Ressorts, die Darstellung einer Regierung beiseite und lassen Sie uns einmal klipp und klar sagen, wie groß die Aufgaben sind. Die Rektoren wissen das, die Hochschulen insgesamt wissen es

vielleicht noch nicht, aber die Rektorate wissen das und formulieren das auch klar, so wie ich es mehrfach zitiert habe.

Inhaltlich stelle ich noch einmal fest: Es herrscht in den meisten Punkten Übereinstimmung. Das mindeste wäre eigentlich gewesen, das Sie unseren Antrag überweisen, aber gut, wenn Sie jetzt keine Eindrücke erwecken wollen, dann ist das eben so. Schade ist, dass das Problem damit nicht vom Tisch ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Käse.

Abg. **Dr. Käse** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kuhn, ich bin Ihnen ja noch ein paar Anmerkungen zu unserer Vorstellung zur Zeitschiene, wie wir uns die Reform der Studienstrukturen vorstellen, schuldig geblieben. Ich hatte das in meinem Beitrag zwar angekündigt, aber dann, als die Redezeit ablief, nicht mehr ausführen können.

Ich denke, das, was Sie uns auch in Ihrem Antrag vorgelegt haben, ist ehrenwert, aber einfach unrealistisch, und zwar aus zweierlei Gründen: Wenn wir das in die Kontrakte einarbeiten wollen, wenn wir Elemente der Studienstrukturreform in den Kontrakten realisieren wollen, dann müssen wir zumindest erst einmal auf die noch ausstehenden Auswertungen der bisherigen Erfahrungen mit den Kontrakten warten. Sie werden uns erst in diesem Jahr erreichen. Folglich gehe ich davon aus, wenn wir davon sprechen können, dass wir in diesem neuen Steuerungssystem des Contracting einen großen Sprung nach vorn machen, dass er erst von diesem auf das nächste Jahr erfolgen kann, nämlich dann, wenn wir die erste Auswertungsphase hinter uns haben. Ich kann Ihnen auch zusichern, dass wir uns dann mit großem Engagement daranmachen werden, nicht immer nur die alten Texte ins nächste Jahr zu überrollen, sondern wirklich auch den Anforderungen gerecht werden und auf die Hochschulen in anderer Art und Weise einwirken.

Der andere Grund ist die Komplexität des Steuerungsmodells. Die Studienreform ist, darauf haben wir nun schon mehrfach hingewiesen, eine sehr umfangreiche und insbesondere schon seit Ewigkeiten in der Diskussion befindliche Angelegenheit. Wir haben inzwischen in Bremen ein Steuerungsmodell entwickelt, nach dem wir nicht mehr per Ordre de mufti etwas umsetzen können. Selbst wenn wir das machen wollten, müssten letztendlich im Wesentlichen die Professorinnen und Professoren die Reform an den Hochschulen umsetzen. Das ist nun einmal so, und es hat keinen Sinn, dort noch so schöne Texte abzuliefern, letztendlich müssen wir sie auf unseren Weg mitnehmen.

(C)

(D)

(A) Das erfordert auch eine gewisse Geduld, und ich hoffe, Sie bringen diese Geduld mit uns gemeinsam auf. Ich denke aber, und Herr Senator Lemke hat es ja bereits ausgeführt, wir sind eigentlich auf einem guten Weg dahin. Die Universität und auch die Hochschulen im Land Bremen entwickeln sich eben nicht nur in der Forschung, sondern, so ist mein Eindruck, auch in der Lehre sehr positiv, und ich meine, wir sollten diesen Weg gemeinsam weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt möchte ich eine kurze Anmerkung zu dem Modell machen, das der Kollege Jäger hier zumindest holzschnittartig beschrieben hat, die virtuelle Universität, der virtuelle Campus. Wir konnten nur Ihre Presseerklärung lesen, sie war leider auch nicht so furchtbar lang.

Ich teile die Einschätzung des Kollegen Kuhn, dass, so sehr Multimedia auch notwendig ist und der Multimediaeinsatz in der Lehre eine ganz zwingende Reformaufgabe ist, Multimedia nicht das Präsenzstudium ersetzen kann. Er kann es nur unterstützen, und er kann es verbessern. Die Universität aber im Laptop mit sich herumzutragen und den Kontakt zu den Lehrenden dadurch quasi ersetzen zu wollen, ich hoffe, ich habe Ihr Modell da nicht missverstanden, aber das kann wirklich nicht unsere Zukunftsvorstellung sein.

(B) Wenn das Online-City zwei sein soll, dann kann ich nur sagen,

(Abg. Eckhoff [CDU]: Immer, wie es passt!)

da sind Sie auf dem Holzweg oder auf dem Siliziumweg, wo auch immer!

(Zuruf des Abg. Eckhoff [CDU])

Da sind Sie auf dem Siliziumweg, so wird es nicht gehen! Ich glaube, auch Ihre eigenen Erfahrungen als Student und meine Erfahrungen als Student, auch als Mitarbeiter der Universität, der Studenten unterrichtet hat, zeigen, man kann den persönlichen Kontakt nicht durch die CD-ROM ersetzen. – Danke schön, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte gar nicht darauf einsteigen, aber jetzt, wo das Stichwort einmal gefallen ist:

*) Vom Redner nicht überprüft.

Es ist in der Tat so, Sie reden gerade so, wie Sie es wollen. Die persönliche Nähe ist in der Tat wichtig, das hören wir jeden Tag. Das hören wir bei dem Thema neue Medien gerade auch von den Professoren, egal, ob aus dem Bereich Informatik schlechthin oder anderen. Aber gut! Online-City ist hier eben schon einmal gefallen, das will ich nicht näher vertiefen.

(C)

Wir haben keine andere Wahl, als auf virtuelle Vorlesungsangebote und Weiterbildungsangebote zu reagieren, die es demnächst geben wird, die im Übrigen alle international und englischsprachig sein werden. Die Frage ist eigentlich nur, ob sich Bremen in dem kurzen Zeitraum der nächsten fünf Jahre, der uns zur Verfügung steht, in diese Bewegung einklinkt, und das möglichst weit vorn. Insofern ist davon überhaupt keine Rede, das brauchen Sie mir nicht zu erzählen.

Zu den Inhalten! Die Erfahrung haben wir in der Schule gemacht. Es reicht nicht, irgendein Notebook oder einen PC hinzustellen, wenn die Inhalte nicht da sind, und vor allem, wenn die Medienkompetenz und die Qualifikation nicht da ist. Also, wir unterstützen ja den Senator im Bereich der Schulen. Ich sage nur, die Dynamik, die im Bereich der Wissenschaft entstehen wird, ist ungeheuerlich, vor allen Dingen auch die Chancen, und die wollen wir ja für Bremen nutzen.

Ich sage noch einmal, das Ganze muss in Pakete gepackt werden, das muss in Abschlüsse gepackt werden, sehr wohl in virtuelle Begegnung als auch in Präsenzveranstaltungen. Das Ganze erhöht den Druck auf die in den Hochschulen Handelnden. Ich möchte, dass wir diejenigen, die sich damit auskennen, die Promotoren sind und die versuchen wollen, das an den Hochschulen und in Fachbereichen durchzusetzen, das sind einige wenige, begleiten, dass wir aber nicht die wenigen Dummen sein werden, die Hofnarren, die immer wieder auf die Notwendigkeit dieses Themas hinweisen. Ich weise sehr wohl darauf hin, dass Professor Timm, auch wenn er es noch so pädagogisch wertvoll macht, bereits jeden Anlass nutzt, in vier, fünf Minuten jeder Rede – egal, ob Neujahrsempfang oder wo auch immer – darauf hinzuweisen, dass diese Entwicklung kommt. Ich sage, wir sollen vorn sein.

(D)

Zweiter Punkt: Teilzeitstudium und Dauer der Studienzzeit! Es gibt zwar Untersuchungen über Teilzeitstudierende und die Motive, aber in der Tat, auch Senator Lemke hat eben bei den Studienabbrechern darauf hingewiesen, wir kennen gar nicht genau die Motive und die Gründe, die man durchforsten müsste. Ich wünsche mir schon, dass wir mehr Datenmaterial darüber bekommen, welche Gründe es in Bremen ganz individuell auch von Fachbereich zu Fachbereich gibt, das Studium abzubrechen, weiter zu studieren oder auch ein Teilzeitstudium aufzunehmen. Die Kehrtwendung beziehungsweise die

- (A) Neupositionierung der Grünen in der Aussage haben wir zur Kenntnis genommen.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Na ja, der Abschied vom klassischen Status des Teilzeitstudiums hörte sich vor einem viertel oder halben Jahr noch anders an! Vielleicht reden wir auch manchmal von Äpfeln und Birnen. Mir ist aus zwei Fachbereichen jetzt gesagt worden: Wir wissen gar nicht genau, was Teilzeitstudenten sind, jedenfalls ist ein Großteil der Studenten nicht ständig präsent.

Auf der anderen Seite spielt das bei den Kapazitätsberechnungen eine Rolle. Aber da wird manchmal auch über Äpfel und Birnen diskutiert. Deshalb brauchen wir so etwas wie Kapazitätsberechnungen. Wir kennen ja auch das Problem, dass sich Studenten einklagen. Es sind eigentlich einmal validere Aussagen darüber notwendig, wer studiert eigentlich an der Universität im Sinne von wer ist präsent – nicht nur, wer ist eingeschrieben – und geht seinem Studium nach.

Es wäre vielleicht einmal ganz sinnvoll, die Zahlen, mit denen wir immer hantieren, mit einer Aussagekraft zu versehen. Insofern dies als Anregung, dort einmal unter bremischen Bedingungen genauer nachzufassen!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/527 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Älter werden im Betrieb

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. September 2000
(Drucksache 15/455)

Wir verbinden hiermit:

Älter werden im Betrieb

Mitteilung des Senats vom 7. November 2000
(Drucksache 15/517)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2000, Drucksache 15/455, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 23. Sitzung am 14. September 2000 an die staatliche Deputation für Arbeit überwiesen worden. Diese Deputation legt mit der Drucksachen-Nummer 15/517 ihren Bericht dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dieser Debatte bin auch ich wieder ein Stück älter geworden, wie ich festgestellt habe.

(Zuruf von der SPD: Ach was!)

(D)

So ist es hier! Wir wissen, mehr als ein Fünftel der Bremer und Bremerhavener Arbeitslosen ist zwischen 55 und 60 Jahre alt. Ältere Arbeitnehmer sind seltener arbeitslos, aber sie bleiben es viel länger als Jüngere. Das ist auch ein bundesweiter Trend. Inzwischen ist jeder dritte Arbeitslose 50 Jahre und älter, und im Dezember beklagte der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Herr Jagoda: Alter ist immer noch ein wesentliches Einstellungshindernis.

In Bremen sind über 12 000 arbeitslose Menschen über 50 Jahre alt, und auch sie finden aufgrund ihres Alters oftmals keine Beschäftigung mehr. Mit unserem Antrag „Älter werden im Betrieb“ wollen und wollten wir deutlich machen, dass wir künftig mehr Vor- als Nachsorge in der Arbeitsförderung wollen. Ein vorrangiges Ziel von Arbeitsmarktpolitik muss es sein, Langzeitarbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. Wir wollen mehr Aufklärung und einen gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der Arbeit, die zwischen den Generationen gerecht verteilt werden muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen die Generationengerechtigkeit unterstützen, und ich mache Sie noch einmal auf die zwei

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) wesentlichen Beschäftigungsrisiken aufmerksam, die bei älteren Arbeitnehmern angeführt werden: Das ist auf der einen Seite der Gesundheitsverschleiß durch mangelnden betrieblichen Gesundheitsschutz und auf der anderen Seite der Qualifikationsverlust durch Arbeitsplätze, die nicht mehr die Mitarbeiter zum Lernen anregen.

Die meisten Arbeitsplätze sind nicht auf älter werdende Beschäftigte ausgerichtet, und auch das lebenslange Lernen, die fortlaufende Qualifizierung, wird bislang vernachlässigt. In Bremen fangen wir jetzt an, Schritte in diese Richtung zu gehen. Wir fördern sehr massiv die Qualifikation, aber ich denke, Kostenoptimierung in Unternehmen läuft immer noch auf dem Rücken der Über-Fünfzigjährigen. Ältere Menschen haben ein Recht auf Teilhabe am Arbeitsmarkt. Sie bringen Lebens- und Berufserfahrung ein und stellen den Betrieben unverzichtbare Kompetenzen zur Verfügung. Das werden Sie auch merken, wenn Sie einmal in Ihre Fraktionen schauen, diese Mischung zwischen Jung und Alt ist sicherlich bei der Arbeit auch ganz hilfreich. Während die Jüngeren vielleicht immer schnell nach vorn wollen, sagen die Älteren: Diese Debatte hatten wir schon einmal vor acht Jahren, und das ist so und so gelaufen, ich glaube, diesen Gedanken solltest du vielleicht noch einmal aufgreifen. Die Jüngeren sagen dann aber: Nein, es ist wichtig, dass wir jetzt trotzdem noch einmal genau diese Debatte führen.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zukunftsfähige und zukünftige Arbeitsmarktpolitik entwickelt gerade für diese Zielgruppe der Älteren spezifische Angebote lebenslangen Lernens und unterstützt zugleich flexible und schrittweise Übergänge in den aktiven Ruhestand.

Ich hatte Ihnen ja beim letzten Mal schon gesagt, es gibt durchaus Menschen, die auch noch länger arbeiten und nicht mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen wollen. Manche haben auch noch mit 65 Jahren Spaß an einer Berufstätigkeit. Ich denke, auch das muss Arbeitsmarktpolitik ermöglichen. Aber auch die, die früher in den Ruhestand wollen, müssen natürlich die Chance haben. Uns geht es um den Abbau von Vorurteilen gegenüber den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die Vorurteile gegenüber den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stimmen nicht und müssen abgebaut werden, denn es gilt: Erfahrung muss zählen! Genau mit diesem Thema steigt auch die Bundesanstalt für Arbeit mit einer großen Kampagne ein, die wir als Deputation für Arbeit auch unterstützen, ich denke, der Senat natürlich auch.

Einstellungen in der Gesellschaft zu ändern ist sicherlich schwer. Es gibt zu viele negative Vorurteile gegenüber Älteren: Sie sind zu teuer, zu häufig krank, geringer belastbar, haben wenig Bereitschaft zur Weiterbildung. Aber alle wissenschaftlichen Unter-

suchungen zeigen, dass das so nicht stimmt. Ältere sind sogar seltener krank als Jüngere. Sie fehlen auch weniger. Das haben zahlreiche Studien mittlerweile belegt, auch Motivation und Lernbereitschaft nehmen im Alter nicht ab. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden oft als Hemmschuh für Umstrukturierungen ausgemacht. Ich weiß ja nicht, ob das bei der CDU-Fraktion so ist – Sie sind gerade ja sehr belustigt –, ob Ältere Umstrukturierungen verhindern. Das ist sicherlich ein spannender Aspekt.

Aber ich denke, es ist wichtig, bei den Personalentscheidern Vorurteile abzubauen. Deshalb haben wir mit unserem Antrag angeregt, dass eine Kampagne gestartet wird und verstärkt Informationsveranstaltungen gerade für Personalverantwortliche und auch für Betriebsräte gemacht werden, um über die Stärken der Geschlechter und der jeweiligen Altersgruppen aufzuklären. Ältere Arbeitnehmer gehören nicht zum alten Eisen. Sie verfügen über ein fundiertes Wissen, das unter Umständen aktualisierungsbedürftig ist. Aber sie bringen ebenfalls ein gutes Maß an Lebenserfahrung und Berufserfahrung mit, und bei jüngeren, frisch ausgebildeten Arbeitnehmern besteht oftmals die Gefahr, so sagen auch einige Personalentscheider in Interviews, die gerade dieses Thema beleuchten, dass Jüngere oft dazu neigen, vor lauter Technikverliebtheit den Blick für das Wesentliche zu verlieren.

Bisher konzentrieren sich Betriebe bei der Personalentwicklung überwiegend auf die Jüngeren. Dort bestehen Defizite, die mit dem Blick auf den demographischen Wandel angegangen werden müssen. Ältere Arbeitnehmer sind von Qualifizierungsmaßnahmen und Entwicklungsplänen weitestgehend ausgeschlossen, und das wollen wir als Fraktion der Grünen nicht mehr hinnehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit unserem Antrag wollen wir deutlich machen, dass wir altersintegrative Konzepte der Laufbahnplanung brauchen, so wie es andere Bundesländer, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, schon vormachen. Nordrhein-Westfalen arbeitet mit einer Impulsberatung. Dort gehen Berater in die Betriebe und sehen ganz genau, welche Maßnahmen der Arbeitsplatzgestaltung oder auch des Gesundheitsschutzes den Betrieben helfen können, sich auf ältere Belegschaften einzustellen. Dass ältere Belegschaften kommen werden und Betriebe sich damit auseinandersetzen müssen, dem ist nicht auszuweichen. So versucht man in Nordrhein-Westfalen praktisch die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten, meiner Meinung nach ein sehr richtiger Schritt.

Generationsübergreifende Teamarbeit, ich habe es vorhin schon anklingen lassen, ist die Arbeitsform der Zukunft. Dort können Junge und Alte zusammenarbeiten, sie können voneinander lernen. Arbeits-

(C)

(D)

(A) prozesse müssen genau in diese Richtung umstrukturiert werden. Arbeitszeitmodelle wie geförderte Altersteilzeit, altersgerechte Ausbildungsmaßnahmen, die Möglichkeit zur Gleitpension sind fortschrittliche Modelle, die der Wirtschaft genug Anreize bieten, ältere Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen beziehungsweise auch aufzunehmen.

Wir müssen ein Älterwerden im Betrieb, das der Erwerbsbiographie und dem Erfahrungswissen Rechnung trägt, ermöglichen. Die Antworten auf unseren Antrag sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir möchten einfach mehr! Um das Problem nämlich an der Wurzel zu packen, reicht es nicht aus, ein Landesprogramm aufzulegen. Das ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, den wir auch sehr unterstützen, aber, ich sage es noch einmal mit Nachdruck, es geht um eine Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft. Es herrscht im Augenblick immer noch die Tendenz zu sagen, Jüngere können es besser. Das muss verändert werden. Wir brauchen einfach ein paar mehr Maßnahmen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Meine Damen und Herren, ich bin auch der Überzeugung, dass eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur gemeinsam mit den Unternehmen möglich ist. Deshalb richtet sich das Landesprogramm für ältere Langzeitarbeitslose auch an Unternehmen. Es wird einer begrenzten Anzahl von älteren Langzeitarbeitslosen der Schritt ins Berufsleben ermöglicht, bisher sind es 300, künftig sollen es 450 sein.

Ich finde, das Programm wäre mit uns Grünen sicherlich noch etwas üppiger ausgefallen. Ich weiß nicht, in welche Richtung ich es sagen soll! Ich denke, dieser Einstieg ins Berufsleben ist wichtig, aber es zeigt auch noch einmal auf, dass es eher ein Schritt der Nachsorge ist, wenn die Leute mit solchen Programmen auf dem Arbeitsmarkt untergebracht werden müssen. Die Arbeitnehmer werden reintegriert. Ihre Beschäftigungsfähigkeit wird gefördert. Das ist meiner Meinung nach richtig und wichtig. Aber es ist wichtig, auch frühzeitig und betriebsnah zu intervenieren. Die Stärkung der Qualifizierung im Arbeitsförderungsrecht auf Bundesebene soll die Beschäftigungsfähigkeit von Beschäftigten erhalten und verbessern. Das wird gerade besonders kleineren und mittleren Unternehmen helfen.

Meine Damen und Herren, die Arbeitsämter reagieren mit ihrer Initiative „50 plus“. Der Europäische Sozialfonds stellt auch Mittel zur Verfügung mit dem Slogan: Die Regionen sollen in die Köpfe investieren. Künftig wird es darauf ankommen, mehr zu tun in dem Bereich der Beratung für eine verbesserte Arbeitsorganisation. Es kommt darauf an, während der Berufstätigkeit in präventiver Form zu qualifizieren, und wir brauchen einen stärker praktizier-

ten betrieblichen Gesundheitsschutz. Daran müssen wir heute schon arbeiten. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf dem Besucherrang recht herzlich Seine Exzellenz den Botschafter der Republik Kuba, Herrn Marcelino Medina Gonzáles, und Ihre Exzellenz, Frau Ana Belkis Rodriguez Toledo.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Exzellenzen sind in Begleitung von Herrn Handelsrat Lazaro Ortega.

(Beifall)

Herr Medina Gonzáles ist seit dem 11. Januar dieses Jahres Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Republik Kuba in der Bundesrepublik Deutschland und stattet Bremen seinen Antrittsbesuch ab. – Herzlich willkommen hier in Bremen!

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

(D) **Abg. Brumma (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anfrage der Grünen lehnen wir als SPD-Fraktion ab. Sie ist für uns zu undifferenziert und geht auch zu falsch mit dem Thema um. Wir haben in der Deputation den Bericht der Verwaltung gehört. Den wollen wir ausdrücklich begrüßen, auch die Maßnahmen, die dort vorgeschlagen wurden. Ich will noch einmal etwas näher auf das Thema eingehen, denn die Themen ältere Menschen und Qualifizierung sind für uns Sozialdemokraten zentrale Zukunftsthemen.

(Beifall bei der SPD)

Heute sind 21 Prozent der Menschen älter als 65 Jahre. Im Jahr 2030 sind es bereits 35 Prozent. Falls Sie, meine Damen und Herren, sich einmal eine alternde Gesellschaft ansehen wollen, dann müssen Sie zurzeit nach Mallorca fahren. Da leben sehr viele deutsche ältere Bürger, und, wie gesagt, dort ist die demographische Entwicklung schon eine Generation weiter als bei uns, denn hier wird es bald ähnlich werden. Das Straßenbild wird sich bei uns verändern. Unser Land wird auch ergrauen. Historisch gibt es hier ein einmaliges Erlebnis. Zum ersten Mal wird die Bevölkerung dauerhaft schrumpfen und altern, nicht nur bei uns, sondern in allen westlichen Ländern. Das langsame Ergrauen wird für eine fundamentale ökonomische Trendwende sorgen. Der

- (A) Arbeitsmarkt trocknet langsam aus, und, wie gesagt, die Arbeitskräfte werden rar. Die Industrie findet keine Ingenieure mehr, das Handwerk keine Auszubildenden.

Nach 2010 sinkt das Angebot an Arbeitskräften erheblich, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg ermittelt hat. Immigranten können die demographische Krise zwar lindern, aber letztlich doch nicht lösen. Vier Lösungen bieten sich dafür an. Wir müssen sehen, dass wir Arbeit für die Jungen finden, Arbeit für Frauen, Arbeit für Zuwanderer, aber auch Arbeit für die Alten. Das heißt, die älteren Menschen haben laut OECD-Bericht die Fähigkeit, über das siebzigste Lebensjahr hinaus in der Gesellschaft aktiv zu bleiben. Wir müssen künftig sehen, dass die Menschen zum aktiven Altern motiviert werden, das heißt aktiv im Job, aktiv in der Familie und auch in der Nachbarschaft. Letztlich wird die Schlüsselfrage zukünftig sein: Wie produktiv, kreativ, innovativ können ältere Arbeitskräfte sein?

Bislang gelten sie ja bei uns als unproduktiv, obwohl sie teilweise bessere Zukunftsfähigkeiten besitzen wie zum Beispiel soziale Kompetenz,

(Vizepräsident D r . K u h n übernimmt den Vorsitz.)

- (B) Lebenserfahrung, Unabhängigkeit und Gelassenheit, die die Basis für Kreativität bilden. Sie sorgen häufig auch für ein ausgeglichenes Betriebsklima. Die Unternehmen werden künftig ihre älteren Beschäftigten aufgrund der Personalentwicklungsplanung pfleglich behandeln müssen. Sie werden in den Erhalt ihrer Produktivität, in die Fortbildung und die Fitness investieren müssen. Deshalb begrüße ich auch die geplante Tarifvertragsforderung der IG Metall auf ein Recht auf Weiterbildung, denn 1999 gab es nur 22 Prozent in der Metall- und Elektroindustrie, die weitergebildet wurden. Das ist meines Erachtens eine viel zu geringe Zahl.

Allerdings meine ich, die Älteren der Zukunft sind für das lebenslange Lernen ganz gut gerüstet. Viele haben inzwischen eine bessere Ausbildung als ihre Eltern. In den Betrieben muss somit eine Remobilisierung der Fünfzigjährigen mit umfangreichen Konsequenzen für das gesamte Bildungs- und Ausbildungswesen stattfinden. Deswegen wollen wir als Fraktion auch die Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik in Bezug auf die Zielgruppe der Älteren stärken.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/ Die Grünen]: Steht ja in unserem Antrag!)

Ja, das haben wir in der Deputation mit beschlossen! Aus- und Weiterbildung ist in den Betrieben immer noch jugendorientiert. Für die Teilnahme an einer betrieblichen Weiterbildung gilt inzwischen

- (C) das fünfundvierzigste Lebensjahr immer noch als Schallmauer. Wir appellieren an die Unternehmen, auch ältere Arbeitnehmer in die Firmenkultur und die Einstellungspraxis zu integrieren.

Ich will hier mit Genehmigung des Präsidenten ein Beispiel aufführen, wie es eigentlich nicht sein sollte. Ich zitiere aus dem „Weser-Kurier“ vom 16. September 2000. Dort heißt es in einer Stellenanzeige: „Die CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft sucht zum nächst möglichen Termin einen Mitarbeiter/Mitarbeiterin für den Sekretariatsbereich, Vollzeit.“, und darunter steht: „Wenn Sie bis 35 Jahre alt sind und sich angesprochen fühlen, freuen wir uns auf Ihre vollständige Bewerbung.“ Ich finde, so sollte es nicht sein, sondern vielmehr müssen älteren Arbeitnehmern Chancen gegeben werden, weil sie eben die heutzutage gewünschten Kompetenzen besitzen.

Auf der anderen Seite müssen wir die Probleme älterer Arbeitnehmer differenziert und individuell betrachten. Viele ältere Arbeitnehmer haben sich im Betrieb verschlissen. 30 Jahre Bandarbeit oder am Hochofen zollen ihren Tribut. Diese und andere Kolleginnen und Kollegen sollten weiterhin die Möglichkeit des Vorruhestands nutzen können. Hierfür stehen wir als Sozialdemokraten ein. Dies bedeutet für uns kein Herausdrücken aus dem Betrieb, sondern die Möglichkeit, nach jahrzehntelangem Bukkeln sich noch einige Jahre mit seinen anderweitigen Neigungen und Vorlieben zu beschäftigen. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch eine Aufweichung des Kündigungsschutzgesetzes ab. Das Argument, dass der Kündigungsschutz Arbeitsplätze verhindert, zieht nicht. In Portugal haben wir zum Beispiel die rigidesten Kündigungsschutzbestimmungen, aber die Arbeitslosigkeit ist nicht so hoch wie bei uns.

(Zuruf der Abg. Frau D r e y e r [CDU])

Trotzdem sind die Kündigungsbestimmungen dort weitaus rigider, und die Arbeitslosigkeit ist nicht höher als in den USA. Das können Sie in der gestrigen Zeitung genau nachlesen, Frau Dreyer, und sich informieren! Die nötige Flexibilität, meinen wir, können die Arbeitgeber über befristete Arbeitsverträge oder flexible Arbeitszeiten erreichen. Deshalb unterstützen wir die Vorruhestands- und Altersteilzeitmaßnahmen der Bundesregierung

(Beifall bei der SPD)

sowie die Maßnahmen im Bündnis für Arbeit in Bremen und die Aktion „50 plus“ der Bundesanstalt für Arbeit als Chance für ältere Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

(A) Ich möchte hier nur noch einmal kurz einige Beispiele für Bremen aufführen, das sind zum einen die Eingliederungszuschüsse, SAM-Maßnahmen, die vordringlich gefördert werden, das Modellprojekt Sport, bei dem 25 Sportvereine in Bremen für die älteren Beschäftigten Marketingaufgaben anbieten, dabei handelt es sich allein um 40 bis 50 Arbeitsplätze, das Modellprojekt „Job-Rotation“ sowie Maßnahmen für die weitere Öffnung des Arbeitsmarktes für ältere Arbeitnehmer in unserer Stadt. Insgesamt kann man sagen, dass im Jahr 2001 450 ältere Arbeitnehmer in Bremen gefördert werden. Es ist wenig, aber ich denke, für den Anfang ist es eine gute Sache, was wir in der Deputation gemeinsam verabschiedet haben. Wir investieren hierbei 8,85 Millionen DM an Landes- und EU-Mitteln.

Wie gesagt, die Zukunftsprobleme auf dem Arbeitsmarkt sind für uns nur mit dem Prinzip „Welt-offenheit“ und „Generationengerechtigkeit“ zu lösen. Sie sind Kennzeichen einer modernen vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, und diesen Weg werden wir Sozialdemokraten konsequent weitergehen! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Sauer.

(B) Abg. Frau **Sauer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da wir bereits im September über dieses Thema ausgiebig debattiert haben, möchte ich mich auf das Wesentliche beschränken. Übrigens, Frau Stahmann, um Ihre Frage zu beantworten, wir setzen auf Motivation, Erfahrung und Können, unabhängig vom Alter.

(Beifall bei der CDU)

Soviel ich weiß, haben wir in unseren Reihen auch die Jüngsten. – Danke schön!

Für die CDU-Fraktion haben wir den Senat in der September-Debatte aufgefordert, sich den nicht mehr so jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu widmen. Dies ist nun auch geschehen, und dafür danke ich im Namen der CDU-Fraktion, aber besonders im Namen der Arbeitslosen, die mit 50 Jahren noch leistungsfähig, begeisterungsfähig und lernfähig sind. Ich weiß, wovon ich spreche, ich bin bekennende Fünfzigerin.

(Beifall bei der CDU)

Das Arbeitsamt hat inzwischen eine Initiative gestartet, die mit dem Titel „50 plus – die können es!“ das Thema klug und präzise umschreibt, die Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleichermaßen anspricht. Das Arbeitsressort ergänzt diese Aktivitäten mit einem inzwischen in der Deputation verabschiedeten

Landesprogramm, das den Namen „Ältere in Arbeit“ trägt und sich an Wirtschaftsunternehmen, Träger von Beschäftigungsmaßnahmen und Institutionen des so genannten Dritten Sektors, also Vereine, Stiftungen und Ähnliches, richtet. Mit diesen Instrumenten sollen im Jahr 2001 insgesamt 450 Arbeitnehmer ab dem fünfzigsten Lebensjahr gefördert werden. Diese Instrumente sind vorrangig auf die sozialversicherte Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet.

Die Deputation hat die Beschlüsse dazu am 31. 10. 2000 gefasst und den Senator für Arbeit beauftragt, die Finanzierung des Landesprogrammes im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogrammes darzustellen. Da sich dieses Programm an Arbeitslose ab 50 Jahre richtet, gehen wir als CDU jetzt definitiv davon aus, dass der Senator für Arbeit nicht wieder vierzigjährige Frauen und Männer als ältere Arbeitslose bezeichnet und dies auch nicht wieder in eine Antwort des Senats Eingang finden kann, wie im September geschehen. Da wir das Programm zur Integration von älteren Arbeitslosen auf den Weg gebracht haben, bedarf es des Antrags der Grünen nicht mehr. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Situation älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt kann ich im Wesentlichen als bekannt voraussetzen, wir haben in der Bürgerschaft schon wiederholt darüber diskutiert, zuletzt als es um das Thema der öffentlich geförderten Beschäftigung für ältere Arbeitslose ging.

Nur einmal zur Erinnerung, wie die Situation ist: Der Begriff „ältere Arbeitnehmer“ ist unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten eben nicht deutlich abzugrenzen. Statistisch gesehen gehören zu dieser Gruppe all diejenigen, die älter als 55 Jahre sind, das bedeutet im Land Bremen im November einen Anteil von 17,8 Prozent an der Gesamtarbeitslosigkeit, darunter im Übrigen 40 Prozent Frauen. Herr Teiser ist erleichtert, also unter die statistische Gruppe fällt er noch nicht.

(Heiterkeit – Abg. T ö p f e r [SPD]: Mach doch eine Sprechpause!)

Leider ist aber auch Tatsache, dass schon in jüngeren Jahren die Chancen für arbeitslose Arbeitnehmer auf Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt altersbedingt abnehmen, also eine völlige Entwarnung kann ich nicht geben, und, Frau Sauer, eben schon um Vierzig- oder Fünfundvierzigjährige stoßen auf

(C)

(D)

- (A) Vorbehalte bei Arbeitgebern, wenn sie mit Jüngeren um Arbeitsplätze konkurrieren müssen.

(Zuruf der Abg. Frau S a u e r [CDU])

Das Älterwerden der Erwerbsbevölkerung zeigt sich damit vor allem in einem von der konjunkturellen Belegung kaum beeinflussten Anteil Älterer an den Arbeitslosen, wobei ein weiteres typisches Merkmal dieser Entwicklung ist, dass die Arbeitslosigkeit Älterer in der Regel gleichzeitig Langzeitarbeitslosigkeit für die Betroffenen bedeutet, ein besonders herber Einschnitt dann. Alter hat von allen anderen Faktoren den größten Einfluss auf die Dauer der Arbeitslosigkeit, ein höheres Lebensalter wird damit gleichzeitig von vornherein und ohne Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit zum Ausschlussfaktor aus dem Arbeitsleben und gleichzeitig zur Einstellungsbarriere.

- (B) Die andere Seite dieser Entwicklung ist, dass das Älterwerden der Bevölkerung immer weniger im Betrieb stattfindet. Die Unternehmen koppeln sich zunehmend durch die Ausgliederung Älterer vom demographischen Wandel selbst ab. Sie tun das meiner Auffassung nach im Übrigen nicht deswegen, weil aus ihrer Sicht mit Älteren produktiv nicht gearbeitet werden kann, sie tun es vielmehr deshalb, weil man – zu Recht oder zu Unrecht – vielfach davon überzeugt ist, durch Personalabbau die wirtschaftliche Situation der Firmen verbessern zu können. Die Ausgliederung der Älteren ist dabei keineswegs die billigste Form, aber eine mit geringerer Konfliktintensität, wenn man an die Achtundfünfziger-Regelung und Altersteilzeit denkt.

Meine Damen und Herren, alle Indikatoren sprechen dafür, dass wir uns diese Entwicklungen nicht mehr leisten können, weder volkswirtschaftlich noch demographisch. Es ist eine Akzeptanzgrenze erreicht, die es uns verbietet, den bisherigen Weg einfach so weiterzugehen.

Zwei Dinge sind aus meiner Sicht vorrangig. Zum einen: Wir müssen damit anfangen, Orientierung und Verhaltensweisen der Betriebe zu ändern. Es muss erreicht werden, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in ihrer Firma oder ihrem Betrieb älter werden können, und zwar als Beschäftigte. Wir müssen dazu zu einer Versachlichung der Diskussion kommen und Vorurteile im Zusammenhang von Alter und Leistungsfähigkeit abbauen. Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer darf nicht mehr unter der Perspektive „eingeschränkte Belastbarkeit“ oder „geringere Lernfähigkeit“ diskutiert werden, denn genauso unsinnig wäre es, die Arbeit Jüngerer unter den Begriffen „fehlende Berufserfahrung“, „Fehleranfälligkeit“ oder „Unzuverlässigkeit“ zu erörtern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Zweites ist, die Möglichkeiten zu schaffen, berufliche Mobilität gerade in der zweiten Lebenshälfte noch zu verbessern. Das heißt, die Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsfähigkeit Älterer müssen noch konsequenter als bisher auf die aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik setzen. Die Beurteilung der arbeitsmarktlichen Zweckmäßigkeit von Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung darf dabei nicht in der Weise erfolgen, dass sie zu Altersdiskriminierung führt. Die öffentliche Weiterbildungsförderung darf nicht nach Restnutzungszeiten kalkuliert werden. Im Vordergrund sollte vielmehr das Werben bei Betrieben für die Vorteile der Beschäftigung Älterer und das Angebot kostengünstiger und passgenauer Qualifizierung stehen.

Nach meiner Auffassung wird ein Älterer, der eine berufliche Weiterbildung ernsthaft will, anschließend größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als ein Jüngerer, der nur widerwillig teilnimmt. Die Investition in die Arbeitsfähigkeit, zum Beispiel in Weiterbildung, muss sich für die Unternehmen rechnen, denn sprächen für die Beschäftigung und Einstellung Älterer nur soziale Gründe, dann wäre eine Verbesserung ihrer Situation auf dem Arbeitsmarkt sicherlich nicht zu erwarten.

Meine Damen und Herren, wir sind nach meiner Auffassung bei der Umsetzung der beiden von mir formulierten Forderungen auf einem guten Weg. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Situation älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt sind von den Partnern im Bündnis für Arbeit und Ausbildung gründlich erörtert worden, die einzelnen Initiativen und Ansätze, ich erinnere nur an die gemeinsame Informationskampagne für eine stärkere Inanspruchnahme des reformierten Altersteilzeitgesetzes, sind einhellig und eindeutig begrüßt worden. Insgesamt sind damit aus meiner Sicht grundsätzlich Weichen gestellt, das arbeitsmarktpolitische Klima gegenüber Älteren zu verbessern.

Wir haben weiter durch das Landesprogramm „Ältere in Arbeit“ gemeinsam mit den Arbeitsämtern die Voraussetzungen für zusätzliche Beschäftigung älterer Arbeitsloser geschaffen. Sie haben es schon gehört, Ziel des Programms für 2001 sind 450 zusätzliche Arbeitsplätze mit Schwerpunkt im ersten Arbeitsmarkt.

Wir haben drittens vor, mit dem Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm den strukturellen Rahmen um die individuelle Arbeitsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer deutlich zu verbessern. Dazu gehört aus meiner Sicht insbesondere auch eine gezielte Qualifizierungspolitik, die ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen voll einbezieht und damit ihre Position auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert. Wir müssen die Chance nutzen, ein interessantes berufserfahrenes Fachkräftepotential, das gegebenenfalls nachqualifiziert werden muss, auch zur Schließung der Fachkräftelücke besser zu nutzen.

(C)

(D)

(A) Ich habe diese drei Punkte konkret noch einmal erwähnt, um deutlich zu machen, dass wir nicht am Anfang unserer Bemühungen stehen. Wir haben Gestaltungsmöglichkeiten zur Integration älterer Beschäftigter, wir müssen diese nur konsequent und gemeinsam mit allen Partnern weiterentwickeln und umsetzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch zwei Bemerkungen machen! Die erste ist der Hinweis, dass es trotz aller Bemühungen auch weiterhin notwendig sein wird, verlässliche und existenzsichernde Auffanglinien für Ältere im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik zu schaffen beziehungsweise beizubehalten. Das Problem älterer Arbeitnehmer wird auch in Zukunft immer auch eines von Langzeitarbeitslosigkeit sein.

Zweitens: Teilweise findet man in der öffentlichen Debatte die Argumentation, dass Arbeitsplätze für Jüngere wichtiger seien als Arbeitsplätze für Ältere. Ich weiß nicht, wie man sich darüber ein Urteil bilden will, für wen ein Arbeitsplatz wichtig ist und für wen nicht. Ich warne nur vor einer Debatte, die von einem Gegeneinanderaufrechnen ausgeht – Ältere gegen Jüngere, Frauen gegen Männer, Deutsche gegen Ausländer –, ich finde solche Debatten ebenso wenig zielführend wie die politische Debatte belebend, und deswegen glaube ich, dass wir gemeinsam einen Schritt machen müssen ohne Abgrenzung der Generationen, sondern mit den Generationen gemeinsam, Arbeit für möglichst viele Menschen zu schaffen. – Danke!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/455 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/517, Kenntnis.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Komisch, die Mitteilung hat doch unseren Antrag unterstützt! Das verstehe ich überhaupt nicht!)

Dienstvergehen und Straftaten im Amt bei der Polizei Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 8. November 2000
(Drucksache 15/523)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2001

(Drucksache 15/585)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Schulte, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Böse.

Herr Senator, wünschen Sie, die Antwort des Senats auf die Große Anfrage hier mündlich zu wiederholen? – Das ist nicht der Fall.

Wird eine Aussprache gewünscht? – Das ist der Fall.

Dann treten wir in die Aussprache ein.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei dem Thema, das wir als Nächstes behandeln, als Erstes gern distanzieren. Ich möchte mich distanzieren von, ich ahne es voraus, Vorwürfen, die wahrscheinlich nachher kommen werden – von Herrn Herderhorst oder von Herrn Senator Schulte –, die Grünen hätten dieses Thema einmal wieder auf die Tagesordnung gesetzt, um die Polizei schlecht zu machen und den Ruf der Polizei zu diffamieren. Das ist komplett falsch, und Sie werden an meiner Rede auch sehen, dass Sie mit dieser Begründung oder mit dieser Richtung heute hier in dieser Debatte am besten nicht weiter verfahren sollten.

In jeder Organisation und eigentlich sogar in jedem Verbund von Menschen, egal, ob er größer oder kleiner ist, gibt es ganz unterschiedliche Persönlichkeiten, unterschiedliche Charaktere, da gibt es auch bei der Polizei welche, da ist es genauso, die möglicherweise schon mit vielleicht nicht ganz so vornehmen Absichten in diese Organisation eintreten. Es gibt welche, die unter Stress und Druck im Laufe der Jahre ihre Einstellung und dann anschließend

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) ihr Verhalten in negativer Hinsicht verändern, und es gibt welche, die unter Gruppendruck, und darauf werde ich nachher noch zurückkommen, in ein bestimmtes negatives Verhalten hineingezogen werden. Das, und das möchte ich als Allererstes sagen, ist überhaupt nichts Besonderes, ist etwas ganz Normales und in jeder Organisation so. Die politische Debatte muss im Grunde nur darum gehen, wie wir damit umgehen, wenn wir dieses Fehlverhalten dann tatsächlich erkennen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei der Polizei aber, im Unterschied zu Familien oder sonstigen Organisationen und Verbänden, kommt noch eine ganze Reihe von anderen heiklen Aspekten dazu, die dieses Thema in der Tat politisch brisant machen. Wir brauchen ja nur die Presse nicht nur in Bremen, sondern im Grunde genommen in allen Teilen dieses Landes zu verfolgen, wir haben immer wieder ähnliche Debatten. Bei der Polizei kommt hinzu, dass sie Träger des staatlichen Gewaltmonopols ist, von allen so gewollt, aber damit natürlich auch in einer ganz besonderen Verantwortung steht, weil sie das Organ des Staates ist, das als Einziges selbst, zumindest im Landesinnern, legitimerweise Gewalt anwenden darf.

- (B) Hinzu kommt, dass die Beamten, vor allen Dingen, wenn man die in Bremen kontinuierlich sinkende Stellenzahl bei der Polizei betrachtet, das geht jetzt schon über viele Jahre und über viele Innensensoren hinweg, natürlich auch durch die Ausübung ihres Berufes in einer sehr schwierigen Lage sind, was oft mit Stress und Druck und gar nicht so selten auch mit lebensbedrohlichen Gefahrensituationen zu tun hat. Je weniger Polizeibeamtensstellen wir in dieser Stadt oder unserem Land, in unseren beiden Städten, haben, desto schwieriger ist diese Situation.

Es kommt auch noch ein dritter Punkt hinzu, der die Ausnahmestellung der Polizei begründet. Das ist der Punkt, dass, sollte sich eine Bürgerin oder ein Bürger über einen Polizisten oder eine Polizistin beschweren wollen oder ein Problem haben, er sich dann nur wieder an eine Organisation wenden kann, um sich darüber zu beschweren, und das ist natürlich – Sie erraten es – auch wieder die Polizei. Das ist auch ein ungewöhnlicher Zustand. Das heißt auch, dass es eine ganze Menge Gründe gibt, hier heute über Dinge zu reden, die auch in Bremen seit langem Thema sind und auch politisches Handeln erfordern.

Es geht also nicht um das Verhalten von Polizeibeamten generell oder pauschal, sondern es geht sehr konkret, und das ist mir wichtig, und sehr präzise um die Frage: Wie geht Polizeiführung und politische Führung von Polizei, spricht der Innensenator, mit Vorwürfen, Anschuldigungen oder auch tatsächlichen Übergriffen von Polizeibeamten um, und wie verhalten sie sich eben gegenüber dieser bereits

- erwähnten Sonderstellung und schwierigen Aufgabe der Polizei? (C)

Die Beantwortung dieser Frage ist ganz entscheidend dafür, ob in der Bevölkerung die Polizei im Wesentlichen als Freund und Helfer und Unterstützer gesehen wird oder ob die Polizei, wie das auch in vielen Fällen geschehen ist, Vertrauen verspielt, das hinterher wieder neu aufgebaut werden muss und eher Resignation bei der Bevölkerung fördert. Dies ist wahrscheinlich, wenn man sich die Funktion eines Innensensors und der Polizeiführung anschaut, eine der schwierigsten Aufgaben von Polizeiführung überhaupt.

Zunächst muss man in dieser Debatte und in dieser Frage ein klares Minus verteilen. Wir alle konnten im „Weser-Kurier“ vom 6. Januar 2001 lesen, dass der Polizeipräsident empfohlen hatte, die in unserer Großen Anfrage abgefragten Daten und Informationen nicht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hier liegt schon so ein Punkt vor, wo man sagen kann, Vertrauen in Polizei kann nicht dadurch entstehen, dass Heimlichtuerei und Verschweigen von Informationen geschieht, sondern dass man alle diese Dinge auch gerade transparent an die Öffentlichkeit bringt. Es ist begrüßenswert, dass der Innensenator der Empfehlung seines Polizeipräsidenten nicht gefolgt ist und hier die Daten vollständig veröffentlicht hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Es gibt in jüngster Zeit auch in Bremen wieder konkrete Anlässe, und darum geht es ja, es geht ja nicht um abstrakte theoretische Diskussionen, sondern um Menschen, die zusammenkommen, wo etwas passiert und hinterher Aufklärung gefragt ist, die Anlass für solche Anfragen, Debatten und auch für die nötigen politischen Konsequenzen geben. Die meisten von uns werden sich an die doch sehr bewegenden Bilder erinnern, die nach der Silvesternacht des Jahres 1999 auf das Jahr 2000 in allen Bremer Zeitungen veröffentlicht wurden, auf denen ein doch recht stark zusammengeschlagener Mann zu sehen war, der in dieser Nacht aktiven Kontakt mit Beamten hier im Bereich der Stadtmitte hatte.

Es geht hier in dieser Debatte um politische Konsequenzen, und es geht in keinem Fall um Schuldzuweisungen, das muss an anderer Stelle geklärt werden. Es ist in der Debatte deswegen auch sehr zu begrüßen, weil man von Feindbildern ein ganzes Stück wegkommt, dass dieser junge Mann, um den es da ging, von vornherein sein eigenes Fehlverhalten in der Situation zugegeben hat und ganz offen damit umgegangen ist, so dass wir nicht in die Lage kommen, nun über einseitige Dinge zu reden. Es war ganz klar, dass er selbst auch einen Beitrag zu dieser Lage geleistet hat. Es wurde aber durch die Untersuchungen, die später eingeleitet worden sind, natürlich auch klar, und das haben die Bilder auch

(A) schon gezeigt, dass er sich ziemlich unmöglich selbst so schwere Verletzungen in dieser Silvesternacht beigebracht haben konnte. Es ist dann ja auch eine sehr ausführliche Ermittlung in Gang gebracht worden.

Sie werden sich erinnern, und der Innensenator hat das in den entsprechenden Gremien auch mehrfach bestätigt, dass der Vorgang an sich, das heißt, dass Polizisten hier in doch wirklich nicht zu vertretender Form diesen jungen Mann, auf gut Deutsch gesagt, zusammengeschlagen hatten, nur deswegen nicht zu mehr Verurteilungen geführt hat, weil zwar der Tathergang an sich rekonstruiert werden konnte, aber die Tatbeteiligung Einzelner nicht zugeordnet werden konnte und deswegen nur zwei Beamte mit Geldbußen davonkamen und die anderen freigesprochen worden sind. An der Tatsache, dass es sich hier um einen solchen Vorgang handelte, wurde kein Zweifel gelassen.

Man konnte auch, das nur als ein weiteres Beispiel, am letzten Dienstag der Presse entnehmen, dass ein mit 2,4 Promille Auto fahrender Hauptkommissar der Bremer Polizei nicht nur einen anderen Autofahrer behindert hat, sondern diesen Zeugen dann auch massiv im Anschluss bedroht hat. Auch hier musste dieser Bürger, was bleibt ihm anderes übrig, zu seinem Schutz die Polizei holen. Angeblich, und ich sage das unter großem Vorbehalt, ich zitiere nur die Presse, die das am Dienstag dieser Woche geschrieben hat, sind die ankommenden Polizeibeamten diesem Bürger entgegengetreten mit der Bemerkung, gegen Polizisten sagt man nicht aus.

(B) Dass es auch anders geht, und jetzt komme ich einen Schritt weiter, zeigt ein anderes Beispiel. Ein Schriftwechsel, den ich hier vorliegen habe, und da komme ich dann zu der Frage, welche politischen Signale gehen hier auch von den Verantwortlichen aus, zeigt ein Beispiel, bei dem sich Polizeiführung und Verantwortliche vollkommen anders verhalten haben. In den zurückliegenden Tagen wurde ein junger Mann in Bremen-Nord zu Unrecht verdächtigt, in einer Gaststätte mit Waffen hantiert zu haben, und wurde im Regen einige Minuten gefesselt auf den Boden gelegt, getreten und dann anschließend wieder freigelassen mit der Bemerkung, die auch hinterher so bestätigt wurde, dann leg dich nicht gleich wieder in den Regen, und jetzt hau einmal ab!

Ich glaube, wir sind uns einig, dass solche Vorgänge, wie sie immer wieder vorkommen, nicht gerade zu Enthusiasmus bei jungen Menschen über die Polizei und auch nicht gerade zu Vertrauen in die so genannte Staatsmacht führen. Was aber die Welt dieses jungen Mannes, und deswegen habe ich das als positives Beispiel gebracht, anschließend wieder in Ordnung brachte, und darauf kommt es jetzt an, und da kommen wir auch zu den politischen Konsequenzen, war ein Brief des zuständigen Kommandoführers des SEK, der diesen Einsatz durchgeführt

hat. Ich habe diesen Brief auch hier. Ich finde, hier wird vorbildlich gezeigt, wie man mit solchen Situationen, die ja passieren können, umzugehen hat. Dieser Kommandoführer des SEK schreibt dem jungen Mann nämlich einen Brief, entschuldigt sich erstens für diesen Vorgang, klärt ihn über die Zusammenhänge des ganzen Einsatzes auf, bietet an, die Kleidung auf Kosten der Polizei reinigen zu lassen, und bietet ihm darüber hinaus noch ein persönliches Gespräch an. Ich denke, damit ist das auch, und ich habe selbst mit dem jungen Mann gesprochen, für diesen jungen Mann so letztendlich in Ordnung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist also, wenn man jetzt in etwa das Problem umrissen hat, die innenpolitische Botschaft der Grünen in dieser Debatte über Übergriffe von Polizisten gegenüber Bürgern? Ich versuche das in einigen wenigen Punkten konzentriert zusammenzufassen. Wenn Sie alle Polizeien der Welt anschauen, sagen wir einmal von Bremerhaven bis Los Angeles, nur um ein Beispiel zu bringen, dann werden Sie feststellen, dass derartige Übergriffe auch von Polizisten immer wieder vorkommen werden und dass sie sich nie ganz ausschließen lassen. Polizeiführung und auch politische Führung haben also immer einen Handlungsbedarf in dieser Frage. Es gibt keine Polizei der Welt, bei der Sie dies von vornherein ausschließen können.

(Abg. Knäpper [CDU]: Grüne Politiker haben auch auf Polizisten eingeschlagen!)

Wie konnte ich das vergessen! Herr Knäpper, vielen Dank!

(Abg. Knäpper [CDU]: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!)

Genau!

(Abg. Knäpper [CDU]: Und sich dann hier als Moralapostel hinzustellen!)

Sie haben meine Rede bis dahin leider überhaupt nicht verstanden, aber ich kann Ihnen da wahrscheinlich nicht besonders weiterhelfen. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie sicher auch verstanden, was ich hier sagen wollte! Da ist dann wahrscheinlich wenig zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Die Redezeit läuft ab, Herr Abgeordneter!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich komme zum Schluss! Es ist also aus der Sicht der

(C)

(D)

(A) Grünen entscheidend, wie sich Politik und Polizeiführung in dieser Situation verhalten. Das nur zum Abschluss und das nur als Botschaft hier auch im Rahmen dieser Debatte über diese Große Anfrage! Stellen sie sich reflexartig vor die Polizei, wehren alle Anschuldigungen ab, diffamieren diejenigen, die diese Anschuldigungen erheben, oder begeben sie sich in eine Situation, in der sie erst einmal neutral und objektiv prüfen und Signale in den eigenen Polizeibereich hinein senden, dass sie objektiv, neutral und straf- und disziplinarrechtlich, rechtsstaatlich diese Dinge verfolgen?

Ich glaube, dass diese Signale ganz und gar wichtig sind, wie sie in die Polizei hineingehen von Polizeiführung und Politik. Da hat es in Bremen des Öfteren gerade falsche Signale gegeben, auch in der Deputation, wenn wir dieses Thema angesprochen haben. Dann steht allerdings zu befürchten, dass dies nicht den Bürgern oder wem auch immer schadet, sondern letztendlich wird es in der letzten Konsequenz dem guten Ruf der Polizei schaden, schwarze Schafe nicht von vornherein konsequent anzugehen. Es wird dem Versuch der Polizei schaden, der in Bremen ja begonnen hat, nun auf dem Wege der bürgerfreundlichen Polizei, der Polizeireform eine ganz andere Öffnung und ein ganz anderes Verhältnis zum Bürger zu bekommen. Das heißt, wir haben es mit einem zentralen Baustein bremischer Polizeipolitik zu tun. Hier wäre ein entsprechendes Verhalten auch des Innensensors gerade in den genannten Beispielen nötig gewesen. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Dr. Güldner, Sie haben eben ausgeführt, was die Botschaft der Anfrage ist. Ich habe es erst auch nicht so richtig verstanden, was jetzt Ihre Botschaft war. Jedenfalls haben Sie sich in Ihrem ersten Satz widersprochen, in dem Sie sagten, Sie wollten hier jetzt nicht die Polizei diffamieren. Ich habe schon Angst bekommen, dass jetzt mein Manuskript durcheinander kommt, aber ich konnte mich dann im letzten Teil Ihrer Rede wieder beruhigen, dass ich das doch relativ sicher vorbe-reitet habe.

Es ist schon bemerkenswert, wie Sie aus nichts hier einen Kuchen backen, Herr Dr. Güldner, das muss ich Ihnen einmal ehrlich sagen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sagen Sie das einmal den Betroffenen!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich komme gleich dazu, aber wir müssen auch die Relation sehen!

Ihre Große Anfrage heißt „Dienstvergehen und Straftaten im Amt bei der Polizei Bremen“. Die Grünen und die Polizei, das ist ja auch eine Geschichte von Irrtümern und Missverständnissen.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss Ihnen schon ehrlich sagen, ich bin ein wenig enttäuscht, ich hatte auch angenommen, dass Sie da schon ein bisschen weiter sind. Spätestens nach Ihrem Bielefelder Parteitag müssen Sie doch die Vorzüge einer gut funktionierenden Polizei begriffen haben.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Darum geht es gerade gar nicht!)

Nun gibt es ja grundsätzlich keine falschen Fragen. Es gibt aber Fragen, die Tendenzen aufzeigen, was man damit beabsichtigt. Wieder einmal versuchen Sie, die Polizei und die Arbeit ihrer Beamten zu diskreditieren. Sie haben dem jetzt zwar widersprochen im ersten Satz, aber in Ihrer weiteren Rede hat sich das ganz deutlich gezeigt. Sie versuchen, die Beamtinnen und Beamten als Prügelgruppe darzustellen, oder bei Ihnen sagt man ja Putzgruppe.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, das kann man ja auch nicht glauben, Sie haben sich ja widersprochen!

Gestern in der Debatte über die Große Anfrage zur Kattenturmer Heerstraße haben Sie noch geäußert, dass man mit Fragestellungen Bürger in ein schiefes Licht rücken kann. Was machen Sie denn hier? Das ist doch genau das Gleiche. Es hat aber auch dieses Mal wieder nicht geklappt!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben es ja schwarz auf weiß. Unsere Polizei ist gut, gesetzestreu und steht mitten im Leben. Das sage ich hier aus voller Überzeugung!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit einigen Ausnahmen!)

Dazu komme ich noch! Ich habe extra „unsere Polizei“ gesagt, weil ich aus eigenen Erfahrungen und Gesprächen mit vielen Bürgern weiß, dass eine hohe Akzeptanz und Zufriedenheit mit der Arbeit unserer Polizei besteht. Dies liegt nicht zuletzt an der Tatsache, dass unter christdemokratischen Innense-

(C)

(D)

(A) natoren die Polizei wieder präsent auf der Straße und somit im Bewusstsein der Bevölkerung ist.

(Beifall bei der CDU)

Selbst in Schulen sind die Polizisten wieder gern gesehene Gäste und leisten wichtige Präventionsarbeit. Das war nicht immer so in diesem Land! Hier ein Plausch an der Ecke, da ein Schnack auf dem Wochenmarkt, damit kann man auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Leute wieder nachhaltig steigern, und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU)

Das KOP-Projekt ist ein gutes Beispiel, ein eindeutiger Beweis für gute Polizeiarbeit und hoffentlich auch bei Ihnen unbestritten. Dafür brauchen wir hoch motivierte und gut ausgebildete Polizeibeamte, die Rückendeckung und keine Diffamierung brauchen. Des Weiteren ist, um eine gute Arbeit zu gewährleisten, nicht nur eine ausreichende materielle und personelle Ausstattung erforderlich, sondern es muss eine Vertrauensbasis auf beiden Seiten vorhanden sein. Ein entscheidender Punkt ist für mich ein klares Bekenntnis der Politik zu unserer Polizei. Wir bekennen uns zu unserer Polizei, bei Ihnen vermissem ich dieses Bekenntnis, und ich werde das Gefühl nicht los, dass Sie immer noch Sozialpädagogen haben wollen, die das dann mit den Kriminellen diskutieren. Anders kann ich das nicht deuten.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich auch zu Ihrem Punkt. Ich weiß ja, worauf Sie hinaus wollen. Die Ausübung des Gewaltmonopols für diesen Staat bedeutet für jeden einzelnen Polizeibeamten, dass er ständig in Konfliktsituationen gerät und diese schlichten soll. Somit ist die Anwendung unmittelbaren Zwangs in Einzelfällen erforderlich. Da dies nicht automatisch von Betroffenen ebenfalls so distanziert gesehen wird, ist die gerichtliche Fortsetzung des Streits im Gerichtssaal nachvollziehbar. Wir glauben allerdings fest daran, dass auch für Polizeibeamte die Unschuldsvermutung gilt und die Zustände in Bremen in den letzten Legislaturperioden gezeigt haben, dass die Beamten einen Anspruch auf Vertrauen haben. Dies gilt für eine rechtsstaatlich orientierte und demokratische Polizei. Mit den vorgelegten Bilanzen und den Ergebnissen der Bürgerbefragung wird deutlich, dass die Bremer Polizei diesen Ansprüchen mehr als gerecht wird.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Bild werden Sie auch nicht durch noch so akribisch konstruierte Hirngespinnste demontieren!

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d -
n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben
ja gar keine Ahnung!)

Nein, deswegen rede ich ja hier!

(C)

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen –
Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die
Grünen]: Das haben wir uns gedacht!)

Hauptsache, dass Sie Ahnung haben!

Nun möchte ich Ihre Irrtümer auch mit Fakten verdeutlichen. Das andere war die Vorprosa, jetzt kommen wir zu den Fakten. Sie fragen nach den Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes von Dienstvergehen. Selbst diese Zahl, im letzten Jahr waren es 81 Fälle, die noch völlig ohne Aussagekraft sind, denn zu einem Ermittlungsverfahren kommt man ja schneller als die Jungfrau zum Kind, finde ich sehr gering bei zirka 86 000 zu bearbeitenden Straftaten. Aber es kommt noch besser! Es kam im letzten Jahr zu wenigen Anklageerhebungen, die jeweils zu keiner Verurteilung führten. Im vorletzten Jahr war es genauso, und in den vorherigen Jahren ähnlich. Bei der Einleitung und den Ergebnissen von Disziplinarverfahren sieht es genauso gut aus. Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich und sollten Sie, liebe Grüne, überzeugen.

Jeder Vorfall ist einer zu viel, das möchte ich hier auch klar feststellen, und jedes Vergehen muss klar und eindeutig aufgeklärt werden und gegebenenfalls auch zu einer Bestrafung führen. Es darf aber nicht bei jeder einzelnen Verfehlung zur pauschalen Verurteilung der Polizei und ihrer angeblichen Machenschaften kommen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Diese Polizei, die Sie jetzt seit 30 Jahren mit verbalen und handfesten Argumenten bekämpfen, gibt es nicht mehr, und in Bremen sowieso nicht. Ich habe mich einmal schlau gemacht, wie das in anderen Bundesländern ist. In Berlin hat die PDS ja die gleiche Frage in das Parlament eingebracht, und unsere Polizei steht da schon sehr gut da. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Befreien Sie sich endlich aus Ihrem ideologischen Käfig! Es tut der Polizei gut und Ihnen auch.

(Beifall bei der CDU)

Aus meiner Sicht hat die Polizei sehr frühzeitig auf die Diskussion über Innenrevision – unter anderem lag das ja auch an den Fällen, die in Hamburg passiert sind – reagiert und in Bremen eine Polizei der Polizei eingerichtet. Diese Einrichtung war damals Neuland. Das Ergebnis zeigt, dass man der Polizei für diesen Weg dankbar sein muss. Ziel ist es insbesondere, die Situation zu vermeiden, dass Kolleginnen und Kollegen, die im täglichen Dienst zusammenarbeiten, gegeneinander ermitteln müssen.

Die Leitung der Bremer Polizei wollte mit der Einrichtung das klare Signal setzen, was Sie ja auch

(A) immer meinen, dass schwarze Schafe innerhalb der Polizei nicht geduldet werden. Damit wir uns auch ganz klar verstehen, Beamte, die in diesem Zusammenhang ermitteln müssen, haben die volle Rücken- deckung des Innensensors sowie des Polizeipräsidenten. Allein die Einrichtung einer Innenrevision zeigt eine generalpräventive Wirkung.

Ein weiteres Vorurteil, das Sie seit Jahren pflegen, ist der Umgang der Polizei mit Ausländern. Herr Dr. Güldner, was meinen Sie eigentlich in Ihrer Anfrage mit anderen Merkmalen? Brillenträger? Das habe ich nicht so ganz verstanden, vielleicht können Sie das einmal erklären. Auch hier gibt es aber eine klare Antwort des Senats. Verhältnismäßig viele Afrikaner, die im Verdacht des Drogenhandels festgenommen wurden, so genannte Straßendealer, haben Übergriffe angezeigt. Das ist ja im Grunde genommen auch eine clevere Taktik, erst einmal abzulenken. Ich gehe aber einmal davon aus, dass diese Leute am Bahnhof oder an anderen Schwerpunkten festgenommen wurden, nicht an der Universität. Ansonsten hat der Senat keine Auffälligkeiten festgestellt.

(B) Die Bremer Polizei steht unverrückbar in der Mitte der Gesellschaft, und wir lassen nicht zu, dass sie an den Rand gedrängt wird. Auch auf Initiative der CDU-Fraktion wurde in dieser und der letzten Legislaturperiode vieles eingeleitet, damit wir uns in punkto innerer Sicherheit vom Tabellenende Schritt für Schritt nach oben kämpfen. Dazu gehört eine moderne Kriminalitätsbekämpfungsstrategie, aber auch der Einbau von Sicherungs- und Kontrollinstrumenten, um die Rechtsstaatlichkeit der Bremer Polizei und Verwaltung zu sichern. Aus diesem Grund wurden neben der polizeilichen Innenrevision Konzeptionen zur Vermeidung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung erarbeitet und umgesetzt. Zu diesen Bausteinen gehören Korruptionsbeauftragte, Verwaltungsvorschriften über die Annahme von Belohnungen und Geschenken sowie Richtlinien zur Einrichtung von Innenrevisionen. Des Weiteren wurde eine zentrale Antikorruptionsstelle beim Senator für Finanzen eingerichtet.

All das macht deutlich, dass wir in diesem Feld unsere Hausaufgaben gemacht haben, im Gegensatz zu der Zeit vor unserer Regierungsbeteiligung, und wir keiner oberlehrerhaften Belehrungen bedürfen. Das heißt nicht, dass wir in Einzelfällen unsere Augen verschließen, aber wir sollten doch bitte nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Großen Anfrage „Dienst-

vergehen und Straftaten bei der Polizei Bremen“ vom Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen- Nummer 15/523 geht es Bündnis 90/Die Grünen einzig und allein darum, unsere Bremer Polizeibeamtinnen und -beamten in einer schamlosen Art und Weise in Misskredit zu bringen. Sie versuchen, mit Ihrer unnötigen Großen Anfrage der Bevölkerung zu suggerieren, dass quasi im Lande Bremen Dienstvergehen und Straftaten unserer Polizeibeamten an der Tagesordnung wären, und nun müsste unsere Bevölkerung ausgerechnet durch Ihre Große Anfrage, durch parlamentarische Gegenmaßnahmen vor zahlreichen Straftaten, Übergriffen und Dienstvergehen von Polizeibeamten dringend geschützt werden.

Meine Damen und Herren, das ist ja wohl lächerlich! Ihre Große Anfrage ist eine Beleidigung aller Polizeibeamten, und ich sage Ihnen im Namen der Deutschen Volksunion, dass die DVU es nicht zulässt, dass unsere Polizeibeamten ausgerechnet vom Bündnis 90/Die Grünen hier beleidigt werden. Dass Bündnis 90/Die Grünen ein gestörtes Verhältnis zu unseren Polizeibeamten hat, ist bei Ihrer Vergangenheit und der Vergangenheit einiger Abgeordneter vom Bündnis 90/Die Grünen als ehemalige linke Demonstranten nicht verwunderlich. Mir ist eine Berichterstattung von „Buten un binnen“ anlässlich einer gewalttätigen Demonstration bezüglich einer Versammlung der Republikaner in der Bremer Stadthalle noch sehr gut in Erinnerung, wie sich der damalige grüne Abgeordnete Martin Thomas auf die Seite gewalttätiger Demonstranten gestellt hat und gegenüber einem älteren Polizeibeamten schäbig, frech, rotzfroh, arrogant und anmaßend verhalten hat.

Meine Damen und Herren, wenn so Ihre politische Rückendeckung für unsere Polizeibeamten aussieht, dann können unsere Polizeibeamten nur noch beten. Dass eine solche Anfrage – ausgerechnet eine solche Anfrage! – vom Bündnis 90/Die Grünen hier eingebracht wird, verwundert mich überhaupt nicht. Wenn wir hier und heute über angebliche Dienstvergehen und Straftaten im Amt bei der Polizei Bremen debattieren, dann müssen wir uns erst recht bei dieser Großen Anfrage über tatsächliche Straftaten und Verfehlungen maßgeblicher Politiker unterhalten! Wir haben heute den grünen Außenminister Fischer, der ein bisschen gesteht und alles verschweigt. Tatsache aber ist, dass er als ehemaliger gewalttätiger Straßenkämpfer selbst auf Polizeibeamte eingeschlagen, -geprügelt und -getreten hat! In meinen Augen ist der damalige Einpeitscher und Aufheizer Fischer der geistige Brandstifter dafür, dass Polizeibeamte schwer verletzt wurden und durch Molotowcocktails Verbrennungen erlitten haben. Der Polizeibeamte Weber leidet heute noch an diesen schweren Verbrennungen.

(Glocke)

(A) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Herr Abgeordneter, mäßigen Sie sich in Ihren Äußerungen und Behauptungen, die sich hier nicht belegen lassen!

Abg. **Tittmann** (DVU): Aber ich bitte Sie, Herr Präsident! Das können Sie überall nachlesen!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Ich habe Sie aufgefordert, sich zu mäßigen! Wir sind in einer Debatte, und ich fordere Sie auf, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen.

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich mäßige mich schon! Seien Sie froh!

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

Zudem soll Außenminister Fischer laut einem Artikel der „Sunday Times“ Anfang der siebziger Jahre Waffen und Sprengstoff in einem Frankfurter Haus gelagert haben. Heute trinkt dieser Fischer lieber Cocktails, als dass er sie vielleicht schmeißen lässt. Dieser ehemalige Straßenkämpfer ist wahrlich kein gutes Vorbild für unsere Jugend. Hierzu sollte Bündnis 90/Die Grünen einmal eine Große Anfrage einbringen! Bei einem solchen Vorbild brauchen Sie sich über eine steigende Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft jedenfalls nicht zu wundern!

(B) Meine Damen und Herren, dass Ihre Anfrage völlig unnötig ist und der Sache nicht gerecht wird, zeigt die veröffentlichte Statistik zu Dienstvergehen bei der Polizei Bremen. Da schreiben die „Bremer Nachrichten“, Herr Präsident, ich darf zitieren: „1999 wurde in 81 Fällen gegen Polizisten ermittelt. 1998 waren es 86, 1997 84. Zweiunddreißigmal wurden Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt angezeigt. Siebenmal wurden sie der Freiheitsberaubung beschuldigt“ – ich sage beschuldigt! –, „je fünfmal der Beleidigung und der Strafvereitelung, viermal wurden Polizeibeamte des Diebstahls verdächtigt. In der Senatsvorlage stellt der Innensenator zudem fest, dass nach Auskunft vieler leitender Beamter verhältnismäßig viele Polizeibeamte von Afrikanern angezeigt werden, die demnach auch mit Drogen gehandelt haben sollen. Zudem lasse sich allgemein feststellen, dass in der Auseinandersetzung zwischen Bürgern und Polizei nicht selten beide angezeigt werden. Eine Sonderzuständigkeit bei der Staatsanwaltschaft für Ermittlungen gegen Polizeibeamte hält das Innenressort für überflüssig.“

Meine Damen und Herren, aus dieser Statistik geht für mich eindeutig hervor, dass erstens eine Sonderzuständigkeit bei der Staatsanwaltschaft für Ermittlungen gegen Polizeibeamte wegen Geringfügigkeit völlig überflüssig ist, zweitens, dass verhältnismäßig viele angebliche polizeiliche Übergriffe von kriminellen afrikanischen Drogendealern angezeigt wurden. Das heißt also, es können sich hier in Deutsch-

land sogar straffällige Ausländer erlauben, Polizeibeamte wegen angeblicher Übergriffe anzuzeigen. Wenn Sie die Dokumentation über die ohnehin schon schwere und lebensgefährliche Arbeit unserer Polizeibeamten anschauen, zum Beispiel in Hamburg-St. Georg – ich kann Ihnen gern Aufzeichnungen zu Verfügung stellen –, können Sie genauer mitverfolgen, was unsere Polizeibeamten sich alles von ausländischen Drogendealern und Scheinasylanten gefallen lassen müssen. Zum Beispiel müssen sie sich anspucken lassen, und Beleidigungen wie zum Beispiel „Nazischwein“, gewalttätige Übergriffe, körperliche Angriffe und so weiter sind an der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, diese Tatsache ist eine Schande, ein Skandal einer unverantwortlichen Politik aller etablierten Parteien gegenüber unseren Polizeibeamtinnen und -beamten! Unsere Polizeibeamten brauchen keine betroffenen Wischiwaschireden, was sie brauchen, ist politischer Rückhalt, den Sie ihnen nicht geben. Sie brauchen erst recht keine solche Große Anfrage, eine diffamierende Anfrage.

Darum rate ich Ihnen dringend: Lassen Sie unsere Polizeibeamten bei ihrer ohnehin schon lebensgefährlichen Arbeit nicht noch länger im Stich! Den Abgeordneten vom Bündnis 90/Die Grünen möchte ich dringend raten: Versuchen Sie nicht noch einmal, unsere Polizeibeamten mit einer solchen Anfrage durch den Dreck zu ziehen! Das haben unsere Polizeibeamten nicht verdient. Die Deutsche Volkunion jedenfalls steht hundertprozentig hinter unserer Polizei. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Freitag.

Abg. **Freitag** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auslöser dieser Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war eine Diskussion in der Innendeputation im Oktober letzten Jahres über ein in der Öffentlichkeit diskutiertes Strafvermittlungsverfahren in einem Einzelfall. Im Rahmen dieser Diskussion hatte die Fraktion der SPD den Antrag gestellt, dass über mögliche Verfehlungen von Polizeibeamten eine Statistik aufgestellt wird. Tut sich dort ein Problemfeld auf oder nicht? Wir wussten es nicht, und deshalb kam von der SPD-Fraktion der Wunsch nach einer solchen Statistik. Zu der Anfertigung der Statistik kam es dann nicht mehr, weil die Grünen eben diese Anfrage stellten.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, bevor ich zu der Stellungnahme der Senats zu den Fragen der Grünen zu sprechen komme, zunächst eine Vorbemerkung! Auch losgelöst von dem zuvor angesprochenen Einzelfall ist die Unterrichtung und die schriftliche Darlegung über Vorkommnisse bei der Polizei richtig und wichtig. Da unterstütze ich die Grünen. Ohne dass aber damit unterschwelliges Misstrauen formuliert wird gegenüber den Poli-

(C)

(D)

(A) zeibeamteten, das muss ich auch nachdrücklich hier erwähnen!

(Beifall bei der SPD)

In unserem Staat gibt es, und das geht zurück auf eine zirka 300 Jahre lange Geschichte, ein Prinzip, hinter dem wir uns wohl alle versammeln können, das ist das Prinzip des Gewaltmonopols des Staates. Damit einher geht die Gewaltenteilung. Wenn nun der Staat ein Monopol hat, tätig zu werden, handelt er natürlich nicht selbst, sondern durch seine Amtswalter. Dann kann es zu Übergriffen kommen, es handeln schließlich Menschen.

Die Amtswalter haben Befugnisse, die wir nicht haben. Sie haben die Befugnisse, in die körperliche Unversehrtheit einzugreifen, sie haben die Befugnis, Freiheitsrechte zu beeinträchtigen, das alles natürlich nur aufgrund von Gesetzen. Ob die Gesetze eingehalten werden oder auch nicht, das ist eine überwachende Aufgabe, die wir hier vorzunehmen haben. Aufgrund der Gewaltenteilung haben wir zu überprüfen, ob denn auch der Staat mit seinen Amtswaltern seine Macht nicht missbraucht. Das vorweg, und ich denke auch, die betroffenen Polizeibeamten wissen das und akzeptieren das. Das ist ja auch ihr Wunsch, dass dies alles transparent bleibt.

(B) Nach diesem kleinen Exkurs ins Grundsätzliche nun zur Stellungnahme des Senats! Herr Dr. Güldner, bei Ihnen fehlt eine gänzliche Einlassung auf die Beantwortung Ihrer Anfragen. Sie haben zwar Einzelfälle benannt und ausgewählt, und anhand dieser Einzelfälle haben Sie versucht darzustellen, dass es Problembereiche gibt. Diese Problembereiche kann ich beim besten Willen anhand der Stellungnahme des Senats nicht erkennen. Sie haben sehr differenzierte Fragen gestellt, und der Senat ist auch sehr differenziert auf diese Fragen eingegangen, und ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich mit diesen Antworten auseinander gesetzt hätten.

Es fällt auf bei der Stellungnahme des Senats, dass zwei Deliktbereiche bei der Aufzählung der Ermittlungsfälle des Verdachts von Dienstvergehen besonders betroffen sind. Zum einen trifft es Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit und zum anderen Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Das ist für mich zunächst einmal nicht überraschend, stehen sie doch in einem engen Zusammenhang mit der Tätigkeit von Polizeibeamten. Die Menge aller Fallzahlen – ich glaube, es war von etwa 80 im Jahr 1999 die Rede, und für 1998 waren es etwa gleich viele Fälle – sagt noch nicht so viel aus, bis auf den Umstand natürlich einer bestimmten Menge.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Es stellt sich die Frage, ob es sich bei den einzelnen Sachverhalten um situative Fehlleistungen nur

(C) handelt, um dynamische Prozesse in Konfliktsituationen, in die man sich als Polizeibeamter mangels professioneller Distanz zu dem, was passiert, hineinsteigert, um Dienstübereifer oder was auch immer, oder aber, und das wäre für mich Anlass zu großer Besorgnis, deuten hier Sachverhalte auf eine kalte Aggression, das heißt auf gezielte Übergriffe, der Polizei hin? Das ist die für mich entscheidende Frage.

Dazu hat nun der Senat nichts gesagt, aber gleichwohl ist die Antwort des Senats schlüssig, denn wenn ich sehe, dass 86 Anzeigen eingereicht worden sind, es aber zu keiner Verurteilung gekommen ist, dann ist anscheinend nicht so sehr viel daran. Es hat sicherlich auch Einstellungen gegeben nach den Paragraphen 153 und 153 a StPO, einmal wegen Geringfügigkeit, einmal Einstellungen nach Erfüllung von Auflagen. Ich glaube, es waren einmal sechs und einmal zwölf, also auch nicht so sehr viele. Für mich ist eben damit bewiesen, dass die Polizei im Großen und Ganzen sauber arbeitet.

(D) Wenn Sie, Herr Dr. Güldner, sagen, was soll denn der Bürger machen? Wenn ihm etwas passiert, muss er ja, auch wenn es gegen die Polizei selbst gerichtet ist, die Polizei aufsuchen. Das ist sicherlich richtig. Nur, bei Einstellung von Verfahren hat natürlich der Bürger auch dagegen Rechtsmittel, und wenn er da nicht zum Zuge kommt, hat er nach Paragraph 374 StPO die Möglichkeit, mit der Privatklage etwas zu erreichen. Der Bürger ist da nicht auf Gedeih und Verderb immer nur auf die Polizei angewiesen. Im Übrigen, die Polizei hat auch in Bremen und Bremerhaven reagiert, indem sie besondere Dezernate eingerichtet hat, die sich mit solchen Fällen beschäftigen, und auch die Staatsanwaltschaft ist sehr sensibel, was diese Art von Fällen anbelangt.

Aufgrund der Häufigkeit dieser Fälle habe ich also nicht den Eindruck, dass wir es bei der Bremischen Polizei mit Schwierigkeiten im Bereich von Straftaten zu tun haben, das Ergebnis ist für mich respektabel. Jedoch ist wenig so gut, dass es nicht auch verbessert werden kann. Daher sind die präventiven Vorgehensweisen, die Schulung in der Ausbildung sowie auch die Konfliktvermeidungsveranstaltungen, das Training dort, das angeboten und wahrgenommen wird, stets zu optimieren, und auch die repressive Verfolgung und Begleitung der Verfahren durch die Innenrevision ist weiter zu optimieren.

Zusammenfassend: Das Thema „Dienstvergehen und Straftaten bei der Polizei Bremen“ ist weniger heikel als interessant. Die Polizei in Bremen, natürlich unter Einbeziehung auch der Polizei in Bremerhaven, ist schon ziemlich gut, was den Komplex von Dienstvergehen angeht, kann aber noch besser werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind um eine Erfahrung reicher. Selbst wenn man versucht, sehr differenziert und in allen Schattierungen des Themas wirklich bei der Sache zu bleiben, wenn man sich vorgenommen hat, reflexartig wie der Pawlowische Hund schon vorher, vorgeschrieben, auf etwas, was man erwartet, zu reagieren, hat man ganz offensichtlich bei der Fraktion der CDU in der Bremischen Bürgerschaft keine Chance auf eine differenzierte Argumentation. Das haben wir heute in dieser Debatte zumindest auch gelernt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu Herrn Tittmann nur eine Bemerkung: Es ist an sich hier nicht üblich, Namen von Leuten, die sich hier nicht vertreten oder wehren können, zu erwähnen. Ich weiß nicht, wozu Sie überhaupt in der Lage sind! Vielleicht könnten Sie sich wenigstens an solche Regeln – –.

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Ich bin zu allem in der Lage!)

(B) Das glaube ich Ihnen, das traue ich Ihnen zu! Aber wenn Sie sich wie alle anderen Abgeordneten auch wenigstens an solche Regeln halten würden, dann würden Sie wenigstens ein Kriterium für einen Abgeordneten erfüllen, Herr Tittmann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Herr Strohmann, das ist schon einigermaßen enttäuschend gewesen, was Sie in der Pauschalität hier abgeliefert haben, denn Sie haben mir, der versucht hat, einmal in der ganzen Schattierung der Problematik auf dieses Thema einzugehen, Pauschalisierung vorgeworfen, aber Sie haben selbst im Grunde genommen nur ein Feindbild im Kopf gehabt und das hier nun heruntergespult, ohne darauf einzugehen. Sie sind weit hinter der Fachdiskussion in der Polizei selbst.

Wenn Sie einmal die vielen Artikel in Fachzeitschriften der Polizei sich ansehen würden und einmal eine Minute darauf verschwenden würden, wie hier zum Beispiel in der Zeitschrift „Der Kriminalist“ des Bundes Deutscher Kriminalbeamter auf das Phänomen sachlich und differenziert eingegangen wird, einfach weil da Personen aus der Polizei selbst sind, die genau wissen, wovon sie reden, und dass das keine Diffamierung der Grünen ist, sondern ein reales Problem, was Polizeiführung herausfordert

*) Vom Redner nicht überprüft.

und auch politische Führung von Polizei, wenn Sie das einmal getan hätten, dann hätten Sie komplett Ihre Rede hier umarbeiten müssen, und dann hätten Sie einmal auf das Thema eingehen müssen, was dankenswerter Weise Herr Freitag am Ende noch getan hat, nämlich dass in Aus- und Fortbildung und in konkreter Polizeiführung dieses Thema in der täglichen Arbeit eine absolut wichtige Rolle spielt, dass das Thema, das hier in vielen Artikeln auftaucht, Kumpanei, Kameraderie, Verschweigen von Vorkommnissen, alle diese Dinge, mühsam durch die Polizeiführung aufgebrochen werden muss, durch Ausbildung und Schulung entwickelt werden muss.

Wenn Sie das sehen würden, was hier die Verantwortlichen selbst leisten, welche ernsthafte Diskussion geführt wird, welche ernsthafte Diskussion auch in Bremen geführt wird über dieses Thema, wie sich Polizei damit auseinander setzt, dann würden Sie nie im Leben auf die Idee kommen, dass dieses Thema zum politischen Thema zu machen irgend etwas mit Diffamierung zu tun hat, sondern es ist ein Kernstück einer demokratischen Polizei im demokratischen Rechtsstaat und nichts anderes. Was Sie hier gemacht haben, das ist leider, fast hätte ich gesagt, die gute alte, aber ich muss leider sagen, die schlechte alte CDU, nämlich diejenige, die reflexartig auf bestimmte Dinge reagiert, ohne wirklich einen einzigen sachlichen Gedanken auf das Problem zu verschwenden. Das war schon sehr enttäuschend!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, ich will Sie nicht enttäuschen, deswegen habe ich mich noch einmal gemeldet. Heute hatten Sie allerdings nicht gewettet, insofern ist es nicht ganz so dramatisch. Herr Dr. Güldner, ich will Ihnen sagen, das, was hier abgelaufen ist, ist im Grunde genommen eine Debatte, die wir durchaus auch in der Innendeputation hätten führen können. Allein deswegen folgere ich, dass Sie hier sehr wohl in der Öffentlichkeit den Versuch unternehmen wollten, die Polizei in eine bestimmte Ecke zu drängen.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist Ihnen nicht gelungen, weil Sie das zur Kenntnis nehmen mussten, was hier zu Papier gebracht worden ist und was nach meiner Auffassung und nach der Auffassung unserer Fraktion durchaus darlegt, dass es so schlimm, wie Sie es glauben, nicht bestellt ist um diese Polizei hier in Bremen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Ich will Ihnen ein Zweites sagen, und ich habe das schon an mehreren Stellen bei verschiedenen Debatten beobachtet. Ich habe manchmal das Gefühl, Sie haben völlig den Blick für die Realitäten verloren, und Sie gehen mit geschlossenen Augen durch die Stadt. Ich würde Ihnen empfehlen, einige Nächte, insbesondere da, wo es richtig hoch hergeht, wenn man sie trifft, aber da gibt es Erkenntniswerte, da einmal wirklich als Beobachter mitzufahren und bestimmte Situationen zu genießen, in die Polizeibeamte nicht nur einmal in der Woche, sondern in aller Regel mehrmals in der Woche kommen. Wenn Sie dann immer noch glauben, sagen oder behaupten zu müssen, dass diese Polizeibeamtinnen und -beamten sich in entsprechender Weise nicht verhalten, dann würden Sie wahrscheinlich lügen müssen.

Ich will Ihnen auch Ihr Vorwort so nicht abnehmen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Er kann sagen, was er will! Was er sagt, ist falsch!)

Das kommt für mich der Entschuldigung von Herrn Fischer und Herrn Trittin gleich. Auch dieser Entschuldigung messe ich überhaupt keinen Wert bei und Ihrem Vorwort auch nicht!

(B) (Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Linnert, regen Sie sich ruhig auf! Auch Ihnen empfehle ich, einmal solche Situationen durchzumachen!

Dann möchte ich auch einmal über die vielen Fälle sprechen, in denen Polizeibeamte bewusst nicht nur provoziert werden, sondern auch versucht wird, ihnen etwas anzuhängen, indem Scheinanzeigen erstattet werden, die dann in aller Regel in erster Linie disziplinare Ermittlungen zur Folge haben, unabhängig von Strafverfahren, und in diesen disziplinarischen Ermittlungen – das hätte man natürlich auch einmal darstellen sollen – stellt sich in aller Regel letztendlich heraus, dass nichts gewesen ist.

Dass die Polizei auf diesem Gebiet vorbildlich ist, das können Sie sicherlich allein zeitmäßig dem entnehmen, dass die Polizei die erste Organisation der öffentlichen Verwaltung in Bremen war, die eine vorbildliche Innenrevision gebildet hat, obwohl sich das natürlich personalbelastend auswirkte. Diese Innenrevision hat genau den Auftrag, hier auch der Staatsanwaltschaft möglicherweise zuzuarbeiten, neben dem disziplinarrechtlichen Vorgang, der im Übrigen zur Folge hat, auch das will ich hier nicht verschweigen, dass in dieser Zeit natürlich, ob berechtigt oder unberechtigt, meistens ohne Ergebnisausgang, ein Beamter zum Beispiel nicht befördert werden kann. Auch das muss er dann obendrein noch ertragen.

Das sollte man, glaube ich, auch einmal zum Ausdruck bringen.

Der Kollege Strohmann und auch der Kollege Freitag haben es schon zum Ausdruck gebracht: Weiteres Vorbild ist sicherlich auch das Stress- und Konfliktbewältigungstraining, das schon seit vielen Jahren bei der Polizei betrieben wird. Auch da sage ich, hier wird optimal auf diesem Gebiet gearbeitet, um die Beamtinnen und Beamten nun wirklich auf diese Konfliktsituationen bestmöglichst vorzubereiten, psychologische Vorbereitung et cetera. Dass es dann auch einmal, das wollen wir nicht verschweigen, zum Handausrutschen kommt, das, glaube ich, muss man dann auch einmal verschmerzen können,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird nicht verschmerzt, sondern das geht den Weg eines Rechtsstaates!)

weil dann die Situation oft auch entsprechend ist. Wer das allerdings nicht ertragen kann, der sollte sich umgekehrt einmal fragen, wie es denn ist, wenn heute hoch dotierte Politiker sich aktiv gezeigt haben und wie sich dagegen Polizei verhalten sollte.

Ich will Ihnen auch noch sagen, wenn Sie denn schon meinen, über dies, was hier geschrieben steht, noch einen daraufsetzen zu müssen, und einen Zeitungsartikel über eine Trunkenheitsfahrt eines Beamten zitieren, der mir sogar persönlich bekannt ist, der im Übrigen nicht Polizeihauptkommissar, sondern Kriminalhauptkommissar ist, insofern also mit Verkehrsregelungen et cetera wenig zu tun hat, halte ich das für einen untauglichen Versuch, nun damit hier noch einen daraufzusetzen und die Begründung dafür herbeizuführen, dass Polizeibeamtinnen und -beamte möglicherweise sogar, das will ich nun nicht unterstellen, nicht jederzeit bereit sind, rechtsstaatlich zu handeln und gehandelt zu haben. Ich kann Ihnen eine Reihe von SPD-Senatoren nennen, die auch mit einem Verfahren wegen Trunkenheitsfahrt belegt worden sind.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das macht es auch nicht besser!)

Das ist doch nicht der Maßstab! Hier geht es darum, ob Polizeibeamte sich gegenüber Bürgern im Einsatz falsch verhalten. Darum geht es!

Ich will Ihnen auch sagen, auch das ist ja angesprochen worden, deswegen wollte ich es eigentlich vernachlässigen, aber in der Frage 14 steckt genau die Tendenz, die Sie hier behauptet haben, nicht hineinbringen zu wollen. Hier ist konkret darauf abgezielt worden, feststellen zu lassen, dass Polizeibeamtinnen und -beamte lediglich gegen Schwarze vorgehen und es da zu entsprechenden Ausartungen kommt, die überhaupt nicht vorhanden sind. Wir haben diese Fälle Anfang der neunziger Jahre ge-

(C)

(D)

(A) habt, als dann Schwarzafrikaner, die am Sielwall festgenommen worden sind, anschließend Anzeige wegen Körperverletzung et cetera erstattet haben und dann, wenn die Hauptverhandlung anstand, sich plötzlich in ihrem Heimatland befunden haben. Das ist die Realität, und das sollten Sie beurteilen, nicht hier versuchen, einen daraufzusetzen, um die Polizei zu diffamieren! – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Dr. Güldner, Sie haben ja nun ein paar Sätze zu mir gesagt, jetzt möchte ich einmal darauf antworten und dann, wie Sie das immer so schön sagen, in pawlowscher Manier darauf reagieren. Ich bin ja nun noch nicht so lange im politischen Geschäft und auch noch nicht so lange Abgeordneter, aber so bestimmte politische Mechanismen, die ablaufen, und wie man etwas macht und wie man einen Antrag oder eine Große Anfrage stellt oder warum man eine Kleine Anfrage stellt oder warum man das in der Deputation oder –.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Geht es um die Motive oder um die Sache?)

(B)

Ja, es geht hier um die Sache!

(Abg. **E c k h o f f** [CDU]: Aber das hat doch Motive!)

Genau, deswegen möchte ich das erklären. Also, das habe ich schon mittlerweile verstanden. Normalerweise, der Kollege Herderhorst hat es ja schon gesagt, hätten Sie das in Ruhe alles in der Innendeputation ausdiskutieren und dann die Zahlen betrachten können. Wenn dann die Zahlen so gewesen wären, hätten Sie ja gern eine Große Anfrage stellen können, wenn Handlungsbedarf gegen die Polizei bestanden hätte. Was Sie alles vorbringen, ist ja alles gut und schön und alles toll, aber es –.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wollen nicht darüber reden, das ist das Problem!)

Worüber wollen wir denn reden? Das ist doch das Problem! Als ich die Antwort bekommen habe, da habe ich überlegt: Was willst du denn da schreiben? Normalerweise ist es schon peinlich, dass Sie überhaupt noch die Große Anfrage stellen. Die hätten

*) Vom Redner nicht überprüft.

Sie normalerweise zurückziehen müssen! Das ist (C)
peinlich!

(Beifall bei der CDU)

Hier haben Sie in der Antwort doch einen eindeutigen Beweis bekommen, dass wir eine gute Polizei haben. Das ist der Punkt! Sie wollen das doch nur an die Öffentlichkeit bringen und versuchen, jetzt mit irgendwelchen herangezogenen Sachen, die alle schlimm sind, das will ich hier nicht sagen, und diese drei Fälle, die Sie genannt haben, die sind ja zum Teil auch in ihrem Sinne erledigt worden, hier Tendenzen aufzuzeigen, das ist es doch! Sie versuchen das schon seit ewigen Jahren!

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir reden über das, was da ist!)

Sie müssen jetzt auch endlich einmal sich und Ihre Partei im Verhalten zur Gewalt überprüfen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Sie können nicht sagen, das ist gute Gewalt, das ist revolutionärer Freiheitskampf, und das ist staatsmonopolistische Gewalt! So geht das nicht! Gewalt ist Gewalt! Dass man Revolutionen auch gewaltlos durchführen kann, das haben Ihnen ja die Bürger der DDR gezeigt, an denen können Sie sich einmal ein Beispiel nehmen! Sie müssen jetzt wirklich überprüfen, wie Sie zur Gewalt stehen, und nicht immer nur in eine Richtung sehen! – Danke schön!

(D)

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Das klingt nicht nach schwarzgrüner Annäherung!)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist nun einmal das Problem, wenn man eine solche Anfrage stellt und damit Emotionen weckt, dann darf man sich nicht dagegen wehren, dann ist es so!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich hätte mir auch sehr gewünscht, wir hätten dieses Thema sachlich, so sachlich, wie Herr Freitag das eingebracht hat, mit all den Facetten, die man diskutieren kann, auch in der Deputation diskutieren können. Wir haben das auch schon getan. Ich habe auch nicht ganz verstanden, warum wir hier nun eine Debatte führen müs-

(A) sen, aber in einem Punkt danke ich Ihnen für die Anfrage,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

ich habe nämlich die Gelegenheit erhalten, durch eine umfangreiche Antwort des Senats auch öffentlich darauf hinzuweisen, dass wir hier eine Polizei mit einer relativ geringen Anzahl von Dienstvergehen im Vergleich zu anderen Großstädten haben. Ich habe deutlich machen können, und ich bedanke mich auch für die Bemerkungen, die gemacht worden sind, dass sowohl der Polizeipräsident als auch der Innensenator konsequent, aber auch sensibel damit umgehen. Dafür danke ich Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senator Dr. Schulte: Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Dr. Güldner!

(B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, können Sie mir erklären, wie in einer Großen Anfrage Emotionen geschürt werden, in der lediglich in Ihren Worten nach Zahlen offizieller Verfahren in Ihrem Hause gefragt wird? Warum unterstellen Sie da, Emotionen zu schüren?

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Wenn man nur Zahlen abfragen will, kann man auch eine Kleine Anfrage stellen! – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Was haben Sie denn zu verbergen?)

Senator Dr. Schulte: Herr Güldner, ich habe mir einfach nur erlaubt, eine Bewertung der letzten Viertelstunde vorzunehmen. Ich höre Ihre Fraktionsvorsitzende ständig hier zwischenrufen, dass Sie sich beschwert, wir sollten hier doch einmal sachlich sein. Sachlichkeit ist das Gegenteil von Emotionen, und Emotionen sind durch Ihre Anfrage gekommen. So einfach ist das!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war so verwirrend, das habe ich nicht verstanden! Danke! – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Was haben Sie denn zu verbergen?)

Liebe Frau Linnert, ich habe überhaupt nichts zu verbergen, im Gegenteil, ich freue mich!

(Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

(C) Was haben Sie denn heute? Ist heute so viel Schlimmes passiert, dass Sie so aufgeregt sind? Frau Linnert, darf ich jetzt wirklich einmal das tun, wozu Sie mich auffordern, nämlich zu reden?

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie dürfen reden, wir dürfen nicht fragen, ist schon klar!)

Nach den vielen Beiträgen ist so viel tatsächlich nicht mehr hinzuzufügen. Ich möchte sagen, natürlich legen wir Wert darauf, dass eine umfassende und neutrale Ermittlung aller Vorwürfe, die sich gegen Beamte der Polizei richten, auch wahrgenommen wird. Diese Zahlen sind nicht geheim, sie liegen vor. Die heutige Antwort auf die Große Anfrage hat das noch einmal ermöglicht. Sowohl die Bürger als auch die Beamten haben ein Recht auf rückhaltlose Aufklärung. Wir dulden keine Übergriffe von Polizisten auf Bürger. Wer das tut, muss mit Konsequenzen rechnen.

Ich möchte aber auch deutlich sagen, die Polizeibeamten, die das Grundgesetz schützen, werden auch selbst vom Grundgesetz geschützt. Auch sie haben Freiheitsrechte, die wir beachten müssen. Deshalb ist es einfach wichtig, dass wir auch den Polizeibeamten den Rechtsschutz geben, den sie verlangen können. Es gibt extreme Krisensituationen, in denen auch ein Polizeibeamter unter einen psychologischen Druck gerät, das haben auch Sie, Herr Güldner, ja hier konstatiert. Das ist dann auch je nach Lage der Dinge entsprechend zu beurteilen.

(D) Sie haben nach den Signalen gefragt. Welche Signale sind jetzt festzustellen? Signal Nummer eins, und Herr Herderhorst hat eben zum Schluss sehr deutlich darauf hingewiesen, die Polizei selbst hat unaufgefordert 1996 eine Abteilung Innenrevision eingerichtet. Ich habe in der Antwort darauf hingewiesen. Das heißt, die Polizei hat als lernender Organismus ein System entwickelt, eine neutrale Innenrevision durchzuführen, die zu diesem Ergebnis kommt, was auch jetzt in der Anfrage deutlich wird. Es ist ein positives Signal, dass die Polizeiführung und die gesamte Polizei hier reagiert, und zwar sehr sensibel. Die Zahlen, Sie haben davon ja auch gesprochen, Herr Freitag, belegen, dass sowohl die strafrechtlichen Schritte, die von der Justiz abgearbeitet werden, als auch die dienstrechtlichen Schritte, die von der Innenrevision eingeleitet werden, praktisch keine besonderen Erkenntnisse liefern.

Das zweite Signal, was tut die Innenbehörde, was tut der Innensenator, Herr Güldner? Da sage ich Ihnen, und das sage ich ganz bewusst, zunächst einmal Vertrauen entgegenbringen und kein Misstrauen!

(Beifall bei der CDU)

(A) Politik muss hinter der Polizei stehen. Zweitens: Der Polizei bei den noch immer schwieriger werdenden Aufgaben helfen!

Wir haben vor, das wollen Sie alle einstimmig, dass demnächst das Wegweisungsrecht in das Polizeigesetz kommt. Wissen Sie, was das bedeutet? Wenn prügeln die Ehepartner die Polizei rufen oder wer auch immer, dann soll der junge Polizeibeamte so einen Streit schlichten und den Ehemann, vielleicht auch die Ehefrau, irgendwohin expedieren. Was verlangen wir eigentlich von einem Polizeibeamten? Was verlangen wir eigentlich von dem? Darum ist es sicherlich richtig, eine noch bessere Ausbildung anzubieten, damit er auch mit solchen Konfliktsituationen umgehen kann. Aber dann werden Sie wieder der Erste sein, der Große Anfragen stellt, wenn so ein junger Polizeibeamter so einen prügeln den Ehemann nicht richtig behandelt. Entschuldigung, wenn ich das einmal so direkt sage!

Ich bin sehr dafür – weil Herr Kleen gerade zum Mikrophon geht –, dass Sie das machen, aber ich will nur auf die wachsenden Problemfälle bei Polizeibeamten hinweisen. Darum müssen wir der Polizei eine noch bessere Ausbildung mit einer hohen Sozialkompetenz geben, damit im Rahmen dieser guten Ausbildung ein Polizeibeamter in der Lage ist, auch mit eigener Verantwortung und im Vertrauen auf seine eigene Fähigkeit entsprechende Konflikte lösen zu können. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das haben. Insofern danke ich Ihnen, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, ein Resümee zu ziehen! Die Polizei macht eine gute Arbeit. Die Polizei arbeitet vorbildlich. Schwarze Schafe gibt es überall, das ist kein Drama. Wir haben alles gut im Griff! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/585, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Extremismus auch durch die Arbeit des Verfassungsschutzes bekämpfen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2000
(Drucksache 15/525)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2000

(Drucksache 15/553)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Schulte.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich frage Sie, möchten Sie das, Herr Senator? – Das ist nicht der Fall.

Ich frage die Fraktionen, ob wir in eine Aussprache eintreten wollen. – Das ist der Fall.

Dann ist die Aussprache eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß, wir haben dieses Thema, das wir jetzt debattieren wollen, bereits im Juli des letzten Jahres hier zur Sprache gebracht. Allerdings war es damals anlassbezogen, weil der Kollege Kleen erklärt hatte, wir wollen bestimmte Änderungen herbeiführen. Jetzt ist der Grund schlicht und ergreifend, dass sich bis heute organisatorisch, personell und materiell für den Verfassungsschutz nichts geändert hat. Im Gegenteil, die Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der Aufgaben des Verfassungsschutzes, nämlich der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, des Bestandes der Sicherheit des Bundes und der Länder zu dienen, haben sich noch verschlechtert. Allein das Personal hat sich auf nunmehr 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter reduziert. Es wurde schon geunkelt, dass in nicht allzu weiter Ferne eine Frau das Landesamt leiten wird. Warum? Weil die zuletzt übernommene Mitarbeiterin dann einzige Mitarbeiterin des Amtes sein wird, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um neue, ausgebildete Kräfte dem Amt zuzuführen.

(Unruhe – Glocke)

Meine Damen und Herren, der Kollege Kleen als Mitglied der PKK hat damals ausgeführt, dass angesichts unserer Sparhaushalte für die Erledigung der unabweisbaren Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz optimale und gleichermaßen preiswertere wie effektivere Lösungen gefunden werden können. Er hat dann auf die dazu stattfindenden Beratungen in der PKK hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, dass der Senat dezidiert Stellung nimmt.

Wir warten allerdings bis heute vergeblich auf diese Signale. Insofern, meine Damen und Herren, aber auch, weil der Verfassungsschutz immer wieder zitiert wird, wenn es um die Bekämpfung von Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit geht, haben wir erneut dieses Thema hier aufgerufen. Zunächst haben wir einen Antrag formuliert, der neben der Herausnahme des Landesamtes für Verfassungsschutz aus dem Personalentwicklungsprogramm, der

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Festsetzung einer den Aufgaben angemessenen Zielzahl, die personalplanerische und wirtschaftliche sowie ––.

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege Herderhorst, einen Moment bitte, es ist eine Unruhe hier im Saal, wir können kaum den Redner verstehen! Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie doch bitte nach draußen! – Sie haben das Wort, Herr Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Danke! Und wirtschaftliche sowie ausbildungsmäßige Perspektive festlegen sollte! Leider hat unser Koalitionspartner sich hier versagt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir gehen nicht davon aus, dass hier im Haus jemand das Landesamt für Verfassungsschutz auflösen möchte. Angesichts der Tatsache, dass der Verfassungsschutz ein unverzichtbares Element der deutschen Demokratie und dieses Amt ein Garant für die Sicherung unserer Grundordnung ist, wäre es fatal, wenn jemand sich dieses Ziel setzte. Das können in der Tat nur Bürger wollen, die im Sinne von Verfassungs- und Demokratiefreundlichkeit betroffen überwacht wurden und von daher Einrichtungen dieser Art nicht akzeptieren wollen. Davon soll es ja auch in der Politik einige geben.

(B)

Meine Damen und Herren, zumindest mit Blick auf den Koalitionspartner erinnere ich noch einmal daran, dass unser Vertrag, nämlich der Koalitionsvertrag, sagt, mit Blick auf die Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus und des Ausländerextremismus wird die Leistungsfähigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz personell und materiell abgesichert. Diesem Satz ist im Prinzip nicht nur nichts hinzuzufügen, sondern wir in der Koalition sollten uns gemeinsam daran halten, wie zum Beispiel auch im Bereich der Justiz.

Insofern, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, erscheint es mir unverständlich, dass Sie sich unserem Antrag verweigert haben, denn genau dieses genannte Ziel verfolgte der Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte das, zurückhaltend ausgedrückt, für inkonsequent. Sie wollen einen Punkt unserer Vereinbarung offenbar nicht realisieren.

Meine Damen und Herren, noch unverständlicher wird diese Haltung der SPD allerdings, wenn der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Bremen oberste Priorität beigemessen wird. Wer den dritten Bericht des Senats zu dem

auf der Basis des Bürgerschaftsbeschlusses genannten Themas liest, der kann zur Kenntnis nehmen, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

(C)

„Die Vorfälle in anderen Bundesländern erfüllen uns mit großer Sorge. Die Bremische Bürgerschaft bietet in diesem Zusammenhang ihre solidarische Unterstützung im Kampf gegen den Rechtsextremismus an. Auch in Bremen gibt es keinen Anlass, die notwendige ständige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu vernachlässigen. Höchste Wachsamkeit gegenüber rechtsextremistischen und neonazistischen Gruppierungen ist daher auch bei uns geboten.“

An anderer Stelle heißt es: „Hinzu kommen Aktivitäten staatlicher Stellen wie der Landeszentrale für politische Bildung, Ausländerbeauftragten,“ – und dann merke man an! – „Verfassungsschutz, Polizei und Justiz.“ Eine dritte Stelle sagt: „Der Senat wird aufgefordert, im möglichen rechtlichen Rahmen darauf hinzuwirken, dass unter anderem Polizei, Ordnungsämter, Verfassungsschutz, Strafverfolgungsbehörden und Gerichte effektiv und entschieden den gesellschaftlichen Kampf gegen den politischen Extremismus unterstützen.“

Meine Damen und Herren, der Bürgerschaftsbeschluss vom 13. 9. 2000 und der Bericht des Senats stellen einen breit gefächerten Maßnahmenkatalog dar, der alle gesellschaftlichen Kräfte in die Bekämpfung dieser bedrückenden Form von Extremismus einbinden soll. Dennoch bin ich der festen Überzeugung, das Kernstück in der Bekämpfung des Extremismus bilden die Verfolgungsbehörden von Straftaten und insbesondere der Verfassungsschutz durch Vorfeldermittlungen und Sammeln von Erkenntnissen, die entsprechende politische Beschlussfassung zur Bekämpfung von Verfassungsfeinden untermauern und fachgerecht beeinflussen. Nur der Verfassungsschutz, der nicht wie die Polizei dem Legalitätsprinzip unterliegt, ist dazu in der Lage.

(D)

Deshalb, meine Damen und Herren, dürfen wir das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz nicht weiter personell schrumpfen lassen. Von 87 Mitarbeitern im Jahr 1977 sind bis heute 52 eingespart. Dies ist, glaube ich, in Bremen im öffentlichen Dienst einzigartig. Wenn der Organisationsplan des Amtes mit den darin enthaltenen Aufgaben voll wahrgenommen werden soll, dann muss Personalerneuerung her. Streichen wir zum Beispiel durch PEP weiter, kommt der Zeitpunkt, zu dem das Amt geschlossen werden muss. Wer das allerdings passieren lässt, obwohl wir in Bremen Selbständigkeit erhalten wollen, der sollte vorher die Ämter für Ausländerangelegenheiten, die Landesbeauftragte für Ausländerangelegenheiten, die Gleichstellungsstelle, den Landesbeauftragten für Datenschutz, eventuell auch den Rechnungshof und andere Ämter gleich mit schließen, alles dann von Niedersachsen machen lassen, dann haben wir natürlich das Problem gelöst.

(A) Meine Damen und Herren, das Landesamt für Verfassungsschutz ist unverzichtbar! Ich möchte den Vergleich zum Statistischen Landesamt ziehen. Auch dessen Erhebungen sind Grundlage zum Teil weitreichender politischer Entscheidungen, genauso verhält es sich mit dem Landesamt für Verfassungsschutz. Schauen Sie sich den Bericht des Senators für Inneres, gefertigt vom Landesamt für Verfassungsschutz, vom November 2000 an! Eine hervorragende Arbeit des Amtes, aus genau der die Entwicklungen in Bremen, was Extremismus anbelangt, ablesbar sind! Erst auf dieser Basis wissen wir, worüber wir reden. Auch an dieser Stelle sage ich: Der Verfassungsschutz ist und bleibt unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, die Antwort des Senats auf die Große Anfrage ist relativ kurz ausgefallen, deshalb gehe ich auch nur relativ kurz darauf ein. Da der Senat dem Verfassungsschutz und dessen Arbeit hohe Bedeutung zumisst, wie er in der Mitteilung sagt, müsste der Schluss erlaubt sein, dass dementsprechend die Koalitionsvereinbarung realisiert wird. Ich freue mich auch, dass der Senat weiter prüft, in welcher Form der Verfassungsschutz durch Aufklärung und Beobachtung im Vorfeld von Straftaten im organisierten Kriminalitätsbereich bei der Bekämpfung von Schwerstkriminalität mitwirken kann, ohne dass das Trennungsgebot von Verfassungsschutz und Polizei verletzt wird. Dabei ist unberücksichtigt gelassen, inwieweit unsere Verfassung durch organisierte Kriminalität bereits gefährdet ist.

(B) Ich frage mich nur, wie der Senat angesichts von aufkeimendem Extremismus das jetzige Personal gerade noch für ausreichend hält. Allein der Vertreter des Amtsleiters müsste im Grunde ein Volljurist sein, damit er unter dem Stichwort G 10, Telefonkontrolle, tätig werden könnte, denn nur ein solcher Beamter, der die Qualifikation zum Richteramt hat, darf diese Funktion übernehmen. In Bremen gibt es diesen Beamten nicht. Ich fordere den Senat auf, nicht die verschärfte Sicherheitslage abzuwarten, sondern sofort zu handeln, denn sonst ist es irgendwann zu spät.

Ich weise Sie darauf hin, dass der nach Darstellung des Senats gerade noch ausreichende Personalbestand bei weiterer Anlegung des PEP nicht zu halten ist. Insofern enthält die Senatsantwort auch einen Widerspruch in sich. Dabei scheint mir starker Einfluss durch das Rathaus genommen worden zu sein. Mit Verlaub, an die Adresse des Senats: Im Jahr 2010 würde das Amt 24 Mitarbeiter und im Jahr 2015 zwölf Mitarbeiter haben, wenn nach dieser Verfahrensweise weiterhin verfahren würde.

Nebenbei, auch der Sachhaushalt ist von 1990 mit 817 000 DM auf 642 000 DM im Jahr 2000 heruntergefahren worden. Auch hier muss man feststellen, dass, obwohl es mehr Aufgaben gibt und das hochtechnische Gerät teilweise wesentlich teurer geworden ist, hier eine Absenkung im Sachhaushalt

vorgenommen wurde. Wenn V-Leute nicht abgeschaltet werden sollen und, wie der Senat ausführt, auch weiterhin die finanzielle Ausstattung für V-Leute gesichert wird,

(Glocke)

müssen wir in der Tat bei der Aufstellung – ich komme zum Schluss, Herr Präsident! – des nächsten Haushalts darauf achten. Benachbarte Länder wegen fehlender eigener Ausstattung an technischen Geräten um Hilfe zu bitten, das mag einmal gehen, auf Dauer sind wir mit unserer Selbständigkeit dann jedoch wohl kaum noch glaubwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich die Große Anfrage der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/525 gelesen habe, dachte ich zunächst an einen schlechten Scherz. Meine Damen und Herren, ich frage Sie allen Ernstes: Inwieweit kann der Verfassungsschutz demokratische rechte Patrioten und demokratische rechte Parteien denn noch bekämpfen? Eine Steigerung ist wohl kaum mehr möglich, denn in keinem anderen Land der Welt werden rechte demokratische Parteien, werden demokratische rechte Patrioten, werden demokratische rechte Abgeordnete durch den Verfassungsschutz so bespitzelt, so überwacht, so abgehört und so verfolgt wie in Deutschland!

Weil das immer noch nicht reicht, werden dann noch zusätzlich kriminelle Agenten des Verfassungsschutzes in die rechte Szene eingeschleust, um dort initiierte rechte Straftaten zu begehen. Wie Sie es in den Protokollen ja nachlesen können, habe ich diese Tatsache eingeschleuster krimineller Verfassungsschutzagenten, zum Beispiel Daniels, Dienel, Szipsanski und viele mehr, hier im Landtag schon des Öfteren deutlich mit Zahlen, Namen, Daten und Fakten unwiderruflich belegt und bewiesen.

Meine Damen und Herren, eine weitere Aufzählung von Skandalen des Verfassungsschutzes und den von Kriminellen eingeschleusten Agenten würde leider den zeitlichen Rahmen dieser heutigen Sitzung sprengen. Ich frage mich: Wann endlich erweitert man die Aufgabenwahrnehmungen des Verfassungsschutzes, um kriminelle Machenschaften wie zum Beispiel Filz, Korruption, Bestechung, Schmiergelder, Flugreisenaaffären sowie Steuergeldverschwendung und andere kriminelle Delikte der etablierten Altparteien und deren Verantwortlichen, Minister, Abgeordneten, und anderen politischen Verantwortlichen zu bekämpfen? Das wäre dann wirklich einmal eine dringend erforderliche Aufgabe des Verfassungsschutzes und auch zweckmäßig.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, Sie schreiben hier in der Großen Anfrage der CDU, Drucksache 15/525, von „insbesondere Bekämpfung des Rechtsextremismus“.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Ja!)

Wie aber sieht es denn mit der Bekämpfung von Linksextremismus aus, denn hier darf die verfassungsfeindliche PDS, die alten und neuen engen Freunde der SPD, durch die neue Cross-Over-Gruppe oder -Truppe, das kann man nehmen, wie man will, jetzt ja auch hier im Lande Bremen vertreten, völlig unbehelligt und ungestört mit der SPD einheitlich und einträchtig zusammenarbeiten? Diesbezüglich möchte ich Sie daran erinnern, nur ein Beispiel von vielen: Die PDS-Bundestagsabgeordnete und ehemaliges PDS-Bundesvorstandsmitglied Marquardt soll mit der linksfaschistischen autonomen Zeitschrift „Radikal“ im Internet öffentlich zu Gewalt aufgerufen haben, indem sie zum Teil Anleitungen zum Bau von Rohrbomben verbreitet haben soll.

Das, meine Damen und Herren, sagt doch schon alles, und wenn das Ihre neuen Bündnispartner sind, meine Damen und Herren von der SPD, und wenn so der Aufstand der Anständigen aussieht, dann bin ich stolz und geehrt, dass ich in Ihren Augen ein Unanständiger bin. Das möchte ich hier einmal ganz deutlich sagen!

(B)

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wir wollen nicht widersprechen!)

Meine Damen und Herren, wenn die Arbeit des Verfassungsschutzes zur Bekämpfung des so genannten Rechtsextremismus darin besteht, verfassungswidrig der Deutschen Volksunion ihre verfassungsmäßigen Grundrechte auf Versammlungsfreiheit zu nehmen und zu rauben, indem man die Wirte und Pächter wie zum Beispiel in Karlsruhe und in vielen anderen Städten von staatlicher Seite erpresst und dazu zwingt, der Deutschen Volksunion keine Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen, so ist es ein eindeutiger Verfassungsbruch, und dafür, meine Damen und Herren, brauchen wir keinen Verfassungsschutz.

Insofern hat sich also die Große Anfrage der CDU hier erübrigt, und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion, mit solchen niederträchtigen verfassungsfeindlichen Machenschaften werden Sie die Deutsche Volksunion niemals aufhalten können, ganz im Gegenteil! Die Deutsche Volksunion steht ohne Wenn und Aber zur Verfassung und auf dem Boden des Grundgesetzes. Dass die Verfassung von den so genannten demokratischen etablierten Altparteien auch eingehalten wird, dafür kämpft die Deutsche Volksunion mit demokratischen, friedlichen Mitteln. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(C)

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie gestatten mir vielleicht, dass ich auf die Rede meines Vorredners gar nicht eingehe,

(Beifall bei der SPD – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Weil Sie es nicht können!)

sondern mich gleich um die Große Anfrage der CDU-Fraktion kümmere und auf das eingehe, was Herr Herderhorst hier gesagt hat, und das andere einmal rechts außen liegen lasse!

Herr Herderhorst, zur Großen Anfrage! Als ich sie gesehen habe, nachdem Sie sie eingereicht haben, hatte ich mir zunächst gedacht: Was will uns der Mann eigentlich mit dieser Großen Anfrage sagen? Noch etwas mehr Verwirrung ist eingetreten, aber ich hatte das Gefühl, dass das bei Ihnen selbst auch schon so war, Sie haben einige Andeutungen in der Rede gemacht, als ich dann die Antwort des Senats auf Ihre Große Anfrage gesehen habe.

Schauen wir uns doch einmal Ihre Fragen drei, vier und fünf an und welche Antwort der Senat und damit auch der christdemokratische Innensenator auf Ihre Anfrage gibt! In Frage drei fragen Sie: „Ist der Senat bereit, das Landesamt für Verfassungsschutz analog der Regelung für die Polizei für diese Legislaturperiode aus dem Personalentwicklungsprogramm PEP herauszunehmen?“ Klare Frage! Viertens fragen Sie: „Hält der Senat es für geboten, aufgabenorientiert und aufgabenkritisch eine Zielzahl für das Landesamt ermitteln zu lassen, die als solide Grundlage weiterer Personalplanungen dienen kann?“ Fünftens fragen Sie: „Welche Maßnahmen wird der Senat ergreifen, um den sich abzeichnenden Versetzungen in den Ruhestand entgegenzuwirken und die Kontinuität der Aufgabenwahrnehmung des Amtes nicht zu gefährden?“

(D)

Das sind ziemlich klare Fragen, und wenn wir uns jetzt einmal anschauen, was auf diese christdemokratische Große Anfrage der christdemokratische Innensenator und der Gesamtsenat antwortet, so lässt sich das mit wenigen Worten wiedergeben. Der Senat antwortet auf Ihre Fragen, Herr Herderhorst: „Für das Landesamt für Verfassungsschutz bestehen PEP-Zahlen in den Haushaltsjahren 2000 und 2001“ – da werden Sie sich auch gewundert haben über eine solche Antwort – „sowie betreffend für das gesamte Ressort Inneres für die Folgejahre bis zum Jahr 2005.“ Ich nehme an, das wussten Sie schon. Der zweite Satz auf diese drei Fragen in der Antwort: „Über den Doppelhaushalt 2002, 2003 und die Finanzplanung 2005 wird der Senat Anfang März 2001 beraten.“ Ich nehme an, Sie waren vollständig be-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) eindruckt von dieser Antwort des Senats, mit welcher Präzision hier auf Ihre Fragen eingegangen worden ist.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist ja Mitglied des Haushaltsausschusses!)

Genau! Das heißt, im Grunde genommen wohnen wir hier einer Debatte bei, in der entweder Desinteresse oder Unverständnis zwischen Teilen der großen Koalition, nämlich im Parlament und in der Regierung, offensichtlich herrscht. Vielleicht tragen ja die einen oder anderen Akteure nachher noch in dieser Debatte dazu bei, diese Missverständnisse hier aufzuklären.

Nun fragen Sie auch nach der Personalentwicklung beim Landesamt für Verfassungsschutz, und das ist schon einmal ganz interessant, wenn man sich die Personalzahlen seit 1977 näher anschaut. Bevor nun wieder irgendwelche Unterstellungen über unsere ach so gemeinen Ansichten hier irgendwelchen Institutionen gegenüber in den Raum gestellt werden, muss man natürlich einmal die Frage stellen: Waren es grüne Innensensoren, die es geschafft haben, in 23 Jahren den Personalbestand des Landesamtes für Verfassungsschutz um sage und schreibe 53 Prozent zu reduzieren?

- (B) Soweit man weiß, waren es sozialdemokratische, ein freidemokratischer und jetzt inzwischen der zweite christdemokratische Innensensor, die das Landesamt für Verfassungsschutz auf gut über die Hälfte des ursprünglichen Personalbestands reduziert haben. Auch da haben Sie offensichtlich erst einmal ein Verständigungsproblem untereinander, wie Sie denn diese Zahlen interpretieren und was eigentlich Politik der CDU hier in diesem Senat und in dieser Bürgerschaft denn nun letztendlich ist.

Es steckt aber meiner Ansicht nach auch eine ernsthaftere Debatte in dieser Anfrage, allerdings kommt sie leider dort bei Ihnen so nicht zum Ausdruck. Das ist nämlich die Debatte, die bundesweit sehr wohl in den letzten zehn Jahren geführt wird, die Debatte um die Zukunft des Verfassungsschutzes. Es wird vielleicht nicht ganz an Ihnen vorbeigegangen sein, dass nach der Beendigung des Ost-West-Konfliktes und nach der Aufgabe der Blockkonfrontation sich die Ziele und Aufgaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden dramatisch verändert haben. Das ist ja auch eine Erklärung für den Umgang mit dem Personal und auch mit den haushaltsmäßigen Rahmenbedingungen.

Es geht aber nicht nur um eine Veränderung der Ziele und Aufgaben des Verfassungsschutzes, sondern es geht auch um einen Rollenwandel, den der Verfassungsschutz eingenommen hat, und wenn wir hier einmal in die Berichte, die es ja schriftlich gibt – im Unterschied zu Bremen –, des Bundesamtes für

Verfassungsschutz und dort wiederum in die Vorworte des neuen Bundesinnenministers hineinschauen, kann man dessen Worten sehr wohl entnehmen, dass dieser Rollenwandel bei der Aufgabe des Verfassungsschutzes schon sehr weit fortgeschritten ist.

Meine Damen und Herren, wir haben über dieses Thema, Herr Herderhorst hat es auch gesagt, schon verschiedentlich hier im Hause gesprochen, nun stellen Sie es aber in den Kontext der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Deswegen verdient das auch noch einmal eine wesentliche Erwähnung hier in dieser Debatte. Wir waren uns in der Debatte, die wir hier im Hause über den Rechtsextremismus geführt haben, in zwei Punkten meines Erachtens einig: Erstens waren wir uns einig, dass die Aussage, die der Bürgermeister Scherf noch im letzten August getroffen hat, dass Rechtsextremismus in Bremen kein Problem sei, dass es hier keine zitierfähigen Gruppen gäbe und dass das alles hier für Bremen kein Thema sei, spätestens – aber man hätte es auch vorher wissen können – seit der Aufdeckung des versuchten Bombenanschlags in Bremen-Nord absolut indiskutabel und zurückzuweisen ist. Das haben alle Menschen hier in der Stadt gemerkt, und damit ist auch klar geworden, dass wir hier eine andere Strategie einschlagen müssen.

Wir waren uns aber, glaube ich, auch einig – und jetzt komme ich wieder auf Ihr Thema „Rolle des Verfassungsschutzes“ zurück –, dass der allererste Adressat bei der Aufgabe „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ zunächst einmal die demokratischen Selbstheilungskräfte der Gesellschaft sind, also nicht Institutionen wie der Verfassungsschutz oder andere Institutionen an erster Stelle stehen, sondern der Kampf gegen den Rechtsextremismus und der Erfolg stehen und fallen mit den Selbstheilungskräften der Demokraten und Demokratinnen in Bremen und Bremerhaven. Gerade Bremerhaven hat ja mit der Aktion der Menschenkette einen wirklich sehr eindrucksvollen Beitrag geleistet, um deutlich zu machen, was an erster Stelle steht, wenn wir in Bremen und Bremerhaven diesen Rechtsextremismus bekämpfen wollen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Selbstverständlich kommt zu diesem Aspekt der demokratischen Selbstheilungskräfte der Gesellschaft auch der ganze repressive Bereich, der, wenn Straftaten vorliegen, Flagge zeigen muss und der sich im Rahmen der geltenden Gesetze auch Geltung verschaffen muss. Das ist der viel zitierte Aufwand der Zuständigen, wenn Sie so wollen, der hier hinzukommen muss.

Wenn es also richtig ist, dass nur die Demokraten und Demokratinnen selbst rechtsextremistische Sprüche, Bedrohungen, aber auch Gewalttaten zurückdrängen können, dann ist vollkommen klar: Wenn es denn überhaupt eine Rolle für den Verfas-

(C)

(D)

(A) sungschutz in diesem Prozess gibt, muss der Verfassungsschutz sich öffnen und sich als Informationsquelle und als gemeinsamer Partner sozusagen der demokratischen Öffentlichkeit im Kampf um den Rechtsextremismus präsentieren!

Ich möchte Ihnen gern mit Genehmigung des Präsidenten aus einem Aufsatz von Hans-Gerd Jaschke aus der Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament“ zitieren, der genau dies in den letzten Jahren auch bundesweit beobachtet hat. Offensichtlich ist nicht alles davon auch tatsächlich in Bremen angekommen. Er schreibt in seinem Artikel des Heftes 39/2000: „Der Verfassungsschutz entwickelt sich von einer sich selbst abschottenden, daher geheimnisumwitterten und skandalanfälligen Institution hin zu einer aktiv öffentlichkeitsbetreibenden, Züge einer normalen Behörde annehmenden Einrichtung.“

Das vom Land Hessen initiierte und später von anderen Ländern und dem Bund übernommene Konzept „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ sieht vor, die Bürger stärker über die Ergebnisse zu informieren, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen und Referenten für die politische Bildung anzunehmen. Verfassungsschutzexperten nehmen selbst in den Medien Stellung zu Fachfragen, eine Entwicklung, die vor zehn Jahren noch kaum denkbar gewesen wäre.

(B) Nun schauen wir uns noch ein kleines Beispiel am Ende an, wie das konkret in Bremen aussieht, im Beirat Vegesack, also da, wo die engagierten Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil zusammenkommen! Der Beirat Vegesack hat angesichts der Vorgänge in Bremen-Nord eine Anfrage an den Innensenator gerichtet auf Initiative der Grünen, genau im Sinne dieses Artikels jemanden zur Information über die Gefahren durch den Rechtsextremismus vor Ort nach Bremen-Nord kommen zu lassen. Dies wurde mit einem lapidaren Schreiben aus dem Hause des Innensensors beantwortet, dass dafür keine Kapazitäten vorhanden seien und dass es dafür keine Notwendigkeit gäbe und dass man doch bitteschön den schriftlichen Bericht über den Rechtsextremismus, in einer Ausgabe beim Ortsamtsleiter hinterlegt, einsehen könne, dann wisse man schon Bescheid, worum es gehe.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Das sagt doch alles!)

Meine Damen und Herren, wenn es überhaupt eine wichtige Rolle – wie Sie unterstellen – des Verfassungsschutzes in der Frage Bekämpfung des Rechtsextremismus gibt, und ich glaube nach wie vor, dass entscheidend sein wird, wie wir uns alle angesichts dieser Bedrohung verhalten, dann als eine Institution, die in der Tat in die Öffentlichkeit geht, wie das in einem ersten Schritt mit Internetseiten und ähnlichen Dingen jetzt sehr, sehr vage versucht wird, die offensiv mit den gesammelten In-

formationen umgeht, die eine transparente Information der Bürgerinnen und Bürger betreibt und die sich so als Teil dieses Kampfes gegen den Rechtsextremismus versteht und dies, wenn es von den Bürgern getragen wird, so unterstützt.

Sie haben aber selbst in der Antwort des Senats auf Ihre Anfrage gesehen, dass in diesem Punkt, wie bei vielen anderen Punkten, der Senat hier kein besonderes Engagement in diese Frage legt. Sie hatten etwas anderes erhofft, das merkt man bei Ihrer Anfrage deutlich, und haben vom Senat eine deutliche Abfuhr bekommen. Vielleicht tragen heute sowohl die Fraktionen als auch der Senat zu unserer Aufklärung bei, welche Ansicht sich im Endeffekt durchsetzen wird. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der CDU-Fraktion, die diesem Tagesordnungspunkt zugrunde liegt, bedient sich meines Erachtens eines Etikettenschwindels. Es geht der CDU nur am Rande darum, was sie in der Überschrift verkündet, nämlich den Extremismus auch durch die Arbeit des Verfassungsschutzes zu bekämpfen. Welche Aufgabe der Verfassungsschutz, und dazu hat Herr Dr. Güldner gerade einige Ausführungen gemacht, bei der Bekämpfung des politischen Extremismus haben soll, darüber gibt die Große Anfrage der CDU trotz der vollmundigen Überschrift überhaupt keine Auskunft, und der Senat verzichtet in seiner Antwort auf tiefergründige Erörterungen, wahrscheinlich weil auf kleinem parteipolitischen Dienstweg klar war, dass die Extremismusbekämpfung nur das bei der CDU zur Zeit modische Verbalvehikel für höhere Aufmerksamkeit sein sollte.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können an den Anfang stellen, dass unser bremischer Verfassungsschutz bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben aus dem Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen eine gute Arbeit macht. Laut Gesetz besteht die Aufgabe darin, Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über verschiedene Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu sammeln und auszuwerten. In der vergangenen Sitzung der Innendeputatio haben wir ein Lagebild über die extremistische Szene in Bremen vermittelt bekommen, das nach unserer Einschätzung umfassend und erhellend ist und eine gute Grundlage für Politik und übrige Behörden vermittelt.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Insoweit können wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes dafür danken, und ich glaube, das hat auch die Fraktionssprecherin der Grünen deutlich gemacht, dass wir gern einen solchen Bericht jedes Jahr haben wollen und dass wir aus diesem Grund das Landesamt für diese Aufgaben für unverzichtbar halten.

(Beifall bei der SPD)

Für die Wahrnehmung dieser Aufgabe reicht laut Senatsantwort das Personal des Landesamtes aus. Das, finde ich, ist eine gute Feststellung, und Sie wissen ja aus den früheren Debatten, dass ich das auch für eine ganz richtige Feststellung halte. Dass wir dramatische Veränderungen im Landesamt für Verfassungsschutz haben, das kann ja niemandem verborgen geblieben sein, auch dass es dafür vernünftige Gründe gibt. Fahren Sie heute einmal nach Dresden, oder fahren Sie heute einmal nach Warschau und vergleichen Sie das mit Ihren Anstrengungen, die Sie für die gleiche Reise 1979 oder 1989 machen mussten! Also, dass auf ein solches Amt diese Veränderung der Weltpolitik nicht ohne Rückwirkung bleiben konnte, das war nun wirklich nicht auszuschließen, und das hat der Senat in seiner Antwort auch sehr deutlich gemacht.

(B) Ich habe in der Frage der CDU und in der Antwort des Senats auch den Wunsch von Herrn Herderhorst wieder finden können, dass er für den Verfassungsschutz nach neuen Aufgaben sucht und ihn in die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einbinden möchte. Dieser Weg, der ja nicht allein schon deshalb schlecht oder falsch sein muss, weil er in Bayern begangen wurde, auch wenn dies ein Indiz sein könnte, soll vom Senat geprüft werden.

Ich halte das für ziemlich überflüssig. Ich glaube, dass wir sagen können, dass dieser Weg falsch ist und dass er wegen des Trennungsgebotes auf sehr starke rechtsstaatliche Bedenken stößt. Deshalb hoffe ich auch, dass der Senat auf diesen Weg bei der Veränderung des Verfassungsschutzgesetzes nicht weiter eingeht.

(Beifall bei der SPD)

Richtig helfen, ehrlich gesagt, in unserer jetzigen Situation würde uns eine Ausweitung des Verfassungsschutzes nicht, denn das, was mich an dieser Anfrage am meisten überrascht hat, war, dass sie gestellt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Güldner hat schon Probleme damit. Ich als Koalitionspartner habe damit ehrlich gesagt noch mehr Probleme,

(Abg. T e i s e r [CDU]: Was können wir dafür, dass Sie Probleme haben?)

denn die CDU-Fraktion, die ja neben uns den Innenminister auch wesentlich mitträgt,

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]:
Theoretisch!)

hat gefordert, das Landesamt aus der PEP-Quote herauszunehmen. Das ordne ich einmal in die Nachrichten ein, die in den letzten Wochen aus dem Innenressort gekommen sind. Das Ausländeramt macht Schlagzeilen, weil die Abschiebebegruppe ihren Namen nicht verdient und der Rechnungshof das moniert, die Führerscheinstelle bricht zusammen. Die Zeiten, die Bremen braucht, um aus einem ausländischen Mitbürger einen deutschen Neubürger zu machen, sind rekordverdächtig lang. Immer noch! Die Polizei unternimmt eine Reform nach der nächsten, um Ressourcen zu generieren und kostenneutral die zweigeteilte Laufbahn einführen zu können, und beschäftigt jetzt auch Roland Berger mit diesen Fragen. Beiräte bemängeln, dass sie wegen Personalknappheit nicht tagen können, Ortsämter melden: Land unter! Dies sind die Rahmenbedingungen des Bereichs Inneres, und dahinein platzt der CDU-Wunsch nach mehr Personal für das Landesamt.

Herr Senator, ich hoffe sehr, dass Sie mir als Koalitionspartner diese politische Schwerpunktsetzung erklären können, denn das geht ja zu irgendwessen Lasten. Ich kämpfe in meiner Fraktion für Feuerwehr, Polizei, Stadtamt und Ausländeramt. Sie müssen mir sagen, was ich davon in Zukunft nachlassen soll, damit wir gemeinsam das Landesamt stärken können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Senator Dr. Schulte das Wort gebe, begrüße ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich den Psychoanalytiker und Schriftsteller Herrn Dr. Dr. h. c. Hans Keilson.

(Beifall)

Herr Dr. Keilson ist Ehrendoktor der Universität Bremen und auf Einladung der Deutsch-israelischen Gesellschaft und der Universität zu Gast in Bremen.

Herzlich willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich zu Ihrer Frage komme, Herr Kleen, will ich zunächst einmal feststellen, dass

(C)

(D)

(A) das Landesamt für Verfassungsschutz eine gute Arbeit leistet. Ich möchte das hier klar und deutlich erklären!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Bis auf einen Herrn aus der rechten Ecke hat das ansonsten hier im Raum auch keiner bestritten. Das ist wichtig für mich festzuhalten.

Der Extremismusbericht, den wir vorgelegt haben, der nicht nur der Deputation für Inneres, sondern auch der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat eine positive Resonanz erhalten. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, damit das auch ganz klar ist: Dieser Extremismusbericht befasst sich mit allen Formen des Extremismus, den Formen der rechtsextremen Gewalt, der linksextremen Gewalt und dem leider auch in Bremen immer mehr zunehmenden Zulauf bei ausländerextremistischen Gruppen, was sehr besorgniserregend ist.

Hier brauchen wir ein engagiertes gutes Amt, das uns mit Informationen bedient, damit wir entsprechend politisch handeln können. Ich teile auch die hier von Ihnen geäußerte Meinung, dass dies nicht nur für den Senat eine Information sein sollte, sondern auch für die Öffentlichkeit. Darum haben wir diesen Extremismusbericht auch zum ersten Mal öffentlich gemacht und vorgestellt, auch der Presse. Wir wollen dies auch künftig tun, weil ich glaube, dass das wichtig ist.

(B)

Was aber nicht geht, Herr Dr. Güldner, ist, dass Sie jeden Stadtteilbeirat unserer Stadt einladen sollten, sich die Redner des Verfassungsschutzes in ihre Beiratssitzungen zu holen. Das wiederum leistet dieses Amt personell nicht. Dafür haben wir auch unsere parlamentarischen Gremien, die außer der Deputation auch noch in anderer Weise befasst werden. Das muss ausreichen! Es geht nicht mehr, sonst ist die Personaldecke zu knapp.

Damit bin ich auch schon, Herr Kleen, bei Ihrer Frage. Ich finde es völlig legitim, dass der Abgeordnete Herderhorst hier auf die Koalitionsvereinbarung aufmerksam gemacht hat. Das ist doch sein gutes Recht, und ich bedanke mich bei ihm.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Seine Pflicht!)

Es ist sogar seine Pflicht! Bei allen drohenden PEP-Quoten haben Sie natürlich zu Recht mit einem Schmunzeln gesagt, Schulte, sage einmal, wo man sie ansetzen soll. Ich gebe die Antwort an Sie alle, meine Damen und Herren, Sie sind das Parlament, und über den Haushalt entscheidet in letzter Instanz --

(Abg. K l e e n [SPD]: Herr Herderhorst hat Ihnen eine Frage gestellt!)

Und ich gebe Ihnen die Antwort! Ich sage Ihnen, lieber Herr Kleen, gehen Sie bitte sorgfältig mit der Innenpolitik um! Nicht nur mit der Polizei, der Feuerwehr, dem Ausländeramt oder dem Stadamt – ich bedanke mich für Ihre Unterstützung! –, sondern auch bitte mit dem Statistischen Landesamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz! Wenn ich immer mehr PEP-Quoten erfüllen muss, weiß ich nicht, wo ich die Stellen herholen soll. Insofern appelliere ich an Sie und an den Kollegen Herderhorst, mich zu unterstützen! Herzlichen Dank! Das musste doch einmal gesagt werden.

(C)

(Beifall bei der CDU – Abg. K l e e n [SPD]: Jetzt weiß ich es! Dass es um das Landesamt geht, das hätte ich nicht gedacht!)

Dann gibt es allerdings doch noch einen Unterschied in der Betrachtungsweise, auch wenn ich zugebe, dass das Amt durchaus vor Strukturierungsproblemen steht, auch Personalveränderungsproblemen, Herr Herderhorst hat die Zahlen genannt, die wir dort in den nächsten Jahren zu erwarten haben. Wir müssen auch die Aufgabenstellung des Amtes überprüfen, und ich bin sehr wohl, und zwar sehr dezidiert, der Meinung, dass wir die Erweiterung des Aufgabenbereiches des Amtes in der Aufklärung im Vorfeld der organisierten Kriminalität ganz ernsthaft ins Auge fassen müssen! Ich persönlich stehe sehr hinter diesem Gedanken.

(D)

(Abg. K l e e n [SPD]: Ich stehe sehr dagegen!)

Die Informationen, die ich aus Bayern habe, sind gut. Ich weiß, dass wir unterschiedliche Positionen innerhalb des Senats haben, darum haben wir in der Antwort gesagt, dass dies geprüft wird. Ich nehme zur Kenntnis, Herr Kleen, dass Sie auch eine andere Auffassung haben, darüber müssen wir koalitionsseitig streiten. Ich darf Ihnen nur warnend sagen, das war ein Thema des Polizeigesetzes, wir werden zunehmend, da lasse ich einmal den Extremismus beiseite, immer mehr mit Phänomenen der organisierten Kriminalität zu tun haben. Wir werden uns mit Aufklärungsfragen dieses Konfliktfeldes intensiv befassen müssen. Darum strebe ich danach und kämpfe dafür, dass wir hier einen Weg finden, auch im Aufklärungsbereich den Verfassungsschutz einzubeziehen. Ich fände das die richtige politische Antwort auf ein solches Problem.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senator Dr. Schulte: Ja!

(A) **Vizepräsident Ravens:** Bitte schön, Herr Kleen!

Abg. **Kleen** (SPD): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass eine andere Großstadt, die auch ein Stadtstaat ist, nämlich Berlin, und auch durchaus Probleme mit der organisierten Kriminalität hat, bei der Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes gerade vor wenigen Monaten ausdrücklich darauf verzichtet hat, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität hinein zu nehmen? Wenn Ihnen das noch nicht bekannt ist, dann würde ich Ihnen den Tipp geben, Ihren Staatsrat zu fragen. Er kennt sich mit diesen Dingen, gerade aus Berlin, sehr gut aus. Vielleicht hilft uns das ja in unserer Meinungsfindung auch etwas.

Senator Dr. Schulte: Lieber Herr Kleen, ich bin erstens nicht nur sehr gut darüber informiert, sondern zweitens bin ich mit Herrn Dr. Böse in intensivem Gespräch, wie man das Thema Verfassungsschutz in Berlin gelöst hat.

Sie wissen, auch die Frage, „eigenes Amt, ja oder nein“, ist unterschiedlich behandelt worden, und es ändert nichts daran, dass ich ganz engagiert und dezidiert der Meinung bin, dass wir ein eigenes Amt brauchen und dieses Amt nicht in die Behörde eingegliedert werden soll! Dafür bin ich sehr engagiert, hier sind ministerielle und dort sind operative Aufgaben. Das muss getrennt werden.

(B) Meine Damen und Herren, am Ende meiner Rede bleibe ich noch einmal zusammenfassend bei der Auffassung, dass insgesamt dieses Landesamt für Verfassungsschutz eine gute Arbeit leistet und dass ich mich bei allen Mitarbeitern sehr herzlich bedanke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU *)): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss schon sagen, es ist teilweise abenteuerlich, was hier von der linken Seite und der Mitte vorgetragen worden ist. Ich hätte gewünscht, Herr Dr. Güldner, dass Sie einmal dem Hause erklärt hätten, was Sie denn eigentlich wollen in dieser Frage.

(Beifall bei der CDU)

Wollen Sie den Verfassungsschutz abschaffen, wollen Sie ihn in dem Bestand halten, oder wollen Sie möglicherweise, zumindest wenn sich die Lage, wie der Senat es gesagt hat, so zuspitzt, reagieren und auch entsprechendes Personal zur Verfügung stellen? Ich möchte nur so lange nicht warten, weil dann die Zeit nicht zur Verfügung steht, um entsprechend

*) Vom Redner nicht überprüft.

qualifiziertes Personal dort zuzuführen. Dies haben Sie also schon einmal versäumt, und ich gehe davon aus, dass Sie selbst im Grunde genommen konzeptionslos sind und nicht wissen, was Sie wollen.

Was Sie offenbar nicht wissen, und dass Sie nicht wissen, was Sie wollen, zeugt eigentlich auch davon, dass Sie auf der einen Seite hier nur darüber reden, ist, dass Rechtsextremismus bekämpft werden muss. Das ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die niemand in Zweifel stellt. Ich habe nur gesagt, dass auch bei der Bekämpfung dieser Erscheinungsformen von Extremismus der Verfassungsschutz und die Polizei dazu gehören. Wenn Sie das nicht wollen, müssen Sie das sagen, dann machen wir das nur noch mit Händchenhalten oder wie auch immer. Ich glaube aber, dass wir da wesentlich zu kurz kommen, genauso wie wir zu kurz gekommen wären, wenn im Osten der Republik dieser tragische Unfall so nicht aufgeklärt worden wäre, wie er aufgeklärt worden ist.

Ich sage als Drittes, wir haben und Sie auch – das habe ich vorhin vorgetragen, ich tue das aber gern noch einmal – hier mitbeschlossen: Der Senat wird aufgefordert, im möglichen rechtlichen Rahmen darauf hinzuwirken, dass unter anderem Polizei, Ordnungsämter, Verfassungsschutz, Strafverfolgungsbehörden, Gerichte und so weiter effektiv mit eingebunden werden. Wenn Sie das also beschlossen haben, müssen Sie das auch so mittragen und hier bekennen, dass Sie zu dem Amt stehen, über das wir hier reden. Da hilft es wenig, wenn Herr Kleen dann abschweift in Polizei und sonst etwas. Wir reden nicht über diese Behörden, und wir reden auch nicht über die Gleichstellungsstelle der Frau, auch nicht über die Senatskanzlei oder sonst etwas, sondern konkret über den Verfassungsschutz.

Herr Kleen, ich fordere Sie noch einmal auf: Sagen Sie doch hier im Hause, ob Sie die Koalitionsvereinbarungen einhalten möchten oder nicht!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie es nicht wollen, dann müssen Sie es sagen!

(Abg. **Kleen** [SPD]: Niemand hält sie mehr ein als ich! Ich lasse mich da nicht übertreffen!)

Offenbar wollen Sie es nicht, denn sonst hätten Sie nicht so geredet, wie Sie vorhin geredet haben.

Ich sage Ihnen ein Weiteres, diese dauernden Bezüge auf Berlin sind völlig absurd!

(Abg. **Kleen** [SPD]: Da ist auch eine große Koalition!)

Erstens sage ich Ihnen, woran es gescheitert ist, oder warum das Gesetz so gemacht worden ist, wie es

(C)

(D)

(A) gemacht worden ist: Weil in Berlin ebenfalls eine Koalition existiert! Dass diese sich möglicherweise auch nicht einig geworden ist, hat dann die Folge, dass in einem solchen Gesetz das, was eigentlich notwendig wäre, nicht verankert wird.

Ich sage Ihnen noch einmal, dass es durchaus Möglichkeiten des Verfassungsschutzes auch mit Bekämpfung organisierter Kriminalität gibt. Man kann ihn nicht in Bekämpfung im strafverfolgenden Sinne, sondern im Sinne von Vorfeldermittlungen beteiligen, ohne dass das von Ihnen zitierte Trennungsgesetz durchbrochen werden müsste. Dass das notwendig ist, will ich Ihnen auch an einem Beispiel sagen: Im Lande Nordrhein-Westfalen hat es ein Lagebild zur OK von Justiz und Polizei gegeben, worin die durch organisierte Kriminalität entstandenen Schäden allein für das Jahr 1999 auf 21 Millionen DM geschätzt wurden. Die durch kriminelles Handeln erlangten finanziellen Einnahmen belaufen sich auf zirka 96 Millionen DM.

Das ist nur ein kleiner Einblick in das, was sich da tut, und das geht bis hin zu menschenverachtenden Schleuserkriminalitäten und vielem mehr. Das brauche ich hier im Einzelnen gar nicht vorzutragen, das wissen Sie im Grunde genommen selbst. Ich sage nur, wenn man sich dann aus rein juristischen Gründen dagegen wendet, dass hier auch ein Instrument eingesetzt wird, ohne Rechtsgrundsätze zu missachten oder zu durchbrechen, dann verstehe ich allerdings nicht, warum Sie sich immer noch dagegen sträuben, hier ein solches Instrument auch zu schaffen.

(B)

Ein nächster Punkt ist, Herr Dr. Güldner: Wir haben im letzten Jahr bereits über Veränderungen diskutiert, deswegen habe ich das hier nicht erneut vorgetragen. Ich halte es auch nicht für in Ordnung, wenn man es dauernd wiederholt, dadurch wird es nicht besser und richtiger. Im Übrigen sage ich Ihnen, der Bericht, der der Innendeputation vorgelegen hat, ist nur unter äußerster Anstrengung des Verfassungsschutzamtes zustande gekommen. Dafür, und da schließe ich mich natürlich an, kann man nur dankbar sein, weil er in der Tat zeigt, was sich in Bremen tut oder auch nicht, und zwar nicht nur rechts, sondern auch links und auch bei Ausländern, was hier im Sinne von verfassungsfeindlichen Tendenzen, so will ich es einmal ausdrücken, zu erkennen ist oder erkannt worden ist.

Ein letzter Punkt: Ich sage noch einmal, wenn ein Amtsleiter auch aus fürsorgerischen Gründen uns gegenüber, und ich weiß nicht, ob er das beim Innensenator auch so getan hat, davon gehe ich aber einmal aus, seine Probleme darstellt, die immens sind, auch jetzt zurzeit trotz der zunächst nachlassenden Aufgabenfelder durch den Wegfall der Mauer und der Grenze zum Osten, halte ich es schon für in Ordnung, wenn man infolgedessen, dass man so etwas angehört hat, hier auch entsprechende Schritte zumindest versucht einzuleiten. Ich will sagen, das

ist aber zunächst meine persönliche Auffassung, man muss sicherlich einmal auch angesichts der anstehenden Haushaltsberatungen darüber nachdenken, inwieweit man ein Personalentwicklungsprogramm, das ein Rasenmäherprinzip ist, endlos fortführen kann. Darüber müssen wir in der Tat auch einmal nachdenken.

Hier handelt es sich aber zunächst konkret um, und das betone ich, die Einhaltung unserer Koalitionsvereinbarung, und die ist deutlich. Ich gehe nach wie vor davon aus, auch wenn Herr Kleen sich nicht dazu bekannt hat, dass wir gemeinsam daran festhalten, hier zumindest einen Personalbestandsschutz einzurichten und durchzuhalten und damit verbunden natürlich auch entsprechende, durch normale Fluktuation frei werdende Stellen nachzubeseetzen und vor allen Dingen auch nachzubeschulen, damit dort in diesem Amt qualifiziertes Personal tätig sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/553, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

(C)

(D)

Haushaltsdefizit von 11 Mio. DM in Bremerhaven

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 21. November 2000
(Drucksache 15/536)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie sehen, dass ich als Vertreter der Deutschen Volksunion auch meine Funktion als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven sehr ernst nehme. Ich wende mich ungern mit diesem Antrag an den Senat, wohlwissend, dass Bremerhaven über Haushaltspläne den Haushalt selbst gestalten kann. Die Bremerhavener Finanzen geraten aber schon nach den ersten zwölf Monaten der großen Koalition vollkommen aus den Fugen, so dass ich diesen Weg aus der politischen Verantwortung gegenüber der Stadt Bremerhaven und ihren Bürgern heraus einfach beschreiten muss.

Meine Damen und Herren, bei den Finanzen ist eine Deckungslücke von sage und schreibe elf Millionen DM aufgetreten, sechs Millionen DM bei der kommunalen Jugendhilfe, Ausschussbereich acht, Stadtrat Herr Kranz, SPD, drei Millionen DM bei

- (A) steuerabhängigen Zuweisungen, Budgetüberschreitungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit, eine Million DM, Ausschussbereich sieben, verantwortlich Oberbürgermeister Schulz, SPD, bei Mindereinnahmen im Ausschussbereich sechs, Bauwesen, auch noch einmal eine Million DM.

Meine Damen und Herren, es zeigt sich wieder einmal die Tatsache, dass insbesondere Sozialdemokraten nicht mit Geld umgehen können. Jetzt kommt die Tatsache, warum eine Steuerung der Verwaltung aus der Stadtverordnetenversammlung nicht möglich ist. Es zeigt sich ganz deutlich, dass sich die Verwaltung der Stadt Bremerhaven durch unsolide Haushaltstrickereien Spielräume geschaffen hat, die parlamentarisch nicht mehr zu kontrollieren sind. Genau hier ist der Ansatz, bei dem die Kommunalaufsicht einschreiten muss.

- (B) Meine Damen und Herren, Bremerhaven finanziert sich zurzeit aus einem Betrag von 30 Millionen DM jährlich durch Verkäufe städtischen Eigentums. Das ist finanzpolitisch fatal. Die Stadtverordnetenversammlung hat auch durch die Initiative der Deutschen Volksunion den Beschluss gefasst, ab dem Jahr 2002 die Einsparungsquote auf 15 Millionen DM festzulegen, ab dem Jahr 2003 auf 30 Millionen DM und ab dem Jahr 2004 auf 45 Millionen DM. Wenn aber jetzt Einsparpotentiale zum Defizitausgleich herangezogen werden und wenn es möglich ist, in den einzelnen Ausschussbereichen Rücklagen in ungeahnter Millionenhöhe zu bilden, dann ist der Sanierungsweg in Bremerhaven schon jetzt als gescheitert anzusehen.

Damit gefährdet Bremerhaven nicht nur seine Selbständigkeit, sondern auch die Selbständigkeit des ganzen Landes Bremen. Ich frage Sie allen Ernstes: Können Sie das verantworten? Die Deutsche Volksunion spricht sich für den Föderalismus aus und damit auch für den selbständigen Erhalt aller Bundesländer. Deswegen ist hier und heute der Landtag gefordert. Wenn Sie heute nicht handeln, werde ich Sie 2004 an diesen Antrag erinnern.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber hallo! Verstärkt vertreten, meine Damen und Herren, da kann ich Sie beruhigen!

Das, was Herr Bürgermeister Perschau für die Stadt Bremen in Teilen erreicht hat, nämlich Sparen und Investieren, hat in Bremerhaven keinen Einzug gehalten. Auch wenn ich mit großer Sorge betrachte, wie ultralinke Sozialdemokraten mit den finanzpolitischen Chaostruppen vom Bündnis 90/Die Grünen und der kommunistischen PDS-Cross-over-Truppe zusammen wieder marxistische Finanzthesen hier im Lande Bremen aufstellen, sind meine großen Sorgen wirklich mehr als begründet und berechtigt, ganz zu schweigen vom Bekenntnis von Herrn Dr. Kuhn vom Bündnis 90/Die Grünen zum Kommunis-

tischen Manifest hier im Landtag, meine Damen und Herren, beratend mit Professor Hickel, der in seinem ganzen Leben wahrscheinlich noch nie eine müde Mark selbst verdient hat, sondern nur vom Staat gelebt hat, das belegen meine eben genannten Ausführungen.

(Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe gesagt wahrscheinlich! Ich glaube aber schon, dass der Präsident des Senats, Herr Dr. Scherf, sich zusammen mit der CDU durchsetzen wird. Herr Dr. Scherf hat letztens auf dem Parteitag der SPD den linken Genossen eine deutliche, angemessene Antwort darauf gegeben. Allerdings haben sie auch Verantwortung für das Land Bremen und auch für Bremerhaven, für das ganze Land Bremen. Die Deutsche Volksunion zeigt auch in diesem Antrag, dass sie Verantwortung übernimmt, um für die Bürger eine langfristige Zukunft in einem selbständigen Bundesland Bremen zu garantieren. – Ich bedanke mich, meine Damen und Herren!

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Beitrag des Abgeordneten Tittmann hat eben deutlich gezeigt, dass es ihm nur darum geht, hier ein Forum für Beleidigungen, Angriffe und Unterstellungen zu haben, und nicht um irgendeine Sache, zu der er hier geredet hat, geschweige denn zu seinem Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Ich will auch nicht zur Sache reden, meine Damen und Herren, da der Sachverhalt ganz eindeutig ist. Artikel 28 des Grundgesetzes, Herr Abgeordneter Tittmann, verleiht den Gemeinden das Recht auf Selbstverwaltung. Dieses Recht schließt auch die Haushaltsangelegenheiten ein. Artikel 144 der Bremischen Landesverfassung verkündet ausdrücklich die Selbstverwaltung der Städte Bremen und Bremerhaven und das Recht auf eine eigene Verfassung, im Rahmen des Gesetzes steht darin. Das Land Bremen hat aus gutem Grund darauf verzichtet, wie andere Bundesländer eine Gemeindeordnung zu schaffen, die die Tätigkeiten dieser Gemeinden beschränkt. Insofern gilt die Verfassung direkt für Bremerhaven.

Auch das ist gut und richtig, und nicht zuletzt deshalb rühmt sich Bremerhaven, eine der freiesten Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland zu sein.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Das ist eine Errungenschaft der Bremer Landesverfassung.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Na, na!)

Das kann man doch einmal so sagen, Herr Kollege Töpfer!

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Aber nicht allein!)

Dass die Bürger Bremerhavens ihren Teil dazu beigetragen haben, weil sie natürlich die Verfassungsschöpferinnen und -schöpfer gewählt haben und weil sie sich so stark dafür gemacht haben aus ihrer Geschichte heraus, ist doch, glaube ich, selbstverständlich für uns als Demokraten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weil das so ist, Herr Kollege Tittmann, sagt auch die Bremische Landesverfassung im Artikel 147, dass der Senat zwar eine Rechtsaufsicht über die Gemeinden hat, sich diese Aufsicht aber auf die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung beschränkt, also dass sich das Verwaltungshandeln an die allgemeinen Rechte und Gesetze hält und nicht mehr. Mehr hat der Senat nicht zu tun, und das ist auch gut so, und darauf beharren wir. Der Rest ist politische Auseinandersetzung, politischer Kampf, politischer Streit in Bremerhaven, den die Bremerhavener austragen müssen, dazu wählen sie eine Stadtverordnetenversammlung, dazu hat die Stadtverordnetenversammlung ein Rechnungsprüfungsamt. Wenn sie dort nicht in der Lage sind, die Aufgaben wahrzunehmen, entscheiden die Wähler, wie es weitergeht. Das ist das Prinzip der Demokratie.

Sie klagen oft genug darüber, dass Bremerhaven eine Kolonie Bremens sei.

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Wir wollen hier nicht Kolonialherren spielen, wir handeln auf der Grundlage des Grundgesetzes, und wir lassen die Bremerhavener ihre Angelegenheiten regeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

(Abg. F o c k e [CDU]: Es reichte doch eben schon eigentlich!)

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es verwundert mich doch schon sehr, Herr Mützelburg, dass ausgerechnet Sie von

Demokratie reden. Herr Mützelburg, es ist doch wieder typisch für Sie, Sie können sich die Ohren oder die Augen zuhalten oder den Kopf wie der Vogel Strauß in den Sand stecken, am 28. November 2000 hat uns der Stadtkämmerer unter dem Tagesordnungspunkt 2.1 den Controllingbericht Finanzen 2000 mit dem Vorschlag drohender Deckungslücken vorgelegt.

(Unruhe bei der SPD)

Sie sind doch hier nicht auf einem Kindergeburtstag, also benehmen Sie sich bitte auch dementsprechend!

Jetzt können Sie natürlich so tun, als gäbe es diesen Bericht nicht. Meine Damen und Herren, es gibt diesen Bericht aber, genau wie ich es vorhin erklärt habe, sollen elf Millionen DM anderweitig gedeckt werden. Rücklagen können nach meinem Verständnis nur für geplante und beschlossene Projekte gebildet werden und sind nicht in den einzelnen Ausschussbereichen zu verfrühstücken. Es kann keine Sparquote erreicht werden, wenn Sie in den Ausschussbereichen nicht weniger Geld ausgeben. Das muss von der Systematik selbst den letzten Sozialdemokraten klar sein. Wer so verfährt, gefährdet die Sanierung des Landes. Wer natürlich Finanzpolitik in Kursen des Deutschen Gewerkschaftsbundes gelernt hat oder hier, wie Herr Dr. Kuhn, vom Kommunistischen Manifest faselt, von dem kann man natürlich nichts anderes erwarten. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/536 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Hilfsfonds für Katastrophenopfer

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 28. November 2000
(Drucksache 15/541)

Die Beratung ist eröffnet.

(C)

(D)

(A) Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass nach dem entsetzlichen Unglück der Gasexplosion im Seniorenheim am Geschwornenweg im vergangenen November von diversen privaten Einrichtungen und vielen Menschen der Stadt Bremen und Bremerhaven eine Welle der Solidarität mit den Betroffenen ausging, verdient Respekt, Anerkennung und Achtung. Meine Damen und Herren, spontane Hilfsbereitschaft ohne große Worte, die zum Ausdruck kam, ist für Opfer dieser Katastrophe sicherlich tröstlich, zumal die Überlebenden vor dem Nichts stehen. Deutlich wurde aber auch, dass von staatlicher Seite bisher verbindliche Regelungen, wie sie in anderen Bundesländern längst eingeführt wurden, die eine schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene ermöglichen, nicht vorhanden sind. Einen staatlichen Bremer Hilfsfonds für Katastrophenopfer gibt es im Land Bremen bisher nicht.

Gerade am Beispiel dieses schrecklichen Unglücks wurde deutlich, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, denn das Haus mit seinen 21 Seniorenwohnungen war von 31 sozial bedürftigen Frauen und Männern bewohnt. Einige von ihnen litten unter großen psychischen Problemen und haben es nun doppelt schwer. Hinzu kommt, dass Versicherungen in der Regel erst dann volle Leistungen gewähren, wenn die Verursacherfrage der Explosion unzweifelhaft ist. Wenn aber im Rahmen einer verfehlten Asyl- und Ausländerpolitik in Bremen jährlich gigantische Summen aus der Steuereinnahme aufgewendet werden, dann dürfte wohl diese Einrichtung eine Selbstverständlichkeit sein, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, unschuldig in Not geratenen Unglücksopfern schnell, wirkungsvoll und unbürokratisch zu helfen, meine Damen und Herren.

Ich empfinde es als unverantwortlich, dass inzwischen ein Drittel der Sozialhilfe zum Lebensunterhalt für Asylbewerber und Asylanten aufgebracht wird, die außerdem noch zu einem hohen Prozentsatz ihr Asylrecht aus wirtschaftlichen Gründen missbrauchen – das hat auch im Übrigen unser Innenminister Schily deutlich zum Ausdruck gebracht –, wobei ihnen noch zusätzlich eine gesetzliche Unterbringungsgarantie zusteht, während aber Bürger, die Opfer von Katastrophen werden, mehr oder weniger auf sich selbst oder auf die Hilfe und Barmherzigkeit privater Stellen angewiesen sind.

Hier, das sage ich deutlich, steht der Staat in der Pflicht. Deshalb könnte die Schaffung eines Hilfsfonds für Katastrophenopfer auch in Bremen soziale Risiken und Tatbestände der Betroffenen auffangen. Der Senat sollte in diesem Sinne aufgefordert werden, die Einrichtung eines solchen Fonds in die Wege zu leiten. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/541 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, jetzt die drei Tagesordnungspunkte ohne Debatte zu behandeln.

Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

(B) **Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 1999** (D)

Bericht des Rechnungshofs
vom 13. Juli 2000
(Drucksache 15/408)

Wir verbinden hiermit:

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1999

vom 12. Januar 2001

(Drucksache 15/590)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses mit der Drucksachen-Nummer 15/590 über die Entlastung des Rechnungshofs gemäß Paragraph 101 Landeshaushaltsordnung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) erteilt gemäß Paragraph 101 Landeshaushaltsordnung dem

(A) Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 1999 Entlastung.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Rechnungshofs mit der Drucksachennummer 15/408 und von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22
vom 16. Januar 2001**

(Drucksache 15/591)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(B) (Einstimmig)

**Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation
für Bau**

(C)

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Heimweg.

(Schluss der Sitzung 17.50 Uhr)

(D)